

Abonnements-Bedingungen:
 Vierteljährlich 3,50 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus, Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat, eingetragen in die Post-Vertragsliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaarte Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengedichte und Geschäftsstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 1. Februar 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Paul Singer.

Wieder hat das Geschick einen der Tüchtigsten und Fähigsten aus unseren Reihen hinweggerafft, einen von der alten Garde, der seit den ersten Tagen des Sozialistengesetzes stets an der Spitze des deutschen sozialistischen Proletariats gekämpft hat: einen Mann, dessen Name mit dem Werden und Wachsen der deutschen Arbeiterbewegung für alle Zeiten aufs engste verknüpft ist. Gestern mittag, um 12½ Uhr, kam die schmerzliche Kunde, daß Paul Singer der Lungenentzündung, an der er vor wenigen Tagen erkrankte, erlegen ist. Bereits seit mehr als drei Jahren hatte Krankheit den bisher rastlos Tätigen aus der politischen Arbeit gerissen und ihn wiederholt gezwungen, sich wegen eines schweren Augenleidens operieren zu lassen; doch die Kunst der Ärzte überwand alle Hindernisse, und schon konnten wir hoffen, daß uns Paul Singer als Führer und Berater in den Kämpfen der nächsten Zeit erhalten bleibe, als sich bei dem Siebenundsechzigjährigen, der im Oktober 1909 das fünfundschwanzigjährige Jubiläum seiner parlamentarischen Tätigkeit als Reichstagsabgeordneter und Stadtverordneter gefeiert hat, eine schwere Entzündung der Bronchien und der Lunge einstellte, die ihn hinwegriß.

Für unsere Partei, für die ganze Arbeiterklasse ist Singers Tod von größter Tragweite, der herbste Verlust, den sie seit Jahren erlitten hat. Mag auch politische Sach das Bild dieses Mannes verzerrt und entstellt haben, wir Sozialisten haben alle Ursache, uns seines Strebens und Wollens zu rühmen. Er, der Wohlbegüterte aus bürgerlichem Hause, war einer der gewandtesten, unermüdetsten Wortführer der Arbeiterfrage, der selbstlos sein ganzes Ich für die Partei einsetzte, willig für sie stritt und litt, und in den vielen schweren Tagen, die die Geschichte der deutschen sozialdemokratischen Partei aufweist, freudig die größten Opfer brachte. Er hat der deutschen Sozialdemokratie sein Leben gegeben, in ihrem Dienst seine Kräfte zerrieben; er ist selbst in den Zeiten, wo andere müde Resignation beschlich, stets siegeszuversichtlich geblieben und hat sich durch keine Widerwärtigkeiten in dem Glauben an den unaufhaltsamen Fortschritt der Arbeiterbewegung beirren lassen — das kann und wird ihm die Arbeiterklasse nie vergessen.

Besonders aber hat der „Vorwärts“, wie an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben soll, dem teuren Toten viel zu danken. Nicht nur, daß es zum großen Teil Singers Opferwilligkeit war, die es im Frühjahr 1884 der Berliner Sozialdemokratie ermöglichte, das „Berliner Volksblatt“, den Vorläufer des „Vorwärts“, ins Leben zu rufen; er hat auch in den folgenden Jahren an der Entwicklung unseres Blattes den regsten Anteil genommen, immer bereit, zu raten und zu helfen. Es gab Zeiten, wo er fast täglich in der Redaktion erschien; und gar manchen Artikel — speziell über Berliner kommunalpolitische Verhältnisse — hat er für den „Vorwärts“ geschrieben.

Wenn aber Singer als treuer, unermüdetlicher Arbeiter dem harten Dienste der Partei seine Kräfte gewidmet hat, so hat er andererseits auch in diesem Dienst das Glück und das Wesen seines Lebens gefunden. Die Partei war ihm alles. Im Wiefen für sie fand er seine höchste Befriedigung. Ihre Erfolge dünkten ihm der schönste Lohn. Und sein Mühen hat reiche Erfolge gefunden. Wenn er uns auch viel zu früh gestorben ist, so ist es ihm doch vergönnt gewesen, zu sehen, wie unter seiner Führung aus bescheidenen Anfängen heraus die deutsche sozialistische Arbeiterbewegung zu einem weltgeschichtlichen Faktor, zu einer Macht wurde, die das ganze Denken und Denken unserer Zeit beherrscht. Er konnte in dem stolzen Bewußtsein sterben, nicht umsonst gelebt, sondern stets im Vordertreffen der größten Kulturbewegung unseres Zeitalters gestanden zu haben — Bahnbrecher einer neuen, besseren Zeit.

Singer gehörte nicht zu den ganz Alten der deutschen Arbeiterbewegung, die schon zur Zeit der Lassalle'schen Agitation sich der jungen sozialistischen Partei angeschlossen. Er zählte zu jener Generation, die in den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts, nach der Begründung der neuen Reichsherrschaft, zum Sozialismus herantastete. Am 16. Januar 1844 in Berlin geboren, besuchte er dort die königliche Realschule, trat 1858 in die Kaufmannslehre und machte sich schon früh selbstständig, indem er bereits 1869, 25 Jahre alt, mit seinem Bruder die bekannte Berliner Damenmantelfabrik „Gebrüder Singer“ begründete. An dem politischen Leben nahm Paul Singer frühzeitig regen Anteil, aber zunächst nicht als Sozialdemokrat. Er war bürgerlicher Demokrat. Die Erfahrung, daß von dem Bürgertum eine Durchführung wirklich demokratischer Staatsinstitutionen nicht zu erwarten sei, bewog ihn jedoch, sich der Sozialdemokratie anzuschließen. Nachdem er schon jahrelang vorher mit den leitenden Personen der Berliner sozialdemokratischen Bewegung Verbindung unterhalten und sich der Eisenacher Richtung angeschlossen hatte, trat er nach Einführung des Sozialistengesetzes offiziell der Partei bei und gelangte in dieser durch seine Opferwilligkeit, seine emsige Tätigkeit und seine Kenntnis der Berliner Verhältnisse bald zu Ansehen. 1883 wählten ihn die Berliner Arbeiter mit Franz Tugauer in die Berliner Stadtverordnetenversammlung, der Singer seitdem ununterbrochen angehört hat und der er fortan einen großen Teil seiner Arbeitskraft widmete.

Im folgenden Jahre wurde Singer auch in den Reichstag gewählt. Der vierte Berliner Wahlkreis, der bereits von 1875/81 sozialdemokratisch im Reichstage vertreten gewesen, bei der ersten allgemeinen Wahl unter dem Sozialistengesetz (1881) aber der Partei verloren gegangen war, stellte Singer als Kandidaten auf. Singer siegte mit 25 386 über 24 476 Stimmen.

In diese Zeit fällt auch die schon erwähnte Gründung des „Berliner Volksblatt“, des jetzigen „Vorwärts“, dessen erste Nummer (Probenummer) am 30. März 1884 erschien. Singer hatte an dessen Entstehung nicht nur insofern Anteil, als er einen beträchtlichen Teil der zur Herausgabe nötigen Anschaffungskosten trug, er leistete auch späterhin noch manche Zuschüsse, denn das in der Badingschen Druckerei hergestellte, von Wilhelm Bloß redigierte „Volksblatt“ führte zunächst ein sehr bescheidenes Dasein.

Im Reichstage erwies sich Singer bald als schlagfertiger Parlamentarier. Schon in seiner ersten Rede, die er am 11. September 1883 vor den Berliner Arbeitern gehalten hatte, wußte er die lauschende Masse so mit fortzureißen, daß sich die Versammlung zu einer großen Demonstration gestaltete; im Reichstage zeigte sich alsbald, daß Singer eine nicht geringere Begabung für die Parlamentsdebatte besaß. Mit dem Vermögen einer schnellen Auffassung und Orientierung ausgestattet, fand er sich überall, auf den verschiedensten und schwierigsten Gebieten, zurecht und erwarb sich auf manchen, besonders in allen Fragen des Reichshaushalts und der Geschäftsordnung, eine hervorragende Sachkenntnis, weshalb ihn später auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion regelmäßig in den Seniorenkongress des Reichstags delegierte.

Wie unbequem Singer durch seine scharfen Kritiken dem reaktionären Bismarck-Buttkamer'schen Regiment wurde, bewies dieses durch seine baldige Ausweisung aus Berlin. Als Singer am 18. Februar 1886 das Postpöbel-treiben der Berliner politischen Polizei vor aller Welt bloßstellte und nachwies, daß deren Agent Spring-Mahlow in Arbeiterkreisen die Ausführung von Bombenattentaten angeregt hatte, traf ihn die Rache der gebrandmarkten Regierung. Am 3. Juli 1886 mußte Singer Berlin verlassen. Die stürmische Ovation, die ihm die Berliner Arbeiter bereiteten, zeigte, welche Beliebtheit er sich unter ihnen erworben hatte.

Singer nahm dann seinen Wohnsitz in Dresden, wurde auf Veranlassung der preussischen Regierung jedoch auch dort bald ausgewiesen. Wenn aber das Buttkamer'sche Regime gemeint hatte, dadurch der sozialdemokratischen Partei einen Schlag zu versetzen, so täuschte es sich gründlich. Persönlich wurde Singer zwar geschädigt, da er seinem Geschäftsbetrieb entzogen wurde, aber der Partei verschafften diese Maßnahmen einen unermüdetlichen Agitator, dessen Wort bald in allen Gauen gehört wurde. Singer zog sich aus dem Geschäftsleben zurück und schied mit dem 1. Januar 1888 formell aus der Firma „Gebrüder Singer“ aus. Dafür widmete er sich um so eifriger der politischen Arbeit und wurde durch das Vertrauen der sozialdemokratischen Partei in verschiedene der höchsten Ehrenstellen berufen. Bereits 1887 wurde er zum Mitglied des Parteivorstandes und drei Jahre später, 1890, auf dem Parteitag zu Halle, nachdem sich die Partei ihre neue Organisation gegeben hatte, einstimmig zum Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei erwählt.

Durch diese Wahl an die Spitze der Gesamtpartei gestellt, hat er als Taktiker und als Organisator der vom Druck des Sozialistengesetzes befreiten deutschen Sozialdemokratie sich um diese unvergeßliche Verdienste erworben. Mit seinem Verständnis für die Bedingungen der Machtgewinnung und die jeweilige politische Lage verband er eine gewisse nüchterne, fast könnte man sagen, kaufmännische Berechnung der politischen Faktoren und einen Sinn für die tägliche politische Kleinarbeit, die ihn für ein so hohes Ehrenamt geradezu prädestinierten. Dazu kam eine ganz außergewöhnliche Beherrschung der parlamentarischen Geschäftsformen und eine von charakterlosem Opportunismus weit entfernte Erfassung der politischen Tagesverhältnisse. Wer jemals an den von ihm geleiteten Kommissionsitzungen und Konferenzen teilgenommen hat, der weiß, wie er das Wesentliche vom Nebensächlichen zu trennen und die sich oft zersplitternde Debatte immer wieder auf den eigentlichen Gegenstand der Verhandlungen zu konzentrieren verstand. Auf allen deutschen Parteitagungen der letzten beiden Jahrzehnte hat er denn auch, soweit ihn nicht Erkrankung hinderte, den Vorsitz geführt. Ebenso wurde er auf den Internationalen sozialistischen Kongressen stets von der deutschen Delegation in das Präsidium gewählt. Auch dem Internationalen sozialistischen Bureau gehörte er seit dessen Begründung an. Und mit welcher Sicherheit und Umsicht leitete er die oft recht stürmischen Sitzungen!

Run hat ihn der Tod hinweggerissen und seinem arbeitsreichen Wirken ein Ende gesetzt. Er kann nicht mehr, wegweisend, mit uns für eine bessere Zukunft kämpfen. Doch seine Taten überleben ihn. Sein Name gehört für immer der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung an, und wenn man einst in einer glücklicheren Zeit die Streiter aufzählt, die diese Zeit erringen halfen, dann wird an erster Stelle auch sein Name genannt werden.

Zum Tode Singers.

Die Beerdigung Paul Singers findet am Sonntagmorgen um 10 Uhr im „Vorwärts“, Lindenstraße 69, aus statt. Singer wird auf dem städtischen Zentralfriedhofe in Friedrichsfelde begraben. Im Trauerzuge werden Musikchöre marschieren und auch umflorte Fahnen mitgeführt werden. Die Ordner werden von der Partei selbst gestellt.

Im Reichstage gedachte der Präsident Graf Schönerling in ehrenden Worten unseres toten Genossen. Sehr warm empfunden war der Nachruf, den Oberbürgermeister Kirchner zu Beginn der Sitzung der Verkehrsdeputation unserem Vorkämpfer widmete. Er bezeichnete ihn als ein sehr tätiges und sehr energisches Mitglied der Deputation, das stets für die Interessen Berlins in hervorragender Weise eingetreten sei.

In der Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion widmete Genosse Bebel dem dahingegangenen Gefährten und Mitkämpfer unter tiefer Bewegung Worte des Gedankens. Bei der Beerdigung wird Genosse Kolkenbühr für die Fraktion sprechen.

Sämtliche Fraktionen des Reichstages mit Ausnahme der Antiliberalen haben ihr Beileid ausgesprochen. Für die Nationalliberalen haben Prinz Schönerling-Carolath und Dr. Heinze folgendes Schreiben gesandt:

„Die nationalliberale Reichstagsfraktion will nicht verfehlen, der sozialdemokratischen Fraktion beim Ableben ihres langjährigen Vorsitzenden, des Abg. Singer, ihr aufrichtiges Beileid und lebhaftes Mitgefühl auszusprechen.“

Auch die bürgerliche Presse erkennt zum größten Teil die trefflichen persönlichen Eigenschaften und die hohe politische Begabung des Dahingegangenen an.

Im „Berliner Tageblatt“ schreibt Chefredakteur Theodor Wolff:

„Diejenigen politischen Gegner Paul Singers, denen der Parteikonkord das Gemüt nicht völlig ausgedrückt, vernahmen mit ehrlichem Bedauern, daß dieser „Präsident“ der Sozialdemokratie nun unter der Last der Leiden, die ihn seit zwei Jahren gequält, erlegen ist. Obgleich Singer immer zu dem radikalen Flügel der sozialdemokratischen Partei hielt, eine Annäherung an den entschiedenen Liberalismus, die weitwärtigeren Politikern als eine Notwendigkeit erscheint, lange mit großer Schärfe zurückwies und in dem Revisionismus bis zuletzt eine schwächliche Fahnenflucht sah, hatte doch gerade er auch jenseits der Parteigrenzen manchen Freund, und alle, die ihn nähertraten, sprachen von ihm mit Achtung und Sympathie. Er hatte sich, trotz des breittürkigen Schlapphutes, den er trug, die Allüren und die Lebensweise des altberlinischen Bürgerers, des guten, bescheidenen, soliden Bürgerers von einst, bewahrt, und während seine extremen Anschauungen und Theorien ihn zu den erbittertesten Gesellschaftsfeinden führten, blieb er durch den bürgerlichen Zug seines Wesens dieser bescheidenen Gesellschaft verknüpft. Er wurde auch in den Kommissionen des Reichstages und ebenso in denen der Stadtverordnetenversammlung von allen, die mit ihm arbeiteten, ungemein geschätzt, denn er erledigte jede Aufgabe mit peinlichster Gewissenhaftigkeit, besaß für alle praktischen Fragen einen selten klaren und sicheren Blick und half über manche Schwierigkeiten der Diskussion mit seinem behaglichen Humor, seiner gemüthlichen Ironie hinweg. Noch mehr aber nahm er diejenigen für sich an, die seine Tätigkeit in der Leitung wohlthätiger Vereine und Anstalten, und besonders des Hilfsvereins für Obdachlose, aus der Nähe sahen. Hier zeigte sich ihm die ganze Breite und die Güte seiner Natur, und hier trat gerade diese radikale Dogmatiker stets für die Erreichung des Möglichen und für das unmittelbar Wirksame ein.“

Für dieses Amt eines Präsidenten brachte er tatsächlich alles mit, was dort nötig und förderlich ist, und wenn ihm der geistreiche Schwung eines Simon nicht gegeben war, so fehlte er dafür manches ein, was den meisten Präsidenten fehlt. Er war groß, breit, schulterig und wuchtig von Gestalt; sein Organ war durchdringend, seine Gesten zeugten von unerschütterlicher Sicherheit. Man brachte ihn nie aus dem Gleichgewicht, weder in einer stürmischen Volksversammlung, noch im Parlament, und er kannte die Geschäftsordnung des Reichstages wie keiner neben ihm und vermerkte diese Kenntnis mit oft erstaunlicher Geistesgegenwart. Er war kein zündender Redner wie Bebel, sich die Höre nicht hin, blendete nicht durch Gedankenreichtum oder scharfgeschliffenen Witz, aber die trockene und fast phlegmatische Art, in der er seine Angriffe vorbrachte, war doch keineswegs unfruchtbar, und seine derb kaiserschen Schläge gingen selten fehl. Wie man seine rhetorischen Leistungen auch einschätzen mag — sie stehen gewiß nicht unerreichtbar, nicht unüberbietbar da. Aber als Präsident wird er kaum zu ersetzen sein, denn kein anderer in der Partei besitzt eine so fest begründete Autorität.

Noch wichtiger fast als durch diese Präsidenten- und Schiedsrichteramt war er für die sozialdemokratische Partei durch sein organisatorisches Talent. Für die Gliederung und Ordnung der zur Partei zusammengeschlossenen Massen, und für die solide Festigung der Parteifinanz hat dieser tüchtige Kaufmann zweifellos viel, und vielleicht das meiste getan. Er war unverbesserlich geblieben, lebte nach dem Tode seiner Schwester, die ihm treu das Haus geführt, mit seinem Bruder allein, und die Partei war sein Kind und sein Idol. Er gab ihr, durch die Organisation, den festen Halt, aber indem er auch die Geister organisierte und jede Hebung unter einer eisernen Disziplin erziehen wollte, fand er sich allmählich in die Rolle des Parteipapstes hinein. Gewiß, die Partei war festgelegt wie ein Felsblock, aber sie lief doch auch Gefahr, wie ein Felsen zu erstarren und schließlich nur noch ein unflexibler Koloss zu sein. Singer hatte die schweren Tage des Anfangs noch mitgemacht; er hatte die heroischen Zeiten des Sozialistengesetzes gesehen und empfand sich als Hüter der reinen, unverfälschten Tradition. Er fühlte die Verpflichtung, die Partei auf dem alten Wege zu erhalten, fern von aller „Kompromißerei“, und mit argwohniger Strenge wies er jede lehrerliche Regung zurück. Er bildete seine Armee nur in dem Gedanken auf das „Endziel“ aus, an das Marx und Engels und Liebknecht geglaubt. Dann und wie man dort hingelangen sollte, wußte er nicht — aber eines Tages würde es schon geschehen! . . .“

Die „Freisinnige Zeitung“ schreibt:

„Mit Paul Singer verliert die Sozialdemokratie den neben Bebel angesehensten und einflussreichsten Führer, der ihre Parteitage mit großer Geschäftlichkeit und Unparteilichkeit geleitet hat; aber auch die politischen Gegner, die oft mit ihm Längen brachen, stellen ihm das Zeugnis aus, daß er ein von reinen Absichten befehlter, uneigennütziger Volksmann war, der insbesondere auch ein warmes Herz für die Interessen der Stadt Berlin stets betätigt und an ihrer Selbstverwaltung ebenso regen wie erfolgreichen Anteil genommen hat.“

Singer hat ein großes Vermögen der Sozialdemokratie dargebracht. Er führte als Hauptmann einen bescheidenen Haushalt, an dessen Spitze seine Schwester stand. Persönlich von großer Lebenswürdigkeit und von verlässlichen Umgangsformen, stellte er sich als

Parteiführer gemeinsam auf den radikalen Flügel seiner Fraktion. Im Reichstage wußte er deren Interessen namentlich in allen Geschäftsordnungsfragen schlagfertig und gewandt wahrzunehmen. Im Roten Hause wurde seine Erfahrung, seine Ehrlichkeit, seine Selbstlosigkeit von allen Parteien geschätzt. Man konnte seine Ansichten oft bekämpfen, seiner Person aber, die eine gewisse Gültigkeit nicht zu verleugnen vermochte, kaum gram sein. In Singer verkörperte sich ein gut Stück Geschichte der Sozialdemokratie, und an ihm läßt sich, wie wohl er einer der nächsten Gesinnungsgenossen Kautskys blieb, dennoch nachweisen, wie sich die Partei im Laufe der Zeit gewandelt hat. Der Kaufmannsprozeß wird durch Singers Tod vielleicht beschleunigt werden.“

„Berliner Volks-Zeitung“:

„In Paul Singer verliert die sozialdemokratische Partei Deutschlands eine der vielen markanten Persönlichkeiten, die in und mit der Partei zu großer politischer Bedeutung emporgetrieben sind. Der Dahingegangene war einer der fleißigsten und gewissenhaftesten Volksvertreter, der in allen großen politischen Fragen den Standpunkt seiner Partei wirksam zu wahren wußte. Seine größten moralischen Triumphe als Verteidiger von Recht, Gerechtigkeit und politischem Anstand feierte er, wenn er während des Sozialistengesetzes einem Putzwerk gegenüberstand und die unter dem „Schandgesetz“ groß gewordene nichtswürdige Polizeispitzelei und ihre unamoralischen Tricks unter Vorführung eines erdrückenden Tatsachenmaterials mit scharfer Schärfe brandmarkte.“

Im Reichstage war Singer als einer der besten Kenner der Geschäftsordnung auch von seinen politischen Gegnern anerkannt; in manchem Streit um die Geschäftsordnung war sein Eingreifen von entscheidender Bedeutung. Er war viele Jahre hindurch der Vorsitzende der sozialistischen Parteitage, bei deren Leitung er sein großes Talent zur sicheren Beherrschung auch der schwierigsten parlamentarischen Situationen erfolgreich zu entsalten vermochte.

Ein nicht hoch genug zu schätzendes Verdienst um Berlin hat sich Paul Singer erworben durch die viele Jahre umspannende, aufopferungswillige, treue Arbeit, die er mit dem unergieblichen Thöde zusammen für den Asylverein für Obdachlose geleistet hat. In der tatkräftigen Sorge um dieses soziale Werk hat sich Singer niemals genug tun können. Dieser Schöpfung gehörte sein warmstes Interesse, seine ganze Menschenliebe. Unzähligmal ist Singer noch um Mitternacht nach der aufreibenden parlamentarischen Arbeit eines ganzen Tages, nach den anstrengendsten Kommissionsstunden aus dem Reichstage in das Asyl gefahren, um dort nach dem Rechten zu sehen. Dieser Teil seines Lebenswerkes wird ihm den Dank der Stadt Berlin für immer sichern und ihm rühmliche Anerkennung auch von seinen politischen Gegnern eintragen.

Als energischer Bekämpfer der gemeinschädlichen preussischen Reaktion hat sich Singer einen Ehrenrang in der Reihe der für den Kulturfortschritt eintretenden Männer des Volkes erworben.“

Die „Freisinnige Zeitung“ schreibt:

„Mit Singer scheidet einer von der alten Garde der sozialdemokratischen Partei aus den Reihen der Politiker. Liebknecht, Bebel und Singer waren das Dreigestirn, unter dem die sozialdemokratische Partei Deutschlands aus kleinen Anfängen zu immer größerem Wachstum gedieh. Er war einer der besten Kenner der Geschäftsordnung, und es ist ein seltsames Moment, daß ein Sozialdemokrat, ein Vertreter des Umsturzes, viele Jahre an der Spitze der Geschäftsordnungskommission des Reichstages stand. Wenn es bei Abstimmungen im Reichstage infolge der vielen durch einandergehenden Anträge zur Verwirrung kam, so griff, wie früher Eugen Richter, Paul Singer stets helfend ein und schaffte Ruhe. Durch seine Ruhe, seinen abwägenden, natürlichen und fast immer den Kern erfassenden Verstand hat er sich auch bei den Gegnern Achtung verschafft, und selbst diejenigen, die ihn sachlich und persönlich bekämpften, müssen bekennen, daß mit Singer ein ganzer Mann dahingegangen ist, ein Ganger und Aufrechter. Und auch ein Uneigennütziger. Seinen Parteigenossen aber galt er immer als Ordner und Leiter, als eine Autorität, der sie sich willig unterwarfen. Er hat für seine Partei, besonders als Organisator außerordentlich viel getan und geleistet. So gutmütig er in persönlichen Verkehr war, so radikal waren seine Anschauungen. Er war ein unerbittlicher Gegner der Revisionisten, der sich niemals auf Kompromisse mit ihnen einlassen wollte.“

„Lokalanzeiger“:

„Mit Singer ist einer der Hauptführer der Sozialdemokratie, ein Parlamentarier von großer Schulung, ein nicht zu unterschätzender Debatter und ein hervorragender Kommunalpolitiker dahingegangen. In der Berliner Stadtverordnetenversammlung hatte er bis in die letzte Zeit, wo ein schweres Augenleiden ihn hinderte, an den Versammlungen teilzunehmen, eine bedeutende Rolle gespielt, bei allen wichtigen Beratungsgegenständen nahm er regelmäßig das Wort.“

„Tägliche Rundschau“:

„Als ein Totfeind der bürgerlichen Gesellschaft verließ Singer diese Erde und als Todfeindin sieht sie ihm nach. Und doch nicht ohne Achtung, denn Singer war bei all seinem Radikalismus ein Charakter; es lebte ein starker Zug von Rechtlichkeit in ihm, und mancher Revisionist war wohl überzeugt, in diesem Belang eher auf diesen starren Wächter des Dogmas zählen zu dürfen, als auf den vielgewandten, labierenden Bebel.“

Die bürgerlichen Gegner haben gerade Singer vielleicht ein bißchen viel mitgespielt. . . . Und doch wurde der behäbige, schwer bewegliche Mann mit den nicht gerade sympathischen Zügen, der jüdische Finanzier, von dem deutschen Proletariat verehrt wie wenige. Man wußte, was man an dem Alten hatte, an dem „Großglockner“, der als ständiger Präsident der Genossentage selbst die wildesten Stürme der Erregung wieder in ihr Bett zu leiten wußte, der streng zugreifend, aber auch geschickt ausgleichend verstand, wie neben ihm wohl nur noch Bebel. Seine trockene Sachlichkeit mochte manchmal auf die tobenden Heißsporne wie ein Verwundungspulver wirken. Er war nämlich ein „stiller, ruhiger Mensch“ trotz seiner radikalen Praxis, und was ihm an höheren Schwung und an Lebensmelodie, was ihm an Temperament und schlagkräftiger Redegabe fehlte, das ersetzte er durch eine außerordentliche Sachkunde und fast sprichwörtliche Geschäftskennntnis. Und so kam es denn auch im Deutschen Reichstage vor, daß manchmal, wenn das Gestrüpp der Paragraphen, die Wogen der vielfachen Anträge, die Wanderer zu erstickten drohten, Singer als Lotse auftrat, denn er kannte anerkanntermaßen die Geschäftsordnung am besten.

Freilich, manchmal spielte diese seine Kenntnis dem Haupte auch einen Streich, und nach längerer Verhandlung stellte er dann fest, daß alles noch dem und dem Paragraphen seiner geliebten Geschäftsordnung unzulässig und ungültig sei. . . .

Erinnerlich ist noch — vielleicht ist es die unerquicklichste Erinnerung aus seinem Leben —, wie er im Sturm der Joldebatten aus dem Saal gemuldet werden sollte, aber standhaft sitzen blieb und wie feinstreng die Sitzung geschlossen und eine neue anderamt werden mußte.“

„Deutsche Tageszeitung“:

„Singer verdankte seinem großen Einfluß zum guten Teil seiner zweifellos erheblichen dialektischen und verstandesmäßigen Begabung, durch die er sich namentlich in Geschäftsordnungsfragen

eine Art Autorität erworben hat. Er hat lange Zeit hindurch die sozialdemokratischen Parteitage geleitet und auch im Reichstage in Geschäftsordnungsfragen eine große Rolle gespielt, sowohl in den Plenardebatten wie als langjähriger Vorsitzender der Geschäftsordnungskommission. Diese Stellung verschaffte er sich durch sein bekanntes Verhalten in der Zeit der Obstruktion gegen den Zolltarif, während der er sich dem Ausweisungsbote des Präsidiums nicht fügte. Sonst trat er im Reichstage namentlich als Redner zum Postetat hervor. Noch mehr Einfluß als seine persönliche Befähigung dürfte dem Verstorbenen innerhalb seiner Partei sein großes Vermögen gesichert haben, das ihm eine reichliche pekuniäre Unterstützung der Parteizwecke erlaubte, er war auch Inhaber der „Vorwärts“-Druckerei. Persönlich war Singer wohl der am wenigsten sympathische unter den älteren Führern der Sozialdemokratie.“

Die ersten Kondolenz.

In der Redaktion des „Vorwärts“ und beim Parteivorstand sind bereits eine große Anzahl telegraphischer Kondolenz aus In- und Ausland eingelaufen. Für die Parteivertretung der deutschen Sozialdemokraten Österreichs drachten die Genossen Adler und Starz:

„Mit tiefer Trauer erfüllt uns die Nachricht von dem Ableben Paul Singers. Weit über die Gemarkungen des Deutschen Reiches hinaus hat Singers tennes energiegelobtes Schaffen der Sache der Proletarier genützt. Die deutschen Sozialdemokraten Deutsch-Oesterreichs empfanden mit Euch den schweren Verlust den die Sozialdemokratie Deutschlands und mit ihr die gesamte sozialdemokratische Internationale erlitten hat.“

Für die deutsch-österreichische Reichsratsfraktion telegraphiert Bernerstorfer:

„Der Klub der deutschen Sozialdemokratie im Parlamente drückt seinen Schmerz und seine Trauer über Singers Tod der deutschen Partei gegenüber auf das aufrichtigste aus. Wir haben den eifrigen und unermüdbaren Kämpfer für unsere gemeinsame Sache immer auch für den unsrigen gehalten. Er ist nicht nur Euch, er ist auch uns und der gesamten Internationale gestorben. Uns bleibt sein Andenken und sein Beispiel.“

Für die organisierten Frauen Deutsch-Oesterreichs kondoliert Genossin Adelheid Popp. Der Parteivorstand der tschechischen sozialdemokratischen Partei und die Redaktion des „Pravo Lidu“ drachten:

„Der Tod des großen Vorkämpfers des internationalen Sozialismus Paul Singer erweckt die tiefste Trauer der tschechischen Arbeiter. Im Namen derselben kondolieren den deutschen Genossen.“

Aus Budapest wird telegraphiert:

„Die Parteileitung der sozialdemokratischen Partei Ungarns nimmt schweren Herzens die Nachricht vom Tode Paul Singers. Es ist ein schwerer Schlag, der die Sozialdemokratie Deutschlands trifft und der auch hierzulande alle für eine bessere Zukunft kämpfenden Proletarier mit tiefem Schmerz erfüllt. Wir trauern mit Euch.“

Weitere Kondolenz sind noch von der westböhmischen Kreisorganisation und der Redaktion der „Rozsava“ Budapest eingegangen.

Der arabische Kolonialkrieg.

Aus Konstantinopel wird uns geschrieben: Der Aufstand in Yemen bedeutet für die Türkei eine ernste Gefahr. Denn es handelt sich nicht mehr um vereinzelte Wüstenkämpfe, sondern um eine Vereinigung der wichtigsten Araberstämme, die selbst die Offensive ergreifen und die Hauptstadt des Yemen, Sana, ernstlich bedrohen. Die Truppenmassen, die die Regierung jetzt nach dem Yemen sendet, können erst Ende Februar in bedeutender Zahl auf dem Kampfgelände erscheinen. Davon, ob sich Sana bis dahin hält, hängt wesentlich der weitere Verlauf des Feldzuges ab. Wenn die Hauptstadt nicht Stand halten sollte, so würde das die weitere Kriegsführung sehr erschweren und die Sendung noch stärkerer Truppenmassen erforderlich machen.

Man rechnet mit Kämpfen, die sich den ganzen Frühling und vielleicht auch den Sommer durch hinziehen könnten. Das kostet vor allem ein Heuberg und erschwert die finanzielle Lage des Reichs außerordentlich. Politisch wird dadurch die Reformtätigkeit der Regierung in Kleinasien so gut wie lahmgelegt. Die anarchischen Zustände, die schon jetzt in Mesopotamien herrschen, werden unannehmlich recht um sich greifen, und selbst der Weiterbau der Vagdadbahn kann dadurch beeinträchtigt werden. Sowohl am persischen Golf wie im Innern Persiens bekommen England und Rußland freie Hand. Der Aufstand kommt diesen beiden Mächten wie gerufen.

Die Ursachen des Aufstandes lassen sich auf drei Hauptmomente zurückführen: 1. das soziale Elend, 2. die Nacht der Scheiks, 3. die englische Einmischung.

Arabien bildet bekanntlich eine Wüste, die von fruchtbaren Landschaften umfäumt ist. Wo es Land zu bebauen gibt, ist die Bevölkerung anfällig, die Wüste dagegen wird von den nomadischen Beduinen bewohnt. Man versteht gewöhnlich unter Nomaden Völkern, die mit ihren Herden herumziehen und sich von der Viehzucht ernähren. Die nomadischen Beduinen der arabischen Wüste verfügen aber infolge des unwirtlichen Klimas nur über ein einziges Tier, über das Kamel. Das Kamel ist ein äußerst genügsames Tier, dafür liefert es aber auch selbst sehr wenig Nahrungsmittel. Die Beduinen sind infolgedessen seit Jahrhunderten Handwerker. Aus der Wolle der Kamel bereiten sie die mannigfaltigen Gegenstände, Stoffe, Teppiche, Matten usw., die sie bei den Bauern des „glücklichen Arabien“, Syrien, Mesopotamien, gegen Rohstoffe und ihren sonstigen Bedarf austauschen. Ihr wichtigster Erwerbszweig war aber seit jeher der Transport durch die Wüste.

Wir kennen diesen Verkehr meistens nur aus den Erzählungen der Kaufleute, die sich über die Ueberfälle der wilden Beduinenkämme beklagen. Nun sind, wie die ersten Seefahrer, auch diese Vermittler des Verkehrs durch die Wüste, Gewaltmenschen, die nicht immer die Schiedsgerichtsbarkeit zwischen Wein und Wein anerkennen. Ohne die Beduinen ist aber der Verkehr durch die Wüste unmöglich. Sie allein kennen die Routen, kennen die Plätze, wo man auf der weiten Reise Wasser und Erholung finden kann. Sie haben mit unfähiger Mühe, unter Anwendung einer riesenhaften Maschinenarbeit künstliche Dämme geschaffen, um einen regelrechten Verkehr unterhalten zu können. Als Transporteurs und Karawanenbegleiter haben sie den Völkern der Umgebung gedient, um deren Verkehr untereinander zu vermitteln, und durch ihr Gebiet zog auch ein wichtiger Landweg nach Ostindien.

Aber sie haben die Glanzzeit ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit längst hinter sich. Schon die Befriedung Südrußlands, die das Schwergewicht der Zivilisation aus Asien nach Europa übertrug und im Mitteländischen Meere die Handelsströme kreuzte, hat den wirtschaftlichen Verfall Arabiens zur Folge gehabt. Später kam die Umschiffung Afrika, die einen Seeverkehr mit Ostindien ermöglichte.

Dann die Entdeckung Amerikas, die den Handelsverkehr nach dem Atlantischen Ozean ablenkte. In jüngster Zeit die Erbauung des Suezkanals, die einen neuen Seeverkehr mit Ostindien schuf.

Die moderne Entwicklung mit ihren Eisenbahnen muß auch diese Gegenden zu einem neuen Leben erwecken. Vorläufig aber ist das Ergebnis des vom Kapitalismus geleiteten Industrialismus die Vernichtung. Der Karawanenverkehr erhielt seinen Todesstoß — weshalb denn auch die Beduinen mit solcher Wut die Eisenbahnen zerstörten. Die einbringende Fabrikware tauft den Produzenten des einheimischen Gewerbes den Markt. Der Handel verstrickt die Bevölkerung, die anfänglich wie die Nomaden, in Schuldburden. Und dazu kommt noch der Staat mit seinen Steuern und Rekruten-enthebungen! Diese soziale Zerlegung ist der Grund, weshalb die Kraber, die Bauern wie die Nomaden, eine unruhige Masse bilden, die zu Aufständen bereit ist.

Der soziale Verband der Kraber hält die Mitte zwischen einer Stammesorganisation und einem Staat. Die Grundlage bildet die Vereinigung mehrerer Jette, die eine Anzahl blutsverwandter Familien verbindet. Diese Familienverbände selbst werden zu einer höheren Gruppe zusammengefaßt, der die Aufsicht über die Herden und sonstige gemeinsame Arbeiten zufallen. Mehrere solcher Gruppen bilden einen Karawanenverband zum gemeinsamen Markt durch die Wüste. Mehrere Karawanenverbände vereinigen sich zur Verrichtung großer Dosenarbeiten — vor allem große Erdarbeiten, um die Däsen gegen Verlandung durch Wüstenwinde zu schützen — ferner zum Kampfe gegen andere Verbände. Darüber hinaus geht der religiöse Verband, der bereits der Übergang zur islamitischen Staatsbildung darstellt.

Die Scheiks, die an der Spitze der großen Verbände stehen, vereinigen deshalb eine große Truppenmacht unter ihrem Befehl. In diesem Augenblick sind es zwei Scheiks, der Imam Jahia und Seid Jdris, die die Kraberhämme unter ihrem Befehl vereinigt haben. Beide streben nach einer Loslösung von der türkischen Herrschaft, um selbständige Staaten zu bilden, und kämpfen vereint gegen die türkische Armee.

Diese Bestrebungen werden von England unterstützt, das die Türkei sowohl von der Küste des Roten Meeres, das es in ein ägyptisches „geschlossenes Meer“ verwandeln möchte, wie vom Persischen Golf und womöglich aus Mesopotamien zurückdrängen möchte. England verfolgt die Aufständischen mit Gewehren und Munition, gelegentlich auch mit Geldmitteln. Ein türkisches Degan erinnert daran, daß 1903 bei den großen Kraberkämpfen 89 000 Mann türkischer Truppen, mehrere Hunderttausend Gewehre und 70 Feldgeschütze verloren gingen! Das gibt eine Vorstellung davon, welche gewaltige Entwicklung dieser Kolonialkrieg unter ungünstigen Verhältnissen annehmen könnte.

Konstantinopel, 31. Januar. Die in Sana gernernten Truppen versuchten zweimal einen Ausfall, um die Verbindung mit Hodeida herzustellen, wurden aber beide Male zurückgetrieben. Die Sana umlagerten Anhänger Imamjahias sind 15 000 Mann stark. Unter den in Sana Eingetroffenen befindet sich auch der eigentliche Chef der Operationsarmee, General Mehmed Ali. Nach außen hin wurde General Amahulla mit der Leitung betraut. Man hofft, daß Mehmed Ali noch acht Tage Sana hält, um dann gemeinsam mit den von Hodeida vordringenden Truppen die Belagerer anzugreifen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 31. Januar 1911.

Dritte Lesung der Wertzuwachssteuer.

Aus dem Reichstag, 31. Januar. Kurz vor Eröffnung der heutigen Sitzung war die für unsere Parteigenossen tieftraurige Nachricht eingegangen, daß heute nachmittag der Genosse Singer seinem schweren Leiden erlegen ist. Der Präsident Graf Schwerin gedachte des Verstorbenen in teilnehmenden Worten und die anwesenden Abgeordneten ehrten sein Andenken in der üblichen Weise durch Erheben von den Sitzen. Während des Verlaufes der Sitzung traten dann auch die Führer der Fraktionen wie auch andere Abgeordnete an den Genossen Veibel heran, um ihr Beileid über den Tod Singers zum Ausdruck zu bringen.

Zur dritten Lesung der Wertzuwachssteuer waren von allen Parteien Anträge eingebracht. Eine ganze Sammlung von Einzelanträgen, die meist redaktioneller Natur waren, in ihrem sachlichen Inhalt aber doch auf eine Befestigung des agrarischen Charakters des Gesetzes hinausliefen, war von Abgeordneten aller bürgerlichen Parteien unterzeichnet. Es ist das ein Vorbote dafür, daß man jedenfalls auf eine große Mehrheit für das Gesetz rechnen kann.

Die Sozialdemokraten hatten sich auf die Wiedereinbringung ihrer Hauptanträge beschränkt, nämlich betreffs des Verteilungsplanes und der eventuellen Erhebung der Zündholzsteuer durch die Wertzuwachssteuer.

In der Debatte nagelte Genosse Südekum den freisinnigen Abgeordneten Cuno und seine Freunde, die den Kompromißanträgen zugestimmt hatten, auf ihre Bankmüdigkeit fest und legte nochmals eindringlich die Gründe dar, die uns nötigen würden, gegen dieses Gesetz zu stimmen. Durchweg wurden die Kompromißanträge angenommen. Zu einer stürmischen Auseinandersetzung kam es dann noch bei dem Antrage der Konserverativen, das in der Kommission gestrichene Fürstenprivileg wieder herzustellen. Der Schatzsekretär Wermuth bemühte sich, durch staatsrechtliche Deduktionen die Notwendigkeit eines Vorrechts der Landesfürsten nachzuweisen. Er versicherte dabei feierlich, daß die Geldinteressen der Fürsten weder diese selbst noch die Regierungsvertreter veranlassen, auf der Durchführung dieses Privilegs zu bestehen. Den preussischen Finanzminister Senge hatte man vorfichtigerweise diesmal nicht herbeimöhrt. In der Debatte wies besonders nachdrücklich Genosse Ulrich die Unhaltbarkeit der versuchten Vorrechtsbegründung nach und kündigte den Gegnern an, daß dessen Durchführung nur der Sozialdemokratie zugute kommen werde. Bei der Abstimmung, die auf Antrag sowohl der Sozialdemokraten wie der Freisinnigen eine namentliche war, wurde dann der konservative Antrag auf Wiederherstellung des Fürstenprivilegs angenommen mit etwa 20 Stimmen Mehrheit.

Die Rechte hatte geschlossen dafür gestimmt, Freisinnige und Sozialdemokraten geschlossen dagegen. Nationalliberale und Zentrum hatten sich gespalten, die Polen sich enthalten. Die steuerzahlenden Wähler werden sich jedenfalls die Namen der Privilegienfreunde merken und bei den kommenden Wahlen die Quittung für diese Haltung ausstellen.

Bei § 22 trat die Verlesung ein. Morgen soll die dritte Lesung zu Ende gebracht werden.

Abgeordnetenhaus.

Zu dem Etat der Domänenverwaltung, den das Abgeordnetenhaus am Dienstag beriet, lagen zwei Anträge vor, ein Antrag des

Zentrums, der in mindestens fünfjährigen Zwischenräumen eingehende Darstellungen über die der Domänenverwaltung unterstellten Werte der Domänen und deren wirtschaftliche Ergebnisse verlangt, und ein sozialdemokratischer Antrag, der die Regierung auffordert, dem Landtage bis zur dritten Lesung des Etats eine Aufstellung über die Entwicklung der Viehhaltung in den kgl. Domänen in den letzten 10 Jahren zu geben zu lassen.

Mit der Begründung des sozialdemokratischen Antrages war Genosse Leinert betraut, der gleichzeitig an der unberücksichtigten Etatsaufstellung und an der jetzt beliebten Art der Verpachtung Kritik übte. Er wies nach, daß das heutige System auf eine Vergrößerung der Agrarier hinausläuft, die verschleiert werden soll. Auch die Frage der Arbeiterwohnungen auf den Domänen besprach unser Genosse, um schließlich den Minister, dem auch die staatlichen Wälder unterstellt sind, daran zu erinnern, daß es eine soziale Pflicht der Regierung sei, in den Wäldern Heime für unermittelte Kranke zu schaffen, damit auch Proletarierkinder den so segensreichen Heilfaktor der Seeluft genießen können.

Den Konserverativen waren die Ausführungen des sozialdemokratischen Redners sichtlich unangenehm. Aber anstatt auch nur den Versuch einer sachlichen Widerlegung zu machen, erging sich ihr Wortführer Abg. v. Pappenheim in einigen hochmütigen Ausfällen gegen die Sozialdemokraten, die angeblich über alles reden, ohne etwas davon zu verstehen. Diese Erwidrerung des Herrn v. Pappenheim hat nicht einmal den Vorzug der Originalität, denn mit ganz denselben Wörtern haben schon andere seiner Fraktionskollegen die Sozialdemokraten „widerlegt“.

Die Debatte endete mit der Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages. Der Antrag des Zentrums gelangte mit einer unwesentlichen Aenderung zur Annahme.

Nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen vertagte sich das Haus.

Am Mittwoch beginnt die Beratung des Etats der Justizverwaltung.

Der Vatikan und die preussische Regierung.

Schon die Fassung des gestern von und nach dem Vericht des „Wolffschen Tel.-Bur.“ mitgeteilten Auszugs aus der Kaisergeburtstagsfeierrede des preussischen Gesandten beim Vatikan war so milde und schwächlich, daß der naive Glaube der preussischen Regierung, sie könne durch solche tendenziöse Proteste und Mahnungen die römische Kurie zu einer Aenderung ihres aggressiven Verhaltens bestimmen, geradezu zum Spott herausforderte. Wie sich nun aber herausstellt, ist der Bericht des Wolffschen Verichts abendrein noch zugunsten der preussischen Regierung gefälscht. Herr v. Nöldeberg hat auf Anweisung des Herrn v. Bethmann Hollweg gar nicht mal gewagt, jene tadelnden Worte auszusprechen, die ihn der offizielle telegraphische Vericht sagen läßt. Um nicht beim päpstlichen Stuhl anzustoßen, hat er sich darauf beschränkt, nur von starken Belastungen der guten Beziehungen zwischen dem Vatikan und der preussischen Regierung zu sprechen, dann gleich hinterher, um selbst diese milde Mahnung wieder abzuschwächen, aber von gleichen Anschuldigungen des Kaisers und des Papstes gesprochen. Die „Köln. Volksztg.“ veröffentlicht nämlich den authentischen Wortlaut der Ansprache, und nach diesem beschränkt sich der „energetische Protest“ des Herrn v. Nöldeberg auf folgende höflich-konventionelle Redensarten:

Als ich im vergangenen Jahre die Ehre hatte, Sie bei dieser Gelegenheit hier zu begrüßen, lebte ich in der frohen Hoffnung und Aufrichtigkeit, daß wir im kommenden Jahre ruhige und friedliche Tage für den konfessionellen Frieden in Deutschland erwarten dürften. Diese Hoffnung und Aufrichtigkeit hat sich nicht erfüllt. Die guten Beziehungen zwischen meiner Regierung und dem Vatikan haben im vorstehenden Jahre eine Belastungsprobe auszuhalten müssen, wie sie so stark in den letzten zwei Jahrzehnten nicht eingetreten war.

Wir haben an der Spitze einen Herrscher, der nach Möglichkeit allen Anforderungen eines so hohen Amtes zu entsprechen geeignet scheint. Selbst die zuweilen bestrittene Vielseitigkeit läßt ihn die Lösung der schwierigsten Aufgabe als besonders geeignet erscheinen. Um so mehr muß ich bedauern, daß man in gewissen Kreisen und in einer gewissen Presse immer wieder die Behauptung hören muß, daß die katholische Religion in unserem Vaterlande verfolgt sei, daß die Katholiken sich noch ihren Platz an der Sonne erobert müßten. Wer unser Vaterland kennt und mit der Regierung wie mit der Person unseres Kaisers in näherer Beziehung gestanden hat, wird darüber bald eines besseren belehrt worden sein.

Dem letzten Neujahrsempfang des diplomatischen Korps hat der Papst mit besonderem Nachdruck darauf hingewiesen, daß die kirchliche und staatliche Autorität zur gemeinsamen Wirksamkeit aufeinander angewiesen sind, für die Pflege der Religion und die Sicherstellung einer segensreichen Zukunft der Völker. Wenn es im vergangenen Jahre noch einmal glückselig gelungen ist, den Sturm in unserem Vaterlande zu beschwichtigen und die guten Beziehungen zwischen dem heiligen Stuhl und meiner Regierung zu erhalten, so ist dies dem hohen Sinn des Papstes und der starken Hand des Kaisers zuzuschreiben. Beide mächtigen Herrscher haben es verstanden, sich in ihrem Vorgehen Schranken aufzulegen und so unserem Vaterlande das kostbare Gut des konfessionellen Friedens zu bewahren.

Und durch derartiges Hin- und Hergerede eines Gesandten hofft die preussische Regierung Eindruck auf die römische Kurie zu machen? Im Vatikan wird man über solche Redeweise ironisch lächeln.

Ein „Hunnenbrief“.

Wir gaben gestern nach dem Bericht des Regierungsrates Dr. Girschner eine Darstellung der Ursachen des Aufstandes auf Ponape und der Situation nach der Ermordung der vier Beamten. Wir sahen, daß der Aufstand durch übergehürlichen Arbeitszwang und einem Prügellakt an einem Eingeborenen herborgernsen worden war, daß aber die Insurgenten sich nach der Bluttat und dem vergeblichen Versuch, die eigentliche Kolonie anzugreifen, in ihre Schlupfwinkel zurückgezogen und jeder weiteren Gewalttat enthalten hatten. Weiter stellte der Bericht des Dr. Girschner fest, daß alle übrigen Stämme Ponapes sich sofort mit aller Entschiedenheit auf die Seite der Regierung geschlagen hatten. Angesichts dieser ganzen Situation forderten wir ein besonnenes Vorgehen und Vermeidung jedes unnützen Blutvergießens. Nun veröffentlicht aber ein Blatt den Brief eines Mannes von der Besatzung des nach Ponape entsandten Kreuzers „Cormoran“, der von einer geradezu abenteuerlichen Phantasie und einer Aufgeregtheit zeugt, von der wir hoffen, daß sie in den Leitenden und verantwortlichen Kreisen auf Ponape nicht geteilt wird. In dem Brief heißt es:

„Heute sind wir hier angelangt, und was wir vorgefunden haben, läßt ja gerade nichts Gutes erhoffen. Die Bande ist hier wild, hat moderne Gewehre, Dynamit, sogar vermutet man bei ihnen ein Geschütz. Die Weiben liegen in verschauzten Lagern. „Germania“, die drei Wochen hier lag und schwarze Soldaten brachte, geht morgen weg und wird dann jedenfalls von Jay ein Telegramm an das Kreuzergeschwader schicken, worin um Entsendung zweier Kreuzer gebeten wird. Allein werden wir der Sache nicht Herr.“

Wir dürfen nämlich keine Schwäche zeigen, da dann zu befürchten ist, daß neutrale Stämme zu den Aufständischen übergehen. Wir machen nun für die Hauptaktion alles klar. Nachher werden dann die vereinigten Landungskorps die Insel, auf der jetzt die Aufständischen ihr Lager haben, besetzen. Die Schiffe werden sich jedenfalls mit Geschützen aufstöbern, und was dann entfallen will, na, damit dürfen dann die Landungstruppen aufräumen. Spaken werden wir mit der Wunde nicht. Es ist haarsträubend, wie anmaßend die Gesellschaft ist. Selbst die Schiffe wollten sie überfallen. Na, sie sollen sich wundern. Gerade geben sie Signal mit Feuer. Wärdien sie doch so dumm sein und unsieren „Cormoran“ überfallen. Morgen schicken wir unser Landungskorps aus. Man weiß zwischen dem Teufel laum noch, wie einem der Kopf steht. Wir schlafen jetzt unter geladenen Kanonen und Gewehren.“

Der Brieffschreiber gefällt sich entweder in bewußten Uebertreibungen oder er ist das Opfer einer höchst selbstmännigen Aengstlichkeit. Daß die Aufständischen, die höchstens 200 Köpfe zählen, eine Anzahl Gewehre besitzen, ist richtig, aber der größte Teil von ihnen ist nur sehr unzulänglich bewaffnet. Das in ihren Händen befindliche Geschütz existiert vollends nur in der aufgeregten Phantasie unseres Seehelden. Nach der eingetroffenen Verstärkung durch die von der „Germania“ gebrachten Pölsoldaten dürften die Besizen auch ohne die Besatzung des „Cormoran“ den Aufständischen mindestens gewachsen sein — auf dem „Cormoran“ befindet sich aber eine Besatzung von 160 Mann. Inzwischen sind auch die Kreuzer „Emden“ und „Nürnberg“ in Ponape eingetroffen, zwei Schiffe, die mehr als doppelt so groß sind, wie der „Cormoran“ und demgemäß auch eine weit stärkere Besatzung führen. Angesichts einer solchen Kriegsmacht wäre ein unndig scharfes Vorgehen und überreiltes Blutvergießen ganz unentschuldigbar!

Zur elsass-lothringischen Verfassungs- und Wahlrechtsfrage.

haben die in Elsass-Lothringen errichteten Ortsgruppen des Hanjabundes an Regierung und Reichstag eine Eingabe gerichtet, worin sie eine stimmberechtigte Vertretung des Landes im Bundesrat verlangen, weil nur ein stimmberechtigter Vertreter in der Lage ist, die Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie in Elsass-Lothringen in der richtigen Weise zur Geltung zu bringen. Ferner verlangt der Hanjabund eine stärkere Vertretung von Gewerbe, Handel und Industrie in der Ersten Kammer: die Handelskammern von Metz und Straßburg sollen je zwei, die von Colmar und Mülhausen je einen Vertreter erhalten, die Handwerkskammer aus jedem der drei Bezirke einen; außerdem der zur Handelskammer nicht wahlberechtigte Kaufmannstand mit den Privatangestellten drei Vertreter. Das wären zusammen zwölf Vertreter der Handwerker- und Kaufmannschaft, wovon die Privatangestellten sich mit den zur Handelskammer nicht wahlberechtigten Kaufleuten glücklich in die letzten drei teilen dürften!... Ein hübsches Beispiel, wie der Hanjabund die Interessen der Massen von Privatangestellten prozentual zu vertreten lassen gedenkt! — Endlich verlangt der Hanjabund als Voraussetzung für die Gewährung des Wahlrechtes zur Zweiten Kammer die Vorchrift des einjährigen Wohnsitzes in Elsass-Lothringen, an Stelle des in der Vorlage geforderten ein- bzw. dreijährigen Wohnsitzes im Wahlkreis.

Die Anträge zur Zusammenfassung der Ersten Kammer besitzigen, die bereits vorhandene Annahme, daß die Herren Liberalen und bürgerlichen Demokraten, die im Hanjabund auch in Elsass-Lothringen die führende Rolle innehaben, sich mit der Einsetzung eines reichsländischen Oberhauses recht gerne abfinden, vorausgesetzt nur, daß das industrielle und Handelskapital in diesem Oberhaus einen bestimmenden Einfluß ausüben darf.

In Mülhausen i. E. ist der bisherige liberale Parteisekretär, Herr Schaeffer, im Nebenamt nun noch Sekretär des Hanjabundes. Man muß sich nur zu helfen wissen!

Fortschrittliche Sehnsucht nach dem alten Blockverhältnis.

Daß die Fortschrittler trotz aller oppositionellen Dramatisierungen unglücklich über den Zerfall ihrer Freundschaft mit der Regierung sind, ist bekannt; weniger bekannt ist jedoch, daß sie sich eifrig bemühen, die verlorene Gunst zurückzuerobern. Geht das nicht auf geradem Wege, dann stoßen sich die tapferen Fortschrittler auch nicht an krummen Wegen — zumal wenn diese über gute Diners führen. In der „Meierzeitung“ schwärmt ein fortschrittlicher Parlamentarier (Hormann-Dremen) von den Erfolgen des letzten Kreuzerbineros:

„Der Kanzler ist den meisten Parlamentariern persönlich gut bekannt, und der Kreis der geladenen und gebetenen wächst mehr und mehr. Zugleich aber wächst damit — und das ist das Erfreuliche — bei diesen fortgesetzten Gesprächen und Dinners zu beider Nutzen ein gegenseitiges Verständnis für die Pflichten und Aufgaben, die den Kanzler ebenso gut wie die Parteiführer binden. Herr v. Bethmann Hollweg hat bei dieser näheren Bekanntschaft — das können wir nach dem scheinlich einwandfreiesten Zeugnis eines freisinnigen Parlamentariers ausdrücklich besätigen — Netz gewonnen. Die Annahme der Indulgenzfreiheit des fünften Kreuzers, das in den ersten Anfängen seiner Amtszeit wegen seiner taktisch gewiß verständigen Reserve der Presse gegenüber entstanden war, ist längst als unzutreffend zurückgewiesen worden. Wir wissen aus dem Munde zweier Abgeordneten — eines national-liberalen und eines freisinnigen Parlamentariers — ganz genau, daß der Kanzler im Gegenteil mit der größten Liebesswürdigkeit und vor allem mit dem größten Ernst Darlegungen, die ihm von anders politisch Gesinnten gemacht werden, anhört. Er geht dabei auf das eingeschlagene Thema mit einer derartigen Gründlichkeit ein, daß die Gespräche, die sich meist langhin ausdehnen, noch wiederholt in späteren Besprechungen und Reden nachhaken. Wenn der Kanzler dabei die Vorliebe hat, seinen Partner gern von seiner eigenen Anschauung zu überzeugen, so ist das eine begreifliche Leidenschaft für einen Staatsmann, der bei der so großen Zersplitterung und Verschiedenartigkeit der Parteien einen Rückhalt für seine Politik sich erst von Fall zu Fall schaffen muß.“

Wie bescheiden doch die Fortschrittler vor der Regierung stehen: sie sind schon zufrieden, wenn Bethmann Hollweg sie nicht geradezu auslacht. Mehr ist wirklich von einer „Opposition“ nicht zu verlangen.

Reichstagswahlvorbereitungen im Westen.

Herr Bajeremann hat am Sonntag in Duisburg eine Rede gehalten, die als die Einleitung des Wahlkampfes der bürgerlichen Parteien im Westen betrachtet werden kann. Es war die übliche Bajeremann-Rede, die viel mit nationaler Gesinnung und Monarchie arbeits. Für die Monarchie, gegen die Sozialdemokratie, gegen Merkantilismus und reaktionäre Verdummungsbestrebungen! — Das war der Stampruf, die Wahl-

Letzte Nachrichten.

Die Strafexpedition auf Vonape.

Berlin, 31. Januar. Ueber die militärische Aktion gegen die aufständischen Eingeborenen der Insel Vonape ist heute der nachstehende telegraphische Bericht von dem rangältesten Seeoffizier, Fregattenkapitän Volkerthun, Kommandant der „Emden“, eingelaufen:

Die vorgefundene Lage war folgende: Zweihundertfünfzig aufständische Tschobadschente, mit neunzig Gewehren bewaffnet, hatten sich auf der Dscholabinsel auf einem etwa 800 Meter hohen, steilen und fast unzugänglichen Felsen in einem stark besetzten Lager verschanzt. Der Zugang zu dem Lager war vom Feinde zerstückt worden. Den Uebergang nach der Hauptinsel Vonape hatten die Polizeitruppen abgeperrt und damit die Kolonie vor Ausfällen gesichert. Den Abverrungsartillerie nach der Hauptinsel ließ ich durch ein zusammengefügtes Landungslopp von „Emden“, „Cormoran“ und „Planet“ verstärken. Nach See zu übernehmen zunächst „Kürnbarg“ und „Planet“ die Blockade der Aufständischen.

Am 18. Januar morgens begann die Beschießung der feindlichen Stellung durch „Emden“ und „Cormoran“. Dann wurde das Landungslopp „Kürnbarg“ zusammen mit hundert Polizeisoldaten auf der Westseite der Halbinsel Dscholabich gelandet.

Die Truppen besetzten das Vorgebirge, ohne auf Widerstand zu stoßen. Mit einem unerwarteten Angriff wurde dann durch das Landungslopp das Hochplateau erklimmt und der übermächtige Feind floh nach kurzem Widerstand auf die untere Insel. Der Gegner verlor drei Tote. Sieben Männer sowie vierzehn Frauen und Kinder wurden gefangen genommen. Auf unserer Seite fiel ein Polizeisoldat, schwer verwundet wurde der Leutnant zur See v. Wittwig und Gaffron (Schuß in Oberarm, Knochen zersplittert, Arm bleibt erhalten) und ein Polizeisoldat. Bis zum 18. Januar wurden die Verwundeten fortgeführt, die Insel von dem Feinde zu säubern. Dabei wurden 99 Männer und 84 Weiber und Kinder gefangen genommen. Die Durchführung der Unternehmung wurde durch zahlreiche schwer zugängliche Höhlen erschwert.

Vom 19. bis 25. Januar wurden durch zwei Kolonnen Streifzüge durch die Heimat der Dscholabichente und die Halbinsel Kaiser unternommen. „Cormoran“ nahm eine Beschießung der Gegend von Tomara vor, um die auf die Hauptinsel übergetretenen Aufständischen von Ritt (einer Niederlassung an einer Bucht im Südwesten der Insel) abzuschneiden. Die Gesamtzahl der Gefangenen beträgt bisher achtundfünfzig Männer, einhundertfünfundfünfzig Frauen nebst Kindern. Fünf Männer, die am Blutbad vom 18. Oktober beteiligt waren, sind unter den Gefangenen. Unter der Führung der Hauptlinge Jomaton und Samuel sind noch etwa sechshundert vierzig Aufrührer mit Gewehren bewaffnet auf der Hauptinsel Vonape und auf Dscholabich zerstreut. Durch fortgesetzte Streifzüge und durch energischen Druck auf die lokalen Stämme, bei der Aufhebung der Rebellen behilflich zu sein, wird versucht, auch diesen letzten Rest zu ergreifen. Sehr erschwert werden die militärischen Operationen durch das unwegsame Gebirgsland und den tropischen Wuchs. Für die Beobachtung der Aktion läßt sich daher ein Zeitpunkt noch nicht angeben. Verminderung der Seestreitkräfte ist zurzeit nicht angängig.

Der Begleitdampfer „Titania“ wartet bis zum 4. Februar in Jap auf telegraphische Befehle.

Der Bericht ist nicht besonders klar. Anfangs wird von 250 Aufständischen gesprochen. Davon sind 3 gefallen, 73 gefangen und 46 mit Gewehren bewaffnete entkommen. Das sind zusammen erst 127 Mann. Was ist denn aus der restlichen Hälfte geworden? Sind sie ebenfalls entkommen? Oder sind sie gefallen? Und zählt die 250 Mann an Angehörigen zusammen nur 175 Frauen! und Kinder? Das wäre doch sehr unwahrscheinlich. Ein klarerer Bericht wäre also dringend zu wünschen! Erst dann wird sich erkennen lassen, ob bei dem Vorgehen die Gebote der Humanität beobachtet wurden und ob die Art des Vorgehens überhaupt zweckentsprechend war!

Trohender Bergarbeiterstreik im Saargebiet.

Reh, 31. Januar. (B. G.) In Merlenbach (Kreis Hordach) beabsichtigen die Bergleute der Saar- und Mosel-Bergwerksgesellschaft in den Streik zu treten. Die Belegschaft beträgt zirka 3000 Mann; sie fordern bessere Löhnung, größere Betriebssicherheit, bessere Behandlung und eine Verminderung des Bagennullens. Dem Streik soll sich auch die Belegschaft derselben Gesellschaft auf Spittel anschließen.

Die Interpellation über den Bergarbeiterstreik in der belgischen Kammer.

Brüssel, 31. Januar. (B. G.) Heute gelangte in der Kammer die Interpellation der sozialistischen Abgeordneten de Jardin und Donnay über den jüngsten Bergarbeiterstreik zur Beratung. De Jardin verlangte vom Arbeitsminister Aufklärung über den unverständlichen Geist, welcher unter der kapitalistischen Klasse herrsche, während die Arbeiterklassen eine sehr verständliche Haltung an den Tag gelegt haben.

Geborstene Ordnungsjäulen.

Schweidnitz, 31. Januar. (B. L. V.) Die Strafkammer verurteilte heute nacht den Lehrer Karl Sommer aus Polsnitz bei Freiburg wegen schwerer Urkundenfälschung, Verleitung zum Meineid und wissenschaftlich falscher Anschuldnung zu 3 1/2 Jahren Zuchthaus und sechs Jahren Ehrverlust, seine Ehefrau wegen Urkundenfälschung zu vier Monaten Gefängnis, den früheren Lehrer Grünig wegen Beihilfe zur Urkundenfälschung und Verhinderung zu sechs Monaten Gefängnis und zwei Jahren Ehrverlust.

Darmstadt, 31. Januar. (B. L. V.) Die Strafkammer verurteilte den Landtagsabgeordneten und früheren Bürgermeister Adam Seelinger aus Lampertheim wegen Erhebung zu hoher Gebühren, deren er sich in seiner Eigenschaft als Ortsgerichtsvorsteher und Landesbeamter bis März 1904 in zahlreichen Fällen schuldig gemacht hatte, zu drei Monaten Gefängnis.

Vier Personen erstickt.

Innsbruck, 31. Januar. (B. L. V.) Durch Einatmen von Kohlenämpfen verunglückten in Vils vier auf dem dortigen Zementwerk beschäftigte reichitalienische Arbeiter, ein Vater mit drei Söhnen. Die Wiederbelebungsbemühungen blieben erfolglos. Die Verunglückten hatten, um sich zu wärmen, in den Schlafstätten ein offenes Feuer angemacht und unachtsamerweise vor dem Schlafengehen die Türen geschlossen.

Verheerende Schneestürme in Südrussland.

Petersburg, 31. Januar. (B. L. V.) Aus ganz Südrussland und von der ganzen Küste des Schwarzen Meeres werden Schneestürme gemeldet, durch die der Bahnverkehr gehindert wird. Zum Teil mußte er sogar eingestellt werden. In Nikolajew im Gouvernement Cherson konnten die Dampfschiffe und Eisbrecher nicht landen. Der Schiffsverkehr mit Odessa hat aufgehört. Der Abendzug von Nikolajew nach Cherson ist im Schnee stecken geblieben.

Petersburg, 31. Januar. (B. L. V.) Aus ganz Südrussland und von der ganzen Küste des Schwarzen Meeres werden Schneestürme gemeldet, durch die der Bahnverkehr gehindert wird. Zum Teil mußte er sogar eingestellt werden. In Nikolajew im Gouvernement Cherson konnten die Dampfschiffe und Eisbrecher nicht landen. Der Schiffsverkehr mit Odessa hat aufgehört. Der Abendzug von Nikolajew nach Cherson ist im Schnee stecken geblieben.

Petersburg, 31. Januar. (B. L. V.) Aus ganz Südrussland und von der ganzen Küste des Schwarzen Meeres werden Schneestürme gemeldet, durch die der Bahnverkehr gehindert wird. Zum Teil mußte er sogar eingestellt werden. In Nikolajew im Gouvernement Cherson konnten die Dampfschiffe und Eisbrecher nicht landen. Der Schiffsverkehr mit Odessa hat aufgehört. Der Abendzug von Nikolajew nach Cherson ist im Schnee stecken geblieben.

parole des nationalliberalen Führers. Der Blick in die Zukunft, den der Redner zum Schluß tat, ließ natürlich den liberalen Gedanken in hellstem Licht erstrahlen.

Einige Würze erhielt die Versammlung durch das Auftreten des Parteisekretärs der freisinnigen Volkspartei, Herrn Schlie aus Düsseldorf. Dieser erklärte, daß ein Zusammengehen des Nationalliberalismus mit der freisinnigen Volkspartei in der Rheinprovinz nötig sei. Dafür scheine man aber im hiesigen Wahlkreise kein Verständnis zu haben. Das nationalliberale Parteiorgan, die „Rhein- und Ruhr-Zeitung“, hebe beständig gegen die freisinnige Volkspartei. Zudem sei, wie er bestimmt wisse, ein Wahlabkommen zwischen Nationalliberalen und Ultramontanen in der Rheinprovinz getroffen. Die Verhandlungen seien zwar nicht öffentlich, aber tatsächlich geführt worden.

Der Vorsitzende der Versammlung, Fabrikbesitzer Liebreich (Duisburg), erklärte, daß auch er ein Zusammengehen der Nationalliberalen und der freisinnigen Volkspartei wünsche, doch nach dem Verhalten des Freisinn zu urteilen, scheine es diesem an der Geneigtheit dazu zu fehlen. Von einem Schacher zwischen Nationalliberalen und Ultramontanen sei ihm, als dem Parteichef, weder offiziell noch inoffiziell etwas bekannt; nicht das geringste sei in dieser Beziehung verhandelt worden.

Daß ein solcher Parteiführer nichts von der Sache weiß, gibt noch kein Recht zu dem Schluß, daß überhaupt keine Verhandlungen zwischen Nationalliberalen und Ultramontanen stattgefunden haben. Man weiß, daß beiderseits in einflussreichen Kreisen die Reigung dazu vorhanden ist. Und übrigens: Was nicht ist, das kann ja noch werden.

Liberales Wahlabkommen für Schlesien.

Zwischen der fortschrittlichen Volkspartei und der nationalliberalen Partei in Schlesien haben im engeren Kreise Verhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen bei den kommenden Reichstagswahlen stattgefunden. Die Verhandlungen haben über die Verteilung der schlesischen Wahlkreise an beide Parteien ein Übereinkommen ergeben, das den Wahlkreisorganisationen beider Parteien zur Zustimmung vorgelegt werden soll.

Fortschrittliche Kandidatur für Siegen-Ridda.

Für die Reichstagswahl im Kreise Siegen-Ridda ist von den fortschrittlichen Pfarrern Kroll-Königsstätten als Kandidat aufgestellt worden.

Oesterreich.

Die Andweisungen aus Preußen.

Budapest, 31. Januar. In der österreichischen Delegation betonte Kozłowski, der Polenklub bringe heute sein Mißgefäll für die von der russischen und der preussischen Regierung verfolgten Landsteuern mit den österreichischen Reichsinteressen in Einklang. Die häufigen Andweisungen von Slowen, namentlich von Polen, aus Preußen, lege er nicht dem deutschen Volke zur Last, da sich das deutsche Parlament wiederholt dagegen ausgesprochen habe. Er frage aber, was Deutschland sagen würde, wenn man in Oesterreich Elsäßer oder Westfalen nur für eine gewisse Zeitperiode als Arbeiter aufnehmen dürfte.

Der polnische Studentestreik.

Lemberg, 31. Januar. Die Hörer der Universität und der Technischen Hochschule sind, wie wir bereits gestern kurz mitgeteilt haben, in einen Sympathiestreik für ihre Kollegen in Krakau eingetreten. An der Universität wurden im Hauptgebäude heute ungehindert Vorlesungen abgehalten. — An der Technischen Hochschule finden keine Vorlesungen statt. Mehrere Fensterreiben des Gebäudes wurden zertrümmert; in den Korridoren wurden Bänke als Barrikaden aufgestellt.

Schweiz.

Ein Sieg des Fortschritts.

Jülich, 30. Januar. (Fig. Ver.) In der gestrigen Volksabstimmung im Kanton Jülich sind alle vier Gesetzesvorlagen angenommen worden: der Verfassungsartikel über die Wählbarkeit der Frauen mit 31 054 gegen 22 178, das Rechtspflegegesetz mit 38 928 gegen 13 985, das Brandversicherungsgesetz mit 42 101 gegen nur 11 307 und das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb mit 84 071 gegen 21 874 Stimmen. Das letztere Gesetz wollte unsere Partei verwerfen; da sie aber eine eigentliche Gegenagitation nicht entfaltet, so ist das Gesetz gegen eine nicht außerordentlich grobe Minderheit angenommen worden. Etwas größer ist die Minderheit gegen die Wählbarkeit der Frauen. Mit der gleichzeitigen Annahme des Rechtspflegegesetzes ist die Wählbarkeit der Frauen in die Gewerbeämter beschlossen. Jener wir nicht, so geht der Kanton Jülich mit dieser fortschrittlichen Rennerung der ganzen übrigen Schweiz als nachahmenswertes Vorbild voran.

Frankreich.

Die Pariser Gemeinde-Erwahlungen.

Paris, 30. Januar. (Fig. Ver.) Das charakteristische Merkmal der kommunalen Erwählungen, die gestern durch den zweiten Wahlgang ihren Abschluß gefunden haben, ist die offensibare Zerbröckelung des bürgerlichen Radikalismus. Längst ist die Zeit dahin, wo sich die Oppositionslust des Pariser kleinen Mannes demokratischen Ideen zuzehete. Bei den diesmaligen Wahlen haben die Reaktionen ein Mandat gewonnen und die Radikalen einige tausend Wähler verloren. Das eroberte Mandat ist das des fünften Arrondissements, des Intelligenzbezirkes der Garbienne, in dem allerdings neben vielen Intellektuellen auch eine Menge Kleinbürger wohnt. Es war bisher in den Händen des „unabhängigen Sozialisten“ André Bédère, der im Mai zum Deputierten gewählt worden ist. Sein reaktionärer Gegenkandidat war der Exklerikale Robaglia, der sich jetzt allerdings „Progressist“ nennt. Diesmal kam Robaglia im ersten Wahlgang mit 1805 Stimmen an die Spitze, nach ihm Genosse Poli mit 888 Stimmen, dann erst ein „unabhängiger Sozialist“ mit 609 und ein Radikaler mit 385 Stimmen. In der Stichwahl drang Robaglia mit 2177 Stimmen durch, Poli erhielt 1720. Drei bis vierhundert bürgerliche radikale Wähler haben also für den Reaktionen gestimmt. Jedenfalls scheidet der Radikalismus, auch in seiner „unabhängig-sozialistischen“ Spielart als Konkurrent der Reaktion aus, für die er vorgearbeitet hat. — Die geeinigste Partei kann mit dem in diesem Bezirk Erreichten sehr zufrieden sein, im ganzen auch mit dem Ergebnis in den zwei Bezirken, wo sie Mandate zu verteidigen hatte. Im 12. Arrondissement war ein Gemeinderat an der Stelle des zum Deputierten gewählten Genossen Collin zu ernennen. Die Situation war insofern für die Partei schwieriger als das letztmal, als Collin in seiner langen Wirkungszeit im Bezirk viele persönliche Sympathien erworben hatte. 1908 war er im ersten Wahlgang mit 1405 gegen 789 Stimmen eines radikalen „unabhängigen“ gewählt worden. Die Partei stellte den aus Anlaß des letzten Streiks geschaffenen Eisenbahner Maxime auf, mit Rücksicht auf die zahlreichen im Bezirk ansässigen Angestellten der Paris-Honore-Bahn. Er bekam im ersten Wahlgang 924 Stimmen, ein Radikalsozialist 412 und 700 Stimmen entfielen auf eine Reihe Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inzeratenteil veranl.:

anderer verschieden schillernder Kandidaten. Im zweiten Wahlgang drang er mit 1230 gegen 908 Stimmen des Radikalsozialisten durch. — Im 18. Arrondissement wurde Genosse Jean Varenne, ein Bruder des bekannten Extremreformisten, mit 4084 gegen 2768 progressivistische Stimmen gewählt. Der Bezirk war bisher vom Ministerialisten Turot vertreten, der erst vor kurzem, zugleich mit seiner Demission, seinen sehr verspäteten Rücktritt aus der Partei erklärt hat. Natürlich hatte Varenne nicht auf die bürgerlichen Stimmen zu rechnen, die 1908 Turots Stimmengahl auf 6550 gebracht hatten, gegen 4436 eines Radikalsozialisten. Vor einer Woche bekam Varenne 4054, der Reaktionsär 2282, der radikalsozialistische Kandidat von 1908 nur 1977, ein anderer Radikaler 871 Stimmen. Gegen den ersten Wahlgang hat Varenne gestern, wie man sieht, nur 14 Stimmen gewonnen. Das Mandat ist also von der Partei aus eigener Kraft behauptet worden. Der bürgerliche Radikalismus aber ist weit zurückgedrängt und wird als Bekämpfer des Sozialismus durch die progressivistische Reaktion ersetzt.

Portugal.

Die Reformen.

Die Berliner portugiesische Gesandtschaft teilt mit: Die provisorische Regierung hat die Ruhe der letzten Woche ausgenutzt, um das Werk des nationalen Wiederaufbaues fortzusetzen. Unter anderem wird eine Reform des Elementarunterrichts vorbereitet. Demnächst wird das Dekret veröffentlicht werden betreffend die Einführung des obligatorischen Ständesamtsregisters unter Zulassung der nachträglichen Eintragung in die Kirchenregister. Zur Vermeidung der Duelle sind Ehrengerichte geschaffen worden.

Die Arbeitseinstellungen haben fast ganz aufgehört. Mehrere Schiedsgerichte wurden eingesetzt zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, so jüngst in Setubal.

Auch an den militärischen Wiederaufbau ist man herangetreten. Durch freigebige Maßnahmen wird die Lage der Offiziere und der Soldaten verbessert. Die Zahl der Freiwilligenbataillone nimmt zu und ihre Mannschaften üben alle Sonntage in den Kasernen. Man versucht auch einen Bund der Schützengesellschaften zu bilden, um so aus jedem Bürger einen Soldaten zu machen. In den einzelnen Kolonien macht sich eine Bewegung geltend, die Autonomie und die Veruhigung der Kolonien durch die Freiheit und die Erziehung der Eingeborenen zu erzielen, um so die kostspieligen und grausamen kriegerischen Expeditionen zu vermeiden.

England.

Zusammentritt des Parlaments.

London, 31. Januar. Das Parlament ist heute nachmittag wieder zusammentreten. Da aber seit seiner Vertagung allgemeine Wahlen stattgefunden haben, müssen erst verschiedene Formalitäten erledigt werden, bevor die wirkliche Eröffnung der Session durch König Georg in Person stattfinden kann, vor allem die Wahl des Sprechers und die Eidesleistung der Mitglieder des Unterhauses. Für das Amt des Sprechers wurde Mr. Lowther einstimmig wiedergewählt. Der einzige Zwischenfall bei der Wiederwahl des Sprechers war ein Protest des unabhängigen Nationalisten Ginnell, der unter dem ironischen Gelächter des Hauses darüber klage führte, daß die unabhängigen Nationalisten durch die Tätigkeit des Sprechers und seines Stellvertreters von einer angemessenen Teilnahme an den Debatten ausgeschlossen seien. Der Protest wurde aber nicht ernst genommen und Lowther ohne Opposition zum Sprecher wiedergewählt. Da die Krone zur Wiederwahl ihre förmliche Zustimmung geben muß, vertagte sich das Haus nach der Wahl sofort wieder auf morgen.

Schweden.

Antimilitaristische Anträge der Sozialdemokratie.

Stockholm, 27. Januar. (Fig. Ver.) Gemäß ihrem Parteiprogramm: „Sulzessive Verminderung der Militäraufgaben bis zur Abschaffung“ hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion heute in beiden Kammern drei verschiedene Vorschläge eingebracht, die eine Herabsetzung der Militärausgaben von jährlich 20 Millionen Kronen zum Ziele haben. Unter anderem wird Abschaffung der Militärmusik in Meer und Flotte verlangt, Einziehung bestimmter Truppenstücke, Verminderung anderer, sowie namentlich der nicht waffenfähigen Mannschaften von 4000 auf 1000 Mann, und Herabsetzung der Dienstzeit von 8 auf 6 Monate. Im übrigen wird eine Änderung in der Zusammensetzung des Ministeriums in der Weise verlangt, daß das Kriegs- und das Marineministerium in ein Landesverteidigungsministerium zusammengelegt werden.

Gewerkschaftliches siehe Spitze der 3. Beilage.

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

„Die sächsische Volksschule und ihre Reformen“ von Paul Göhre. Preis der 32 Seiten starken Broschüre 15 Pf. Verlag von Landgraf u. Co. in Chemnitz.

Die sächsischen Parteigenossen entfallen in den nächsten Wochen und Monaten eine intensive Massenagitation, deren Zweck die Verbesserung der zurzeit geltenden Schulgesetzgebung ist. Bei diesem Bestreben wird die Schrift des Genossen Göhre, die in knapper und allgemeinverständlich Form die programmatischen Forderungen der Sozialdemokratie für die Volksschule entwickelt, eine wirksame Unterstützung der mündlichen Propaganda bilden.

Die lieben Arbeitswilligen.

Wegen Verurteilung gegen § 153 der Gewerbeordnung und § 185 des Strafgesetzbuches (Müdigung durch Ehrverletzung zur Teilnahme an Arbeitseinstellungen und öffentliche Verleumdung) wurde der verantwortliche Redakteur der „Rälhauer Volkszeitung“, Genosse Gustav Hammer, von der Strafkammer Wülhausen i. G. zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte vier Wochen Gefängnis und 60 M. Geldstrafe beantragt. Es handelt sich um drei Artikel, durch welche sich während des Klemptner- und Schreinerstreiks vier Arbeitswillige (ein Klemptner, zwei Installateure und ein Möbelschreiner) beleidigt hatten und Strafantrag stellten. Natürlich wurde den beleidigten Arbeitswilligen zugleich die Publikationsbefugnis zugesprochen.

Soziales.

Der Streik der Arbeitgeber in der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Potsdam.

Drei Arbeitgeber im Vorstand der Potsdamer Ortskrankenkasse hatten bekanntlich ihren Posten niedergelegt, weil die Arbeiter einen Schriftführer zum Vorsitzenden gewählt hatten. Wir hatten bei der Meldung hiervon bereits dargelegt, daß die Vorstandsmitglieder hierzu kein Recht haben und durch das Sichverhalten von den ihnen übertragenen Pflichten aufs grösste ihre Pflicht verletzen. Derselbe Rechtsstandpunkt ist den Herren nun von der Aufsichtsbehörde klargemacht. Sie haben daraufhin ihre Obstruktion aufgegeben.

Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt

Parteigenossen! Arbeiter!

Unter treuer Genosse, der bewährte Führer der Sozialdemokratie, unser unvergeßlicher Freund **Paul Singer** wurde uns durch den Tod entzogen. Dankbar erinnert sich das deutsche Proletariat der unablässigen und segensreichen Tätigkeit, welche unser Genosse Singer im Dienste des Volkes geleistet hat. Treu und unentwegt hielt er zur Fahne der Partei und widmete seine besondere Sorge der Berliner Arbeiterschaft, welcher er, als ihr Vertreter im Reichstage und Stadtparlament, besonders nahe stand.

Wie er der Sozialdemokratie Treue gehalten, Achtung und Ausweisung nicht gescheut hat, so werden auch wir dem Dahingegangenen ein dauerndes Gedenken bewahren, in seinem Sinne und Geiste wirken, treu und beharrlich für das Wohl der Partei tätig sein.

Am nächsten Sonntagmittag gilt es, unseren dahingegangenen Vorkämpfer zur Gruft zu geleiten.

Wir fordern die Genossen, die Gewerkschaften, die Anhänger und Freunde der Partei auf, sich an der Beerdigung zu beteiligen.

In der ruhigen und schlichten Art, die wir gewohnt sind an den Tag zu legen, bitten wir die Genossen und Gewerkschaften Groß-Berlins, sich allesamt an den noch zu bezeichnenden Stellen einzufinden, unserem Paul Singer die letzte Ehre zu erweisen.

Nähere Angaben über die Aufstellung des Zuges erfolgen in einer der nächsten Nummern des „Vorwärts“.

Der Zentralvorstand der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend. Die Berliner Gewerkschaftskommission.

Reichstag.

118. Sitzung, Dienstag, den 31. Januar 1911, nachmittags 1 Uhr.

Im Bundesrat: Vermuth.

Präsident Graf v. Schwerin-Böwisch: Meine Herren! Ich erhalte heute die traurige Nachricht, daß eines unserer ältesten Mitglieder, der Abgeordnete Singer, heute mittag gestorben ist. (Die Abgeordneten erheben sich). Er war Mitglied des Reichstags seit der ersten Legislaturperiode, das ist seit dem Jahre 1884, also seit 27 Jahren. Sie haben sich zu Ehren des Gedächtnisses des Verstorbenen von den Plätzen erhoben. Ich stelle das fest.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des **Zuwachsteuergesetzes.**

Wiederum liegen eine Reihe von Abänderungsanträgen vor, eine Anzahl davon sind von Angehörigen aller Parteien, anher den Sozialdemokraten und Polen, unterzeichnet (Kompromißanträge).

Bei der allgemeinen Besprechung gibt Abg. Dr. Jäger (Z.) der Freude über die Kompromißanträge Ausdruck; die dadurch erzielte Verständigung habe ein brauchbares Gesetz geschaffen.

Abg. Dr. Wendt (Sp.): Das Gesetz wird für das Reich wirkliche Mehrerhebungen bringen, aber höchstens kann das bis 1914 geschehen, solange der erhöhte Umsatzstempel besteht. Dem Grundbesitz bringt es Belastung, aber keine Verlastung. Man könnte es nennen: Gesetz zur Abwehr gründlicher Kommunalbesteuerung zum Schutze der Bodenspekulanten. Diesem Gesetz kann ich daher nicht zustimmen.

Abg. Dr. Siedel (Soz.):

Als wir gestern die Kompromißanträge auf den Arbeitstisch gelegt belamen, traute ich meinen Augen nicht; die Unterschriften bedeuten nichts mehr und nichts weniger als

daß nunmehr sämtliche bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Polen sich zu einem Kompromiß zusammengeschlossen haben.

Vom Standpunkt der Linken aus ist es aber nur ein Leonischer Vertrag, bei dem also der Löwenanteil der anderen Seite zufällt. Den Freisinnigen ist eben wieder einmal das Herz in die Hose gefallen. Sie haben schließlich die Fahne verlassen, der die bisher gefolgt sind und schließen sich dem blauschwarzen Steuerblock an, weil sie die glorreiche Vereinigung fürchten. Herr Cuno bringt das Opfer seines persönlichen Intellekts, um für ein Gesetz zu stimmen, dessen Schwächen er ebenso gut kennt wie wir und dessen

hättefeindlichen Charakter

er in der zweiten Lesung treffend gekennzeichnet hat. Jetzt fehlt nur noch, daß die Freisinnigen sich mit den Herren von der polnischen Fraktion auch zur Wiedereinführung der Steuerfreiheit der Fürsten vereinigen; wir werden ihnen Gelegenheit geben, öffentlich zu belennen, wie sie sich dazu stellen, indem wir bei diesem Paragraphen namentliche Abstimmung beantragen werden. Dann können ja die Herren, denen ein funkelnder neuer Orden als unverdienter Wertzuwachs zuteil geworden ist, ihre Dankbarkeit bezeugen. (Heiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Und diejenigen, die bisher leer ausgingen, könnten sich dabei in empfehlende Erinnerung bringen. Die Kompromißanträge bringen neue Ermäßigungen, neue Ausnahmen, neue Vergünstigungen und schwächen das Gesetz derartig ab,

daß wir dagegen stimmen werden, auch wenn wir ganz allein stehen. Den Gedanken der Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses hat meine Partei freudig begrüßt und in allen Stadien der Verhandlung haben wir uns bemüht, an der Verbesserung des Gesetzes mitzuarbeiten. Leider wurden wir fast regelmäßig allein gelassen. Aus einem bloß technischen hat sich der Entwurf zu einem

politischen Gesetz

entwickelt. Den ausgepöbelten Massen, denen man 600 Millionen meist indirekte Steuern aufgezwingen hat, lediglich zu dem Zweck, den Geldbeutel der wirklich zahlungsfähigen zu schonen, soll durch die Aufschrift „Besitzsteuer“ wiewegemacht werden. Sie wollen ihre Sünden von 1909 wieder gutmachen. Aber diese „Besitzsteuer“ ist ein Messer ohne Heft und Klinge. Die sprichwörtliche Steuersehe der Besitzenden hat Sie zu dieser Ausschöpfung der Zuwachsteuer getrieben und dazu kam die politische Erwägung, und das Gesetz unannehmbar zu machen, um sagen zu können: Die Sozialdemokraten haben gegen die Besitzsteuer gestimmt. Nun, wenn Sie dem politischen Ausgang dieser Affäre so ruhig entgegensehen wie wir, dann dürfte ich Ihnen gratulieren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Schatzsekretär muß sich bei diesem Gesetz doch unwillkürlich fragen, was man mit seinem armen Kinde gemacht hat. Sein Entwurf war ja kein Meisterstück, aber doch immerhin ein brauchbares Gesetz. Freilich fehlte auch dem Entwurf das energische Zupacken, die Verfasser des Entwurfs sagten sich nicht, daß durch die vielen Ausnahmen nur der Appetit nach weiteren Ausnahmen gereizt werde. Herr Wendt hat sich sofort in die Schwächen des Gesetzes hineingehängt und hat immer mehr von den Herren auf seine Seite bekommen.

In seiner heutigen Form kann das Gesetz nicht mehr als Besitzsteuer angesehen werden,

es wird vielleicht nicht einmal so viel bringen, daß die Ansprüche der Kriegsteilnehmer befriedigt werden können. Seit Herr Wendt aus Versetzen Staatssekretär geworden ist, hat er viel und schnell zugeleert, am raschesten hat er das Um-

lernen gelernt. Anfangs räumte er keine Position ohne Protest und ohne die Versicherung, er wolle versuchen, sie wieder zu erobern. Als wir uns aber bei der zweiten Lesung auf die Regierungsvorlage zurückzogen, hat er nicht einmal den Versuch gemacht, sie zu retten. Dabei weiß er, daß sogar das Scheitern des Gesetzes seinen Grundgedanken nicht mehr umbringen könnte, jeder kommende Reichstag würde ihn wieder auferstehen lassen. Der Schatzsekretär ist eben ein

Teil des Kabinetts von Bethmann Hollweg,

und weil dieses sich in den Dienst des schwarzen Blods gestellt hat, tut er es auch. Nachdem der Entwurf des Gesetzes durch zahllose Abänderungen und Ausnahmestimmungen auf ein Minimum zusammengestrichen ist, nachdem der Zeitpunkt seines Inkrafttretens vom 12. April 1910 auf den 1. Januar 1911 verschoben und dadurch für das erste Jahr drei Viertel des Entwurfs gestrichen sind, kann der Schatzsekretär nicht mehr behaupten, die Bilanzierung des Etats und die Versorgung der Kriegsteilnehmer hängen von dem Zustandekommen dieses Gesetzes ab. Entweder war der Entwurf für den Etat notwendig, dann kann die Regierung das Gesetz, wie es jetzt aussieht, nicht annehmen — oder sie nimmt es an — dann bestätigt sie, daß der ursprünglich festgesetzte Entwurf nicht notwendig war. Wir werden aber den Gedanken der Fürsorge für die Kriegsteilnehmer

nicht untergehen lassen und unterbreiten Ihnen denselben Antrag wie bei der zweiten Lesung. Sie wollen den Kriegsteilnehmern sagen, die Sozialdemokraten haben gegen dieses Gesetz gestimmt, doch werden Sie damit keinen Erfolg haben, denn nicht alle Veteranen gehören dem Schlagsfeldmann an. (Sehr richtig! bei den Sozialdem.) Für die Kriegsteilnehmer könnte getagt werden, wenn man die Verschwendung im Heer und in der Marine unterdrückt. Aber wir haben noch andere Stellen im Etat, wo man einsparen könnte, so bei dem Skandal der Einfuhrscheine, gegen den der Schatzsekretär nichts unternimmt. Nur dieses System ist schuld, daß die Zollbeiträge für die Witwen und Waisen nicht den erwarteten Ertrag eingebracht haben. Weiter erinnere ich an die

Liebesgabe von 35 Millionen,

die jährlich in die Taschen einer Handvoll agrarischer Branntweinbrenner geführt werden, deren Namen wir von der Regierung niemals haben erfahren können. In der Zeit der ungeheuren Teuerung wächst sich diese Liebesgabe geradezu zu einem Skandal aus.

Könige, Fürsten, Grafen, Barone lassen sich diese Millionen wohl-schmecken;

der verflozene Schatzsekretär Sydow hat 1909 in einem Anfall von Offenheit gelobt, daß das Branntweinsteuergesetz ein Fürsorgegesetz ist; die Fürsorgegelingen des Branntweinsteuergesetzes haben Sie mit Millionen gepeist;

die Veteranen speist man mit Rebenarten ab.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wirkliche Besitzsteuern waren die Erbschaftsteuer, die Reichseinkommensteuer, die Reichsvermögensteuer. Diese sind aber an denselben politischen Einflüssen geistert, die sich bei der Ausgestaltung der Wertzuwachsteuer bemerkbar machen. Weiter kommt für unsere Stellung der Verwendungszweck in Betracht. Der Staatssekretär sagt, er braucht die

Mittel für die neue Militärvorlage.

In dieser Verknüpfung sehen wir einen wesentlichen Grund, gegen das Gesetz zu stimmen. Wir wollen nicht etwa das Vaterland wehlos halten, aber in der Bekämpfung der Klüften darf man sich nicht auf bloße Erklärungen beschränken, sondern muß die finanziellen Konsequenzen für die Arbeitsfrage zieleben.

Zu diesen allgemeinen Gründen der Ablehnung kommen solche, die im Gesetz selbst liegen. Ein ideales Wertzuwachsteuergesetz könnte recht kurz sein. Das gegenwärtige aber könnte trotz seiner komplizierten 27 Paragraphen noch kürzer sein. Hier kann es heißen, erstens es wird eine Steuer vom unversteuerten Wertzuwachs erhoben, zweitens diese Steuer wird nicht bezahlt. (Heiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In allererster Linie allerdings nicht von den Großgrundbesitzern, die in den letzten Jahrzehnten ganz enorme Gewinne gemacht haben.

Die direkten Steuern lassen sich die Fürsten bereits schenken.

Auch Porto und Fahrgehalt zahlen sie nicht; aber indirekte Steuern müssen sie zahlen, und die Wertzuwachsteuer ist ja eine indirekte Steuer. Schon ein Appell an das Anstandsgefühl der Fürsten müßte wirken. In Lippe zahlt der Landesfürst die Steuer, und das wollen die Konservativen durch Reichsgesetz aufheben. Die Hoffnung, daß der Reichstag feilschleibt, ist bei der schwankenden Natur der Nationalliberalen und vielleicht auch der Freisinnigen nicht sehr groß. Aber wir werden jedenfalls gegen ein derartig verunzertes Gesetz stimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Reichsschatzsekretär Vermuth: Die Sozialdemokraten werfen mir vor, daß ich jetzt die Regierungsvorlage preisgebe, während sie ihr zustimmen würden. Diese Zustimmung allein würde mir aber doch nicht genügen, und dann ist mir auch zweifelhaft, ob alle Sozialdemokraten der Regierungsvorlage zustimmen würden, wenigstens scheidet die „Leipziger Volkszeitung“, die Regierungsvorlage ist so schlecht, als ob sie von einem Militärdrumwäger in seinen Ruhestunden angefertigt ist. (Große Heiterkeit.) Die leider angenommenen Abänderungen sind nicht nur von der Landwirtschaft ausgegangen, sondern von allen Interessentenkreisen. Oft fragte ich mich, ob bei diesen Abänderungen die Grenze des Annehmbaren nicht erreicht oder überschritten ist; aber ich glaube, diese Verantwortung, das Gesetz nicht anzunehmen, können wir nicht übernehmen.

Abg. Dr. Nölke (L.) bestreitet, daß die Konservativen in diesem Gesetz der Landwirtschaft besondere Vorteile zubringen wollten. — Meine politischen Freunde hätten ja manches in dem Gesetz anders gewünscht; sie werden aber mit wenigen Ausnahmen für das nach den Kompromißanträgen zu gestaltende Gesetz stimmen. Wir können dann den Veteranen das zustimmen lassen, was wir ihnen schon längst zustimmen lassen wollten, und wir können auch die Mittel für die so wichtige Ausgestaltung unserer Wehrmacht gewinnen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Weber (natl.): Meine politischen Freunde stehen dem Gesetz noch in derselben Weise gegenüber wie bei der zweiten Lesung. Alles Menschliche ist unvollkommen und so auch dieses Gesetz. Aber es bestreitet doch den unverdienten Wertzuwachs, und es ist mir unbegreiflich, wie gerade die Sozialdemokraten gegen diese Besitzsteuer stimmen können. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Sie (zu den Sozialdemokraten) werden mit Ihrer ablehnenden Stellung bei Ihrer Agitation Fiasko machen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten und Zurufe: Abwarten!)

Abg. Cuno (Sp.): Uns gefällt durchaus nicht, was im Laufe der Beratungen aus der Wertzuwachsteuer geworden ist. Ganz speziell beim Zentrum, das sich ursprünglich so für den Gedanken der Besteuerung des Wertzuwachses begeisterte, ist ein merkwürdiger Wandel der Anschauungen eingetreten. Der Einfluß gewichtiger Kreise in den festen Zentrumsburgen Aachen und Köln hat wohl bei diesem Wandel der Anschauungen mitgespielt. Wieder scheint man es auch bei dieser „Besitzsteuer“ darauf anzulegen, den Besitz zu schonen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nachdem es sich nun aber gezeigt hat, daß nicht mehr zu erreichen ist, ziehen wir es vor, positiv mitzuarbeiten, statt uns mit der bequemen Negation zu begnügen, in der sich wieder einmal die Sozialdemokratie gefällt. (Lebhafte Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien.) Als einen auch nur halbwegs vollwertigen Erfolg für die Erbschaftsteuer können wir die Zuwachsteuer nicht beirachten. (Sehr richtig! links.) — Gar kein Anlaß liegt vor, die Landesfürsten, wenn sie spekulieren, von der Steuer freizulassen. (Sehr wahr! links.) Eine weitere Verschlechterung der Vorlage über die Kompromißanträge heraus könnte leicht genügen, einen Teil meiner Freunde zu bewegen, gegen das Gesetz zu stimmen. (Beifall bei der Volkspartei.)

Abg. Dr. Siedel (Soz.):

Der Staatssekretär sagt: er müsse sich eine Mehrheit für das Gesetz schaffen. Das stimmt. Aber es kommt darauf an, wie er sich die Mehrheit schafft. Der Staatssekretär hat die Vorlage von den Mehrheitsparteien machen lassen nach den Wünschen dieser Parteien, statt diese Parteien den Wünschen der Regierung willfährig zu machen. Und das letztere wäre um so leichter gewesen, als die Mehrheitsparteien für eine Zuwachsteuer stimmen müssen, um ihre Sünden bei der Finanzreform ein wenig zu büßeln. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Den Herren von der bürgerlichen Linken möchte ich zu bedenken geben, daß ein Steuergesetz, für das die Konservativen stimmen, von vornherein der Tendenz der Besitzkonjunktur dringend verdächtig ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn man uns sagt: Der Grundgedanke der Wertzuwachsteuer ist gut, so habe ich darauf zu erwidern: man kann dem Grundgedanken eines Gesetzes zustimmen und doch das Gesetz ablehnen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf v. Soden (Sp.) erklärt sich für das Gesetz und stellt fest, daß er und seine zwei Fraktionsgenossen bereits in zweiter Lesung gegen die Steuerfreiheit der Fürsten gestimmt haben. Es sei durchaus kein Verstoß gegen das monarchische Prinzip, die Fürsten zur Wertzuwachsteuer heranzuziehen.

Hiermit schließt die Generaldiskussion.

Es beginnt die Spezialdiskussion.

Die ersten Paragraphen werden debattelos in der Fassung der zweiten Lesung bzw. nach den Kompromißanträgen angenommen. Dem § 12 soll nach dem Kompromiß eine besondere Bestimmung zu Gunsten der Grundstücke in Festungstrayons hinzugefügt werden.

Abg. Trimborn (Z., mit Unruhe empfangen) beantragt weitere Abschwächung zu Gunsten der Grundbesitzer in Festungstrayons. Man möge doch dem alten eingeseffenen Besitz der Ackerbürger (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) in Festungstrayons eine wohlwollende Vergünstigung gewähren.

Schatzsekretär Vermuth bittet dringend um Ablehnung des Antrages Trimborn.

Der Antrag Trimborn wird abgelehnt. Die Kompromißfassung wird gegen die Stimmen einiger Freisinnigen angenommen.

Die folgenden Paragraphen werden debattelos oder nach unwesentlicher Debatte angenommen.

Beim § 22 beantragen die Abgeordneten Korman und Goußen (L.) die Wiederherstellung der von der Kommission sowie vom Plenum in der zweiten Lesung gestrichenen

Befreiung des Landesfürsten und der Landesfürstin von der Wertzuwachsteuer.

Reichsschatzsekretär Vermuth bittet dringend um Annahme dieses Antrages. Der Reichsschatzsekretär hat zwischen der zweiten und dritten Lesung noch einmal juristische Autoritäten zu Rate gezogen, und ihre einhellige Meinung ist, daß das Reich kein Recht hat, die Landesfürsten zu besteuern. Die Steuerfreiheit des Monarchen ist allgemeines konstitutionelles Recht. Auch in der englischen Wertzuwachsteuer findet sich ausdrücklich die Bestimmung, daß das Vermögen des Monarchen nicht von ihr betroffen wird. (Hört! hört! rechts.) Ein weiterer wichtiger Grund für die Steuerfreiheit der Landesfürsten ist der Umstand, daß Sie die Bundesstaaten steuerfrei gelassen haben; eine einfache

Aus der Reichsversicherungs-Kommission. Sitzung am Dienstag, den 31. Januar.

Die Kommission erledigte in der zweiten Lesung die Abchnitte: Oberversicherungsämter, Zusammenfassung, Kammern, Aufsicht, Kosten, Reichsversicherungsamt, Landesversicherungsämter, Behörden und Leistungen. Die meisten Bestimmungen werden unverändert nach den Beschlüssen der ersten Lesung angenommen.

Hervorzuheben ist zunächst die Bestimmung über die Wahl der Beisitzer in den Oberversicherungsämtern.

Nach dem Beschluß in der ersten Lesung sollten die Beisitzer von den Versicherungsbeteiligten der Versicherungskassen gewählt werden, die zu dem Bezirke eines Oberversicherungsamtes gehören. Die Wahl erfolgt je zur Hälfte von den Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeiter. Diese Bestimmung wurde dahin geändert: Die Beisitzer aus den Arbeitgebern werden zur Hälfte von den Arbeitgebermitgliedern im Ausschuss der zuständigen Versicherungskasse und zur Hälfte von den Vertretern der zuständigen landwirtschaftlichen und der von den beteiligten gewerblichen Berufsvereinigungen mit der Wahl betrauten Berufsvereinigungen gewählt.

Ein tragikomisches Ergebnis hatte die Aussprache über die Verteilung der Kosten.

In der ersten Lesung legte die Kommission sämtliche persönlichen und sächlichen Kosten des Oberversicherungsamtes den Bundesstaaten auf. Inzwischen sind die Konservativen, Nationalliberalen und ein Teil des Zentrums umgefallen und beantragen jetzt in der zweiten Lesung, daß die Versicherungsträger für jede Spruchsache, an der sie beteiligt sind, einen Aufschubbeitrag zu entrichten haben. Bei der Abstimmung fehlten mehrere Vertreter des Zentrums, die für den Antrag gestimmt hätten. Infolgedessen wurde der Antrag mit 11 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Darüber entstand ein großes Entsetzen bei den Regierungsvertretern, die sofort erklärten, daß die weitere Beratung keinen Zweck habe, da die ganze Vorlage für die Regierungen unannehmbar sei, wenn nicht der Antrag angenommen werde. Die Sozialdemokraten erhoben Einspruch gegen eine nochmalige Abstimmung, da dieser Fall nicht anders liegen wie alle andere Fälle, in denen auch nur eine Jubiläumserhöhung der Entschädigung getroffen hat. Die Mehrheit der Kommission entschied sich, wiederum mit nur einer Stimme Mehrheit für die Aufrechterhaltung der Abstimmung.

Die Zusammensetzung der Senate im Reichsversicherungsamt wollten die Sozialdemokraten wieder so gestalten, wie es gegenwärtig der Fall ist. Der Spruchsenat besteht nämlich jetzt aus einem Vorsitzenden, zwei vom Bundesrat gewählten nichtständigen oder zwei ständigen Mitgliedern, zwei richterlichen Beamten und je einem Arbeitgeber und Beschäftigten, also aus sieben Personen. Nach der Vorlage und dem Beschlusse der ersten Lesung soll die Zahl auf fünf herabgesetzt werden, indem nur ein vom Bundesrat gewähltes nichtständiges oder ständiges Mitglied und nur ein richterlicher Beamter mitwirken sollen. Jedoch lehnten die Konservativen, Nationalliberalen und das Zentrum den Antrag der Sozialdemokratie ab und nahmen die Verschlechterung an.

Landesversicherungsämter.

In der ersten Lesung beschloß die Kommission, daß die Landesversicherungsämter beseitigt werden, die die Einheitslichkeit der Rechtsprechung durchzuführen. Inzwischen ist auch in dieser Frage das Zentrum umgefallen. Es beantragte: Ein Landesversicherungsamt, das bereits für das Gebiet eines Bundesstaates vor dem Erlaß des neuen Gesetzes errichtet worden war, kann bestehen bleiben, solange zu seinem Bereiche mindestens vier Oberversicherungsämter gehören. Es tritt für dieses Gebiet an die Stelle des Reichsversicherungsamtes. Diese Bestimmungen wurden von den Konservativen, Nationalliberalen und dem Zentrum angenommen.

Nächste Sitzung Dienstag.

In der Budgetkommission des Reichstags

gab Dienstag Staatssekretär v. Tzipich auf Anfrage bekannt, daß die Postgefahr in Ostasien für das deutsche Schutzgebiet Kiautschou eine sehr drohende sei, zumal es sich um den sogenannten schwarzen Tod, also um die Lungenseuche handle. Die Abwehrmaßnahmen, die für das Kiautschougebiet getroffen werden sollen, liegen der Hoffnung berechtigt erscheinen, daß das Gebiet von der Seuche verschont bleiben werde. Ein Antrag auf eine instruktive Darlegung über die Art und Gefährlichkeit der Pestseuche, woran sich eine lebhafte Debatte knüpfte.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung kam es zu einem Zusammenstoß zwischen den sozialdemokratischen Mitgliedern und dem Vorsitzenden v. Camp, der die Sozialdemokraten fortgesetzt durch verplacierte Bemerkungen belästigte. Die Genossen Ledebour und Koste protestierten energisch gegen diese unzulässige Praxis. Herr v. Camp verteidigte sich und gab die Erklärung ab, daß er zugeben müsse, daß die Sozialdemokraten die Verhandlungen der Kommission nicht so verschleppen, wie manche andere Partei.

Die Beratung des Marineetat's wurde zu Ende geführt. Der Staatssekretär sagte die in voriger Woche abgelehnte Errichtung eines Marinelazarets auf Helgoland doch noch durch, jedoch sind ihm statt der geforderten 200 000 M. nur 100 000 M. bewilligt worden. Erhebliche Summen erfordern wieder die Bestsanlagen in Wilhelmshaven. Zur Vergrößerung des Bauhafens usw. wird als 11. Rate eine Million verlangt; 34 070 000 M. sind dafür bereits ausgegeben worden. Für Erweiterung der Werft nach dem Ums-Jade-Kanal zu werden 4 500 000 Mark als 6. Rate gefordert; 18 Millionen Mark sind schon verausgabt; eine weitere Ausgabe von 8 Millionen behält sich die Verwaltung noch vor. Für Herstellung eines Durchstichs durch die Schleienseife und zur Verbesserung des Trodenbod's werden 925 000 M. gefordert; diese Unternehmungen sollen rund sechs Millionen kosten. 200 000 M. setzte die Kommission vorläufig ab. Für die Anlage eines Hafens für kleinere Schiffe bei Helgoland werden 5,5 Millionen als 4. Rate gefordert; die ganze Anlage kostet 30 Millionen. Die Artillerieverwaltung verlangt für Rüstungsbefestigungen usw. 5 825 000 M., die gesamte Anlage kostet dreißig Millionen. Der Zuschuß zu den einmaligen Ausgaben im ordentlichen Etat für die Marine beläuft sich im kommenden Etatsjahre auf 89,7 Millionen gegen 82,5 Millionen im Vorjahre.

Die dem Marineamt unterstellte Kolonie Kiautschou erfordert einen Zuschuß von 7 708 160 M.; die Gesamtsumme beträgt 13 542 834 M. Auf eine Anfrage erklärte der Staatssekretär, der jetzige Gouverneur habe seinen Abschied eingereicht. Der Neubesetzung dieses Postens würden sich Schwierigkeiten in den Weg stellen, wenn die Kommission darauf beharrte, die bisher bewilligte persönliche Zulage von 10 000 M. fortan nicht mehr zu zahlen. Der Gouverneur erhielt bisher 18 000 M. Gehalt, 12 000 M. Kolonialzulage, 10 000 M. Repräsentationszulage und 10 000 M. persönliche Zulage, im ganzen also 50 000 M. Der Nationalliberale Dr. Görke-Brandenburg, der im vorigen Jahre auf Reichskosten, die der Reichstag aber nicht bewilligt hat, eine von der Marineverwaltung arrangierte „Studienfahrt“ nach Kiautschou unternommen hat, trat für die Weiterzahlung der persönlichen Zulage ein. Selbst ganz einfache Leute in Kiautschou hätten ihm erklärt, der Gouverneur müsse 50 000 M. erhalten. Von sozialdemokratischer Seite wurde scharf gegen die Zulage Stellung genommen. Görke's Verhalten kritisiert und betont, wenn der Gouverneur tatsächlich die Aufgabe habe, die Handelsinteressen zu

Abg. v. Kraun (L.): Der durchschnittliche Reinertrag der Domänen beträgt nach der uns vorgelegten Denkschrift 2,8 Proz. Mehr als 3 Proz. ist auch in den meisten Fällen nicht die Höhe der Rente der Grundbesitzer. Die Schätzung des Wertes jeder einzelnen Domäne wäre sehr lospielig, die heute vorliegenden Schätzungen erscheinen uns durchaus genügend.

Ein Regierungskommissar macht zahlenmäßige Mitteilungen über die Erträge der Domänen, die auf der Tribüne unverständlich bleiben.

Abg. Schmieding (Z.) spricht für den Antrag des Zentrums, die vorgelegte Denkschrift in ausführlicherer Form in regelmäßigen Zeitabständen zu wiederholen.

Ein Regierungskommissar hält die Veröffentlichung zu eingehenden Mitteilungen über die Verpachtungen der einzelnen Domänen für bedenklich. Nur über die Methode der Taxierungen wären eingehendere Darstellungen möglich.

Abg. Heine (natl.): Manche Domänenpächter sehen sich sehr schlecht. Wir Nationalliberalen halten fest an der bewährten Zoll- und Handelspolitik.

Abg. Leinert (Soz.):

Wir müssen verlangen, daß alle Verkäufe und Anläufe der Domänenverwaltung der Genehmigung des Landtages unterliegen. Heute erfahren wir gar nicht einmal, zu welchen Preisen Domänen verkauft resp. angekauft sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die uns vorgelegten Zusammenstellungen nach Regierungsbezirken genügen nicht, wir verlangen Nachweisungen über die einzelnen Domänen. Heute können wir auch gar nicht feststellen, wie die Einnahmen der Domänenverwaltung im einzelnen veranschlagt werden. Es wird uns keine Rechenschaft darüber abgelegt, ob die Gelder zu den Zwecken der einzelnen Titel auch wirklich ausgegeben. Ein gewissenhafter Abgeordneter sollte einen solchen Etat gar nicht bewilligen können. 1180 Domänenwerte sind nach der Aufstellung vorhanden. Diese Zahl erfahren wir zum erstenmal richtig. Bisher war immer von 1400—1500 die Rede, im Etat ist nur von 100 weniger die Rede. Ueber solche merkwürdigen Zahlenunrichtigkeiten wird der Herr Minister uns Auskunft geben müssen. Dabei ist die Größe der Fläche in allen Fällen ganz gleich angegeben. In der Aufstellung ist nur der Wert der Domänen für 1901 berechnet auch für Domänen, die erst viel später gekauft sind! Nach Meinung Sachverständiger, mit denen ich sprach, ist das Schätzungsverfahren auch sehr anfechtbar. Ich bin überzeugt, daß bei dieser Art der Schätzung eine gewisse Absicht vorgelegen hat. Die Restverzinsung von 2,78 Proz. erscheint außerordentlich gering angesichts des durchschnittlichen Ertrages pro Hektar, der angegeben wird. Der Zweck ist offenbar: Man hat die Werte möglichst in Einklang mit den Pachten gebracht, um die alten Pächter zu erhalten, anstatt die wirklichen Werte festzusetzen. Die bisherigen Pächter treten meist ohne Konkurrenten wieder auf. Es riskiert eben niemand aus der Gegend, gegen den einflußreichen Domänenpächter aufzutreten, daher bekommt dieser die Pacht wieder zu dem früheren niedrigen Pachtzins. Bei der Selbstbewirtschaftung ergibt sich pro Hektar eine Einnahme von 81,30 M., bei der Verpachtung nur von 31,50 M. Da sollte sich die Verwaltung überlegen, ob sie den bisherigen Pächtern die Domänen noch zu dem alten Zins überlassen soll. (Lachen rechts.) Herr v. Pappenheim, der jetzt lacht, hat im vorigen Jahre selbst eine Feststellung des tatsächlichen Wertes der Domänen verlangt. Vielleicht unterscheidet er sich von mir nur dadurch, daß er die jetzige Pacht noch für zu hoch hält. (Lachen.) Die Kosten für eine richtige Werthschätzung der Domänen können nicht in Betracht kommen. Die Rechte wünscht allerdings recht niedrige Werte herauszurechnen, um bei der Beratung des neuen Rolltarifs auf die geringe Verzinsung der Domänen als „Beweis“ für die Not der Landwirtschaft hinweisen zu können. Es handelt sich hier also um eine

Begünstigung der Agrarier.

die verschleiert werden soll. Im vorigen Jahre hat man dem Kronfideikommissfonds 2 Millionen zugewilligt unter Hinweis auf die steigenden Erträge der Domänen. Wenn man nun die Domänenpachten erhöht, so könnten diese 2 Millionen allein durch die sogenannten Triarier aufgebracht werden.

Im Etat sind 400 000 M. zur Verbesserung der Arbeiterwohnungen eingelegt. Wir verlangen hier, daß gute gesunde Wohnungen für die Arbeiter gebaut werden, damit die Kreisärzte nicht etwa auch hier feststellen können, daß die Ställe solcher gebaut sind als Arbeiterwohnungen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Vor allem darf die Selbstständigkeit der auf Domänen angesiedelten Arbeiter nicht angetastet werden. Welsch legt man diese Wohnungen in das Gebiet der politischen Gemeinden, um die Armenlasten der Domänenbesitzer zu vermindern. Wegen dies Verfahren müssen wir protestieren.

Unserem Antrage wird das Haus hoffentlich zustimmen. Der Rückgang der Viehhaltung soll auf den staatlichen Domänen sehr groß sein. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dadurch wird die Fleischnot und Fleischsteuerung vermehrt. In den Pachtverträgen muß der Staat die Pächter zur Viehhaltung zwingen, denn er hat die Domänen im Interesse der Allgemeinheit zu verwalten. Sollte die von uns gewünschte Aufstellung bis zur dritten Lesung nicht gegeben werden können, so sind wir bereit, unseren Antrag dahin abzuändern, daß die Aufstellung bis zum nächsten Etat verlangt wird. — Redner spricht sich des weiteren für die Erhaltung des Vades Rehbürg als Erholungsstätte für unentgeltliche Lungenträger aus sowie für die Schaffung von Arbeiterheimen auf den Nord- und Ostseeeisen. In solchen Heimen könnten auf staatslosen Millionen von Proletariatskinder den so segensreichen Heilfaktor der Seeluft genossen. Möge der Minister diese soziale Pflicht erfüllen, damit er nicht nur das Recht zur Förderung der Interessen des Großgrundbesitzes. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Pappenheim (L.): Ich bewundere den Mut des Vordredners, hier über Dinge so zu reden, von denen er so wenig verstehen kann. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Preise über die Verkäufe und Anläufe von Domänen werden uns alljährlich genau mitgeteilt, auch ist der Staat in der Tat verpflichtet, uns Rechnung zu legen über alle Ausgaben. Eine Selbstbewirtschaftung der Domänen durch den Staat ist ganz ausgeschlossen; dazu fehlt ihm die geeignete Organisation. Auch davon kann keine Rede sein, daß neue Pächter aus Angst vor den alten Domänenpächtern nicht zu bieten wagen. — Dem Antrage Schmieding können wir zustimmen, wenn die Worte „mindestens alle 5 Jahre“ gestrichen werden.

Damit schließt die Debatte. Der Antrag Borgmann (Soz.) wird abgelehnt, der Antrag Vartscher (Z.) unter Streichung der Worte „mindestens alle 5 Jahre“ angenommen. Der Rest des Etats wird nach uninteressanter Debatte erledigt. Die Ausschreibungsbestimmungen zu den Vorschriften über die Reisefkosten der Staatsbeamten werden nach längerer Diskussion an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen.

Es folgt die Beratung der Novelle der Landgemeindeordnung für Hannover.

Abg. Kuhnmann (natl.) spricht sich für die Annahme des Entwurfs aus, der einem Beschluß des Hauses entspricht.

Die Abg. v. d. Hagen (Z.), Sahrens (L.) schließen sich dem Vordredner an.

Abg. Leinert (Soz.):

Auch meine Freunde stimmen der Vorlage zu. Die Regierung sollte aber die Landgemeindeordnung auch dahin abändern, daß industrielle Betriebe nicht mehr die Möglichkeit haben in den Gemeindeverfassungen die übrige Bevölkerung zu majorisieren. Damit schließt die erste Beratung. Das Gesetz wird sogleich in zweiter Lesung angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr. (Zustimmung.)

Schluß 4 1/2 Uhr.

Konsequenz davon ist die Steuerfreiheit der Landesfürsten. Gegen die Steuerfreiheit spricht nur die mögliche agitatorische Ausnutzung; ausgenutzt kann sie aber nur werden im Wege der Mißdeutung; und solcher Mißdeutung müssen wir entgegenzutreten. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Sp.): Alle staatsrechtlichen Ausführungen des Staatssekretärs bezogen sich auf direkte Steuern, hier aber handelt es sich um eine indirekte Steuer, und da die Landesherren auszunehmen, geht nicht an; dazu wird sich der Reichstag hoffentlich nicht begeben. Es ist angedeutet worden, daß ohne die Steuerfreiheit der Landesfürsten das Gesetz für den Bundesrat unannehmbar ist; mit ihr ist es für uns unannehmbar. (Bravo! links.)

Abg. Göhre (Soz.):

Auch uns hat Herr Wermuth mit seinen staatsrechtlichen Ausführungen nicht überzeugt. Die Landesfürsten hätten gut daran getan, nach der zweiten Lesung zu erklären, wir wollen freiwillig auf die Steuerfreiheit verzichten. Das wurde um so mehr erwartet, als das Gesetz mit der Veteranenfürsorge in Verbindung gebracht ist. Da sie es nicht freiwillig getan haben, muß der Reichstag sie dazu zwingen. Es wird auf die Haltung des Zentrums und der Polen ankommen, ob der Antrag der Konservativen angenommen wird. Sollte es geschehen, so werden die Zentrumsarbeiter diese Haltung ihrer Abgeordneten nicht verzeihen. (Lachen im Zentrum.) Ihr Sachverhalt ist nur ein Verlegenheitslächeln. Sie wären froh, wenn Sie nicht in einer so fatalen Situation wären. Für uns wäre die Annahme des konservativen Antrags ein Grund mehr, gegen das Gesetz zu stimmen, wir würden es uns schämen, mit einem solchen Gesetz vor das Volk zu treten, das einen solchen Paragraphen hat. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Lehner (Z.) spricht sich für den Antrag v. Normann aus und hofft, daß seine Freunde demselben zustimmen werden. Wir sollten nicht hier so nebenbei Bestimmungen annehmen ohne genaue Kenntnis der Verhältnisse in den Einzelstaaten.

Abg. Weber (natl.): Unsere Stellung ist dieselbe wie in der zweiten Lesung. Wir wollen vor allem treffen das freie Eigentum der Fürsten, das durch keine Landesgesetz gebunden ist und das mit dem Aneigentum nichts zu tun hat. (Bravo! links.)

Abg. Dove (Sp.): Wenn es sich nicht um vermögensrechtliche, sondern um staatsrechtliche Erwägungen handelt, wie der Reichschatzsekretär sagte, so hätte der Staatssekretär des Reichsjustizamts die Sache hier vertreten sollen. Die staatsrechtlichen Ausführungen des Reichschatzsekretärs entbehren jeder Gewaltkraft, denn diese Steuer ist nicht an die Person gebunden, sondern an einen Rechtsakt. (Sehr richtig! links.) Hier haben persönliche Vorrechte gar keinen Sinn. (Lebhaftes Zustimmung links.)

Reichschatzsekretär Wermuth: Ich bemerke Herrn Dove, daß ein großer Teil meiner Ausführungen wörtlich einem Gutachten des Reichsjustizamts entstammt. (Heiterkeit.) Ein Beschluß, die Landesfürsten zur Steuer heranzuziehen, wäre vom Standpunkt des Bundesrechts aus gar nicht durchführbar.

Abg. Dr. Junk (natl.): Die Gutachten, auf welche der Staatssekretär sich stützt, sollten veröffentlicht werden, damit die Wissenschaft dazu Stellung nehmen kann. Ich glaube, die entgegenstehende Ansicht hat sehr viele Autoritäten für sich.

Abg. Ulrich (Soz.):

Ich möchte die Herren, die in der zweiten Lesung gegen die Steuerfreiheit der Fürsten gestimmt haben, bitten, festzubleiben. Nichts ist unpopulärer, als die Steuerfreiheit der Fürsten. Sie bei diesem Gesetz festzulegen, wäre der Gipfel des Unverständnisses der bürgerlichen Parteien, denn wir würden die Sache ausnutzen, wie es sich gehört. Der Staatssekretär wollte aber die vermögensrechtliche Seite nicht sprechen. Wir haben keinen Anjaß, das nicht zu tun. Diese Steuerfreiheit wäre geradezu eine Beleidigung der armen Leute. (Lachen rechts.) Die staatsrechtlichen Bedenken des Staatssekretärs bezogen sich auf den Domänenbesitz; aber alle Fürsten haben auch Privatbesitz, für welchen die staatsrechtlichen Deduktionen des Staatssekretärs nicht zutreffen. Weiter geht doch auch Reichsrecht vor Landesrecht, und wenn das Reichsrecht die Fürsten steuerpflichtig macht, haben die Landesgesetzgebungen sich damit abzufinden. Wenn das Gesetz für die Regierung unannehmbar wird, falls die Fürsten Steuern zahlen sollen, so gratuliere ich ihnen zu dieser Dummheit, denn dann werden wir ihnen einen Tanz aufspielen, an den sie ihr Lebenslang denken sollen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Westary (L.): Eine besondere Souveränität des Reiches gibt es nicht. Die Reichsgesetzgebung kann die Verfassungen der Einzelstaaten nicht ändern. (Sehr richtig! rechts.) Das ist unsere prinzipielle Stellung. Von dieser werden wir uns auch durch die angebotene Agitation der äußersten Linken, die den Tatsachen ins Gesicht schlägt (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten), nicht abbringen lassen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Südekum (Soz.):

Eine Agitation, die den Tatsachen ins Gesicht schlägt, ja die ein öffentlicher Skandal geworden ist, haben die Konservativen bei den letzten Radwahlen getrieben. (Lebhaftes sehr richtig! links.) Und kann es aus Agitationsrücksichten nur angenehm sein, wenn Sie den Antrag Normann annehmen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Warum wollen die Herren, die für den Antrag Normann stimmen, also die Konservativen, das Zentrum und wahrscheinlich doch auch die Polen, wenn sie zufällig im Saale sind (Große Heiterkeit), den Fürsten das Hochgefühl rauben, für ihren Teil an den Kosten der Militärvorlage teilzunehmen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte. Die Abstimmung ist eine namentliche. Der Antrag Normann wird mit 109 gegen 133 Stimmen bei 17 Stimmenthaltungen angenommen. (Ironisches Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der § 22 wird mit dieser Änderung angenommen.

Abg. Neumann-Hofer (Sp.) begründet einen neuen Antrag, durch die Landesgesetzgebung Ausnahmen zu gestatten, also die Landesfürsten durch die Landesgesetzgebung zur Wertzuwachssteuer heranziehen zu lassen. Man dürfe doch denjenigen Landesfürsten, welche die Wertzuwachssteuer bezahlen wollen, dies nicht verwehren.

Reichschatzsekretär Wermuth erklärt, daß Bedenken gegen diesen Antrag nicht vorliegen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 12 Uhr (außer dem Petitionen).

Schluß 4 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

10. Sitzung vom Dienstag, den 31. Januar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Schorlemer.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die

zweite Lesung des Domänenetats.

Bei den Einnahmen „Ertrag von Weingütern“ wünscht Abg. Dr. Dahlem (Z.) eine Revision des Weinabgabegesetzes.

Abg. Engelmann (natl.) verlangt bessere Entschädigung für durch die Weinabgabe geschädigte Weingüterbesitzer.

Zum Titel: Erlöse aus dem Verkauf von Domänen liegt ein Antrag Vartscher (Z.) vor, der mindestens alle fünf Jahre eingehendere Darstellungen über die der Domänenverwaltung unterstellten Werte der Domänen und deren wirtschaftliche Ergebnisse, getrennt nach Regierungsbezirken, verlangt.

Ein Antrag Borgmann (Soz.) ersucht die Regierung, dem Landtage bis zur dritten Lesung des Etats eine Aufstellung über die Entwicklung der Viehhaltung in den königlichen Domänen in den letzten 10 Jahren zugehen zu lassen.

Höbern, sei die sehr teure Gefandtschaft in Peking überflüssig. Uebrigens sei es das Richtige, nicht nur die Zulage für den Gouverneur, sondern künftig die ganze Kolonie Klautschow als für Deutschland wegfallend zu bezeichnen. Es müsse die Rückgabe an China angestrebt werden. Sogar der Sekretär Wermuth wandte sich gegen die nationalliberalen Gefandtschaftsdienste für den Gouverneur. Er betonte, wegen der Zulage seien noch keine Verhandlungen gepflogen worden, worauf Herr v. Tzipitz einlenkte. Gegen die Stimmen der Nationalliberalen und der Rechten wurde die Zulage abgelehnt. Der Reichsanwalt Eichhoff stimmte mit den Linken für die Zulage.

Berlin statt Hamburg.

Gegenüber dem „Annehmbar“ der Regierung fiel die Mehrheit der Kommission zur Vorbereitung des Gesetzes über Schaffung eines höchsten Kolonial- und Konsulargerichts gestern um. Als Sitz des obersten Kolonialgerichts wurde im Gegensatz zum Beschluß der Regierung statt Hamburg mit 7 gegen 6 Stimmen (Nationalliberale, Freisinnige Volkspartei) bei einer Stimmenthaltung Berlin bestimmt. Der Beschluß erster Lesung, als Richter einen Verwaltungsbeamten zuzulassen, wurde mit 9 gegen 5 Stimmen aufrechterhalten.

Gewerbeordnungskommission.

In der Dienstauftrag der Kommission kam es über die Frage, ob außer der Regierungsvorlage auch andere Paragrafen beraten werden sollten, zu einer längeren Erörterung. Von sozialdemokratischer Seite lagen zu den §§ 115-119 der Gewerbeordnung, die in der Regierungsvorlage unberührt geblieben sind, verschiedene Änderungsanträge vor, die das Verbot, Waren zu kreditieren und auf den Lohn anzuzahlen, die Vorschriften, den Arbeitern die nötigen Werkzeuge und Materialien unentgeltlich zu stellen, und die gesetzliche Festlegung wöchentlich der Lohnzahlungsfristen betrafen. Ferner wurde eine Vorschrift angestrebt, daß der Lohn spätestens am Tage nach der Auflösung des Arbeitsverhältnisses zu zahlen ist; dann soll die Garantie gegeben werden, daß der durchschnittliche Tagesarbeitsverdienst gezahlt wird, wenn bei Abfordern vor Beginn der Arbeit keine Vereinbarung zustande kommt. Ein anderer Antrag fordert die Bestimmung, daß den Arbeitern, die ihnen vom Betriebsunternehmer überlassene Fabrikwohnung bis zum Schluß des Wohnungsverhältnisses folgenden Monats auf Verlangen belassen werden muß. Endlich verließen unsere Genossen durch Änderungsanträge zu den §§ 117 und 117a die Miethäuser im Betriebe der Werkspenionskassen für die gewerblichen Arbeiter zu besetzen.

Die bürgerlichen Kommissionsmitglieder waren nicht zu einer Beratung dieser Anträge geneigt. „Vielleicht“ will man nach der Beratung der Regierungsvorlage auf sie zurückkommen.

Die Beratung des § 120 der Regierungsvorlage, der die Fortbildungspflicht der jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren bestimmen soll, zeitigte die Annahme eines Antrages Ender's (Sp.), der insofern über die Regierungsvorlage hinausgeht, als er vorschreibt, daß für Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern ein Ortsrat für alle männlichen gewerblichen Arbeiter unter 18 Jahren einzusetzen ist.

Anträge unserer Genossen, die auch die Handlungsgelöhne und das Gesinde in den Kreis der zum Besuch der Fortbildungsschulen Verpflichteten einbezogen wollten, wurden abgelehnt.

Haus Industrie und Handel.

Mitteldeutsche Braunkohlen-Verwertungsbank.

Eine Warnung.

Erstlich einfach und überraschend unvorhergesehen die Praktiken einer „Mitteldeutschen Braunkohlen-Verwertungsbank“, die ihre Anteile auch in Kreisen der Arbeiterschaft abzulegen bemüht ist. Um die Beteiligung von Arbeitern zu ermöglichen, wird in entgegenkommendster Weise monatliche Ratenzahlung gewährt, es sollen die weitesten Volksschichten in die Lage versetzt werden, lauer ersparte Pfennige loszuwerden. Hinter der hochtönenden Firma „Mitteldeutsche Braunkohlen-Verwertungsbank“ muß sich ein höchst achtungsbedürftiges Geschäft verbergen, dessen Inhaber wohl nicht ohne Grund ihren Namen der Öffentlichkeit vorenthalten. In den ausgegebenen Zeichnungsbedingungen wird erzählt, daß die Bank ihren Sitz in Berlin habe und den Zweck verfolge, allen Beamtenvereinigungen, Konsumvereinen und sonstigen Wirtschaftsgenossenschaften und Sparvereinen die Möglichkeit zu geben, ihren Mitgliedern billige Brennmaterialien (Braunkohlenbriketts und Kohlschollen) zu liefern. Sie übernimmt die Verpflichtung, ihren Mitgliedern gegenüber, wenn Vorkaufsantheile durch die gedachten Vereine oder aber auch direkt von den Mitgliedern erworben werden, den gesamten Bedarf an Briketts oder Kohlscholle zu liefern, abgesehen von den Fällen höherer Gewalt, wie auch von Streiks, Verkehrsstörungen oder Grubenunfällen.

Der Vorteil einer Mitgliedschaft bei der Bank, deren Empörung über die Preissteigerung der Brennmaterialien nur noch von der Liebe zu den armen Konsumenten überrufen wird, besteht noch ihrer Versicherung erstens in der bedeutend billigeren Einkaufsmöglichkeit für Brennmaterialien, ferner noch darin, daß jeder erworbene Anteil pro Jahr mindestens 10 Proz. Dividende trägt. Die zehnprozentige Dividende ist aber nur der Anfang. Wir hören weiter, je größer nun die Abnahme sein wird, sowohl an Anteilen als auch an Kohle, um so mehr wird sich von Jahr zu Jahr die Dividende steigern, hervorgerufen durch den größeren Umsatz.

Dieses vielversprechende Bild ist, wie bereits erwähnt, auf Abschlagszahlung zu erringen. Ein Anteil kostet 60 M. Die Zahlung ist in Monatsraten von 5 M. zu leisten. Wer aber der Besteuerung noch nicht traut, daß jedes Mitglied der Mitteldeutschen Braunkohlen-Verwertungsbank sich eine sichere und gute Kapitalanlage verschafft, und am Ende „sozialagen kostenlos“ zu einem wertvollen Anteil kommt, wird auf das nachstehende Beispiel verweisen, daß die Richtigkeit der Berechnung offensichtlich klarstellt:

„A. kauft sich einen Vorkaufsantheil für 60 M. gegen 10 Proz. Dividende 6 M.
bezieht ferner 15 000 Stk Briketts, welche pro 1000 durchschnittlich 2 M. billiger geliefert werden, von der Mitteldeutschen Braunkohlen-Verwertungsbank 30
zusammen 36 M.

„A.“ hat 36 M. im ersten Jahre durch seinen Anteil schon gehabt, so daß er im zweiten Jahre bei Abnahme desselben Quantums seinen Anteil nicht nur gratis, sondern schon einen Ueberschuß erzielt hat. Dies Voranschickte dürfte jedem einzelnen Mitgliede genügend Veranlassung geben, mindestens einen Anteil zu zeichnen.“

Gewiß nur aus erzieherischen Gründen hat die Mitteldeutsche Braunkohlen-Verwertungsbank alsdann die Anordnung getroffen, daß der Anspruch auf Dividende aufhört, wenn der Anteilhaber seinen Kohlenbedarf ganz oder teilweise anderweitig deckt. Wird der Kohlenbedarf während zweier aufeinander folgender Jahre unterbrochen, so verliert der Abnehmer sogar jeden Anspruch auf Wiederstattung seiner eingezahlten Gelder, das gleiche tritt ein, wenn die Ratenzahlungen nicht pünktlich geleistet werden.

Was dieser Zusammenrechnung der wesentlichsten Zeichnungsbedingungen ergibt sich, daß die Mitglieder der Mitteldeutschen Braunkohlen-Verwertungsbank das Recht haben, mindestens 60 M.

einzu zahlen, und damit die Pflicht übernehmen, bei Strafe des Verlustes dieses Geldes für alle Zeiten ihren Kohlenbedarf durch jenes „Institut“ zu decken, das am Ende noch verspricht, die durch Lieferungsanteile erworbenen Kapitalien so zu verwenden, „daß in der größten Hauptsache neue Kohlenbergwerke erworben oder aber auch günstige Reservfelder angekauft werden, um möglichst für alle Zeiten den Bedarf zu decken“. Auch für die zugesicherten Gewinne durch ungewöhnlich billige Lieferungspreise bürgt, wie für alle anderen Versicherungen, nur die hochtönende Firma, deren Hintermänner in den Offerten leider selbst den Nachweis unterließen, daß ihnen 60 Mark anvertraut werden können. Ob sich Leute gefunden haben, die der Mitteldeutschen Braunkohlen-Verwertungsbank ihre Spargroschen ausgeliefert haben, entzieht sich unserer Kenntnis. Wenn das Interesse der hochwohlwollenden Behörden nicht ganz durch ihren Kampf gegen die Mächte des Insturzes in Anspruch genommen ist, scheitern sie den Projekten der Mitteldeutschen Braunkohlen-Verwertungsbank vielleicht einige Beachtung.

Die deutsche Faselindustrie.

Die Entwicklung, welche die deutsche Schnapsherstellung seit 1880/90 genommen hat, wird in einem Sonderheft der „Zeitschrift für die deutsche Spiritusindustrie“ dargestellt. Die Kartoffelbrennerei steht an erster Stelle. Um die Veränderungen, so weit sie die einzelnen deutschen Produktionsgebiete betreffen, deutlich zu machen, sind die Ziffern örtlich geschieden für Ostdeutschland — Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Mecklenburg —; Mitteldeutschland — Provinz Sachsen, Hessen-Kassel, Königreich Sachsen, Großherzogtum Hessen, Thüringen, Braunschweig, Anhalt —; Westdeutschland — Hannover, Schleswig-Holstein, Oldenburg, Rheinland, Hanfsstädte —; und Süddeutschland — Bayern, Württemberg, Baden, Elsaß-Lothringen, Hohenzollern. Die Veränderungen in der Produktion zeigt die folgende Zusammenstellung:

		Kornbrennereien				
		mit einer Jahresproduktion an Hektolitern				
Deutschland	Jahr	bis 100	über 100-1000	über 1000	zusammen	
Ost-	1880/90	173	1683	743	2549	
	1907/08	83	1941	1004	2978	
Mittel-	1880/90	400	747	63	1210	
	1907/08	209	835	45	1089	
West-	1880/90	94	11	2	106	
	1907/08	38	11	2	51	
Süd-	1880/90	2541	109	20	2760	
	1907/08	1541	815	134	2490	
		Getreidebrennereien				
Ost-	1880/90	304	69	14	387	
	1907/08	212	67	7	298	
Mittel-	1880/90	315	37	5	357	
	1907/08	315	39	5	359	
West-	1880/90	1151	475	40	1666	
	1907/08	744	631	98	1473	
Süd-	1880/90	2924	14	17	2655	
	1907/08	5028	48	19	6005	
		Hefe- und Gärereibrennereien				
Ost-	1880/90	43	49	13	105	
	1907/08	14	29	17	60	
Mittel-	1880/90	10	19	5	34	
	1907/08	5	12	5	22	
West-	1880/90	689	347	54	1090	
	1907/08	210	262	58	530	
Süd-	1880/90	3	8	14	25	
	1907/08	3	4	14	21	

Den Großbetrieb in der Kartoffelbrennerei findet man vornehmlich in Ostdeutschland, in Ostpreußen, wo der Landarbeiter einen Teil des Lohnes in Form von Kartoffelbrennstoff erhält. Der 100 bis 1000 Hektoliter-Betrieb ist in den 18 Jahren stark gewachsen, am allermeisten aber die Großfabrik mit mehr als 1000 Hektoliter Jahresproduktion. In Mitteldeutschland sind auf Kosten der Kleinbrennereien die mittelgroßen Betriebe stark geworden. Die geringe Kartoffelproduktion Westdeutschlands, wesentlich Kleinbetrieb, ist weiter zurückgegangen. Besonders beachtlich erscheint der tiefe Rückgang der kleinen süddeutschen Kartoffelbrennereien, hier ist der Mittel- und Großbetrieb stark gewachsen. In der Getreidebrennerei hat sich Süddeutschland gewaltig entwickelt, alle anderen Produktionsgebiete haben starke Rückgänge erlitten. Die Spiritusherstellung zu gewerblichen Zwecken kommt dabei vorwiegend in Betracht. Die Hefe- und Gärereibrennereien sind allgemein, in Westdeutschland am stärksten, zurückgegangen. Seine Hauptursache hat dies mit in der Schnapsgeggebung, die die eigentlich landwirtschaftlichen Brennereien immer vor den industriellen begünstigt. Bei der Kartoffelbrennerei ist in der genannten Zeitperiode die Zahl der Betriebe von 6625 auf 6608 gesunken, gewachsen sind nur die Mittel- und Großbetriebe. Bei den Getreidebrennereien ist es besonders der süddeutsche Kleinbetrieb, der zugenommen hat und zwar um mehr als 100 Proz.

Maschinenbetrieb in der Landwirtschaft.

Die Produktion von Rohungsmitteln, namentlich die Verarbeitung von Milch wird in mehr und mehr umfassender Weise durch die Einführung von Maschinen unterstützt. Ganz rapid ist die Einführung der Milchzentrifugen (Separatoren) vor sich gegangen. Allein in Preußen vermehrten sie sich von 48094 im Jahre 1895 auf 230 900 im Jahre 1907, also in 12 Jahren auf das Fünffache. Am stärksten war die Zunahme in den Kleinbäuerlichen und mittelbäuerlichen Betrieben. In den Parzellenbetrieben (unter 2 Hektar Fläche) vermehrten sie sich von 2874 auf 9984, in den Kleinbäuerlichen Betrieben (2 bis 5 Hektar) von 6001 auf 40 877, in den mittelbäuerlichen Betrieben (5 bis 20 Hektar) von 20 305 auf 119 124, in den großbäuerlichen Betrieben (20 bis 100 Hektar) von 15 381 auf 55 855, in den noch größeren Betrieben von 3523 auf 5389. Auch durch die Gründung von Vorkaufsgenossenschaften ist die Anwendung von Maschinen in der Milchproduktion stark gefördert worden.

Der Kapitalismus in Niederländisch-Indien. Die amerikanische Zeitschrift „Rumps and Supplies“ erwähnt die Nachricht, daß eine Gesellschaft über 60 000 Acres (zu 4000 Quadratmeter) auf den Philippinen erworben hat, um dort Kautschuk und anderes zu produzieren, und bemerkt dazu, daß dort Millionen Acres in der tropischen Sonne liegen, ohne ausgenutzt zu werden. Mit Kapital läßt man diesem Lande ungeheurer Reichtum gezogen werden. Sie fährt fort: „Vor 25 Jahren war Nord-Vorneo (die größte Insel von Niederländisch-Indien) vernachlässigt. Dann wurde Kapital hineingesteckt und rentierte sich wunderbar. Eine Gesellschaft allein hat Bodenschätze über ein Gebiet von 20 Millionen Acres (80 000 Quadratkilometer), so groß wie Irland, größtenteils possend zur Tabak- und Gummi-Produktion. Früher für wertlos gehalten, hat es jetzt einen Wert von 5 Dollar den Acre (über 400 Mk. Mark im Ganzen). Man schätzt dort einen Bestand von 50 Mill. Tonnen preiswertes Bauholz. Viele blühenden Pflanzungen und Niederlassungen sind errichtet worden, wo vor 20 Jahren noch Wüste umherstreifte.“

Haus der Frauenbewegung.

Jagow sprach.

Herr von Jagow, der berühmte Strategie von Treptow, hat die Proabiter Polizeikommissionen neuerdings bedingungslos

verteidigt. Trotz der Urteile in den Proabiter Prozessen, trotz vieler für die Polizei sehr blamabler Feststellungen, trotz des von Polizeiorganen begangenen Mordes, der nach ausdrücklicher Erklärung des Schwurgerichtsvorsitzenden die Angegriffenen berechtigte, die angreifenden Beamten durch einen wohlgezielten Schuß niederzustrecken, leistete sich Herr v. Jagow zur Kaisergeburtstagsfeier eine unerhörte Provokation und Mißhandlung. Er behauptete, die den Schülern vorgeworfenen — vor Gericht bewiesenen — Vorwürfe entsprängen — vor Gericht Phantasie, Suggestion, System! Ein Sozialdemokrat, der so die Richter verdächtigte, würde auf Jahre ins Gefängnis geworfen!

Zu den vom Chef belohnten Heldenaten gehört auch das Niedererschlagen von Frauen und Kindern; es gehört dazu auch, eine gebärende Proletarierin in schwerer Stunde in Lebensgefahr zu bringen. Einwandfrei ist vor Gericht folgendes festgestellt worden: Als ein Mann die Polizei bat, postieren zu dürfen, um eine Gebärende zu einer Gebärenden zu rufen, sagte man: „Hier werden keine Ausnahmen gemacht, ob Kinder kommen oder nicht, ist uns gleich!“ Das war die Antwort der Schläger von Gesundheit und Leben. So erwartete sich die Polizei das ungeteilte Lob des Herrn v. Jagow. Erst nachdem ein Vertreter des Roten Kreuzes den Mann unter den Schuß seiner Organisation stellte, konnte die Gebärende zu der Hilfe begehrenden Frau geholt werden. Die herrliche Polizei hätte es fertig gebracht, die Hilfe zu verhindern, der Gebärenden und ihres Kindes Leben aufs Spiel zu setzen. Und Herr v. Jagow spricht von der Polizei: „Sie hielt tadellose Manneszucht!“

Frauen und Mütter, das darf nie und nimmer vergessen werden. Gebt die Antwort auf solche Ungeheuerlichkeiten! In der Organisation, durch Anknüpfung an die Sozialdemokratie müßt Ihr die Rechte und Sicherheit der proletarischen Mütter verteidigen. Für Junkenpferde wird ausreichend gesorgt, aber arme Mütter läßt man hilflos sterben. Das ist die gottgewollte Ordnung der Mütter und Heiligen. Nieder mit ihr!

Weibliche Berufsbildung in der Schweiz. In der Schweiz besteht seit dem Jahre 1895 ein besonderes Gesetz betreffend die Förderung der handwerklichen und beruflichen Bildung des weiblichen Geschlechts durch den Bund (das Reich). Im Jahre 1909 wurden 424 dem entsprechenden Zwecke dienenden Anstalten mit 411 120 Fr. aus der Bundeskasse unterstützt. Im Jahre 1908 betrug die Gesamtanzahl der für diese Einrichtungen 1 613 555 Fr., wovon 804 002,84 Fr. die Kantone, Gemeinden und Vereinigungen, 873 226,70 Fr. der Bund aufbrachten. In den Anstalten handelt es sich um kommunale Fortbildung- und Gewerbeschulen, um handwerkliche Schulen und Kurse, um Fachschulen und Lehrwerkstätten, um Ausbildung von Fachlehrerinnen usw. Alle diese Einrichtungen erfreuen sich des besten Besuchs und genießen auch bei den Arbeitern die höchste Anerkennung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Heute Mittwoch, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27a: Vortrag des Fel. Dr. Wygodzinski über: „Fürsorge für Mütter und Kinder.“ Gäste willkommen. — Sonntag, den 5. Februar: Stiftungsfest in Kellers Festsaal, Koppentstraße 29.

Gerichts-Zeitung.

Schmiergelder eines Oberbauarbeiters.

Sensationelle Enthüllungen über eine Mißwirtschaft bei der Vergabe von Staatsbauten brachte ein Erpressungsprozeß, den die Staatsanwaltschaft beim Dresdener Landgericht gegen den Tiefbauunternehmer Berger in Greschütz bei Döbeln angestrengt hatte. In den 1890er Jahren stand der Oberbauarbeiter Geyer an der Spitze des Eisenbahnbetriebsamtes Döbeln und hatte als solcher u. a. auch die Eisenbahnbauten im Eisenbahnbaubezirk Döbeln zu vergeben. Um dieselbe Zeit übernahm der Angeklagte das bisher von seinem Vater geführte und begründete Tischgeschäft mit Steinbruchbetrieben und Oelonomiebetrieb. Beim Vergeben der Arbeiten benutzte Geyer die Stellung des Angeklagten und rief ihm, er solle sich mitbewerben und zunächst möglichst niedrige Preise in den Kostenanschlag einlegen. Nach Beendigung des Submissionsverfahrens und nach Eingang sämtlicher Bewerbungen wurde der Angeklagte von dem Oberbauarbeiter abermals auf das Betriebsamt bestellt und jetzt wurden die Preise in des Angeklagten Vorausschlag so weit heraufgesetzt, daß sie um eine Mehrzahl unter den anderen Konkurrenten zurückblieben. Durch diese Manipulationen erhielt der Angeklagte die meisten der von dem Oberbauarbeiter Geyer zu vergebenen Staatsbahnbauten. Der letztere hatte aber für seine „Freundlichkeiten“ natürlich auch Vorteile, denn er erhielt von dem Unternehmer 10 Prozent der Gesamtsumme, die die Arbeit betrug, als Schmiergelder. Aber damit noch nicht genug. Der Angeklagte mußte jedes Jahr den Garten des Oberbauarbeiters vorrichten und insland halten, von seinem Gute den nötigen Dünger liefern und Küche und Keller des Oberbauarbeiters unentgeltlich mit Obst und Kartoffeln füllen. Ganz eklatante der Oberbauarbeiter, daß er alles zurückzahlen werde, sobald seine beiden Söhne, von denen der eine Oberleutnant, der andere Student ist, verjagt seien. Diese Mißwirtschaft bestand bis zum Jahre 1905. Dann ging der Oberbauarbeiter in Pension und zog von Döbeln nach Langenbrück. Nun war es auch mit der Herrlichkeit des Angeklagten vorbei. Er erhielt keine Staatsarbeiten mehr und geriet infolge dessen in finanzielle Schwierigkeiten. Darauf verließ er mit Erfolg gegen seinen ehemaligen Freund und Gönner Oberbauarbeiter Geyer Erpressungen. Nach den Aufzeichnungen des Oberbauarbeiters hatte der Angeklagte in der Zeit von 1890 bis 1905 für 250 000 M. Staatsarbeiten geliefert, 28 000 Mark Schmiergelder erhielt der Oberbauarbeiter. Der Angeklagte drohte nun, er wolle veröffentlichen, von wessen Seite die Söhne des Oberbauarbeiters studiert haben und nun einflußreiche Stellen einnehmen. In ungefähr 100 Postkarten und Briefen drohte der Angeklagte, er werde an das Kommando des Regiments, wo der eine Sohn als Oberleutnant diene, sowie an die Amtsgerichtsmannschaft Grimma, wo der zweite Sohn angestellt war, schreiben. Die Erpressungsversuche hatten Erfolg, denn der Oberbauarbeiter zahlte zusammen 15 870 M. Weitere Erpressungen blieben erfolglos, denn im Januar 1910 starb der Oberbauarbeiter. Der Angeklagte entschuldigte sich mit seiner Krankheit, der Staatsanwalt betonte, der Angeklagte hätte kein Rückforderungsrecht gehabt, da das Geld für unethische Zwecke ausgegeben und angenommen war. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 2 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust. Er wurde wegen Fluchtverdachts sofort in Haft genommen.

Aus einem habsbischen Arbeitsamt.

Wegen Vergehen im Amte, Arbeitsbeschaffung und Wehrung hatte sich der im habsbischen Arbeitsamte Augsburg beschäftigte Funktionär Schwager am Freitag vor dem Landgerichte Augsburg zu verantworten. Schwager war drei Jahre bei der Arbeitsvermittlung tätig gewesen. Unter dem Versprechen, arbeitslosen Leuten, die im Arbeitsamt vorkommen, gute Stellen zu beschaffen, schwebelte er den armen Leuten zum Teil massenhaft Geldbeträge ab und benutzte die auf dem habsbischen Arbeitsamte gemachten Kenntnisse, um nebenbei noch eine private Arbeitsvermittlung zu betreiben. So lud er einen armen Dienstknecht 410 M. als „Darlehen“ ab, anderen Beträge von 90, 30, 20 und 10 M.

Das Urteil des Landgerichts gegen ihn lautete auf fünf Monate Gefängnis, wobei es als Strafmildernd angezogen wurde, daß er in einer gewissen Kollage gehandelt habe. Er hatte längere Zeit hindurch ein Tagelohn von — zwei Mark bezogen, erst später erhielt er ein Gehalt von monatlich 110 Mark.

Aus aller Welt.

Die Pest.

Die aus Peking vorliegenden Meldungen über die Pest lauten günstiger als in den letzten Tagen. Der europäische Handelsverkehr auf den nordchinesischen Bahnen wird unter Beobachtung einer siebentägigen Quarantäne wieder aufgenommen. — In Charbin dagegen scheint die Situation immer trostloser zu werden. In den letzten 24 Stunden sind gegen 200 Personen der Seuche erlegen. Die Stadt ist ohne Wasser und die chinesischen Sanitätsarbeiter haben die Arbeit eingestellt. Die Lebensmittelpreise steigen rapide, der Getreideexport hat ganz aufgehört.

Ein nicht anerkannter König.

Im Sommer vorigen Jahres war der Kaufmann Vah in Preuß. Friedland Schützenkönig der dortigen Schützengilde geworden. Er hatte den besten Schuß getan, aber die Gilde wollte ihn trotzdem nicht als ihren König anerkennen, weil er höchst unbeliebt war, und verweigerte ihm schlankwegs die dem Schützenkönig zustehenden Ehrungen, wie zum Beispiel die Dekorierung mit der Schützenkette. Das verdroß den Schützenkönig so gewaltig, daß er die Hilfe des Gerichts in Anspruch nahm und die Schützengilde auf Anerkennung seiner Königswürde verklagte. Die Sache läßt sich ganz einfach zu klären, und der Kläger war seines Sieges gewiß. Darin sollte er indes irren, denn nach mehreren Verhandlungsterminen entschied jetzt das hiesige Landgericht gegen ihn. Es wies ihn mit seiner Klage ab, weil, wenn Vah auch die statutenmäßig zur Erreichung der Königswürde vorgeschriebene Bedingung erfüllt habe, ihm dennoch nicht das Recht zustehe, von der Schützengilde die Anerkennung seiner Königswürde zu verlangen. Schließen sei ein Glücksspiel, es hänge im wesentlichen vom Zufall ab und stehe unter dem Begriff der Wette. Nach § 702 des B. G. B. seien aber aus Wetten Forderungen nicht einlagbar, ebensowenig wie aus Glücksspielen. Hiergegen hält der Kläger Berufung für angezeigt, da er der Ansicht ist, daß, wenn

Schließen ein Glücksspiel wäre, es als solches nicht erlaubt, sondern verboten sein müßte.

Die Unbeliebtheit ist übrigens kein Grund, einen König nicht anzuerkennen. Unseres Wissens hat es schon manchen König gegeben, der sich größter Unbeliebtheit erfreute, dem aber trotzdem stets löbliche Ehren erwiesen wurden.

Marierung von Sträflingen.

Die Pariser Blätter beschäftigen sich eingehend mit einem in der Strafkolonie von Belle Isle ausgebrochenen Skandal. Dort soll nämlich ein Sträfling infolge der ihm zuteil gewordenen schlechten Behandlung umgekommen sein. Die eingeleitete Untersuchung hat die Richtigkeit des erwähnten Vorganges ergeben. Aus der Untersuchung ging ferner hervor, daß auch andere Mitglieder der Strafkolonie häufig Gegenstand schlechter Behandlung seitens der Aufseher sind.

Der Stammbaum einer feudalen Familie.

Zu der vor einigen Tagen von uns unter obiger Stichmarke gegebenen Notiz ersucht uns Herr Polizeikommissar v. Rabenau in Offenbach a. M. um Aufnahme folgender Berichtigung:

1. Es ist unrichtig, daß Frau Herberich der Familie v. Rabenau entstammt, sie entstammt vielmehr der Familie Berna in Frankfurt a. M. 2. Es ist unrichtig, daß ich als Zeuge angegeben habe, in welcher Familie habe es eine ganze Legion Irrenzimmer gegeben, wahr ist vielmehr nur, daß ein Bruder von mir im Irrenhaus ist, sonstige Fälle von Geisteskrankheit sind nicht vorgekommen. 3. Es ist auch unrichtig, daß ein anderer Bruder eine Million verpflückt habe, denn keiner von uns hat je ein solches Vermögen besessen. Es ist auch unrichtig, daß in unserer Familie Selbstmord vorgekommen ist.

Zu dieser Berichtigung ist zu bemerken, daß die verurteilte Frau Herberich mütterlicherseits der Familie v. Rabenau entstammt. Die vorstehend dem Herrn Polizeikommissar in den Mund gelegte Zeugenaussage ist zum Teil von dem ersten Gatten der Frau Herberich, dem Rentier Dillingen, gemacht worden, zu einem anderen Teile den sonstigen Zeugenaussagen entnommen. Uebrigens hat das Gericht bei der Strafabmessung ausdrücklich die Minderwertigkeit der Frau berücksichtigt.

Das Erdbeben auf den Philippinen.

Der Ausbruch des Vulkans auf der zu den Philippinen gehörenden Insel Luzon hat zu einer furchtbaren Katastrophe geführt. Wie bereits gestern gemeldet, war die Eruption mit einem Seebeben verbunden. Eine ungeheure Flutwelle drang weit in das Land ein und brachte allenhalben Vernichtung und Tod. Nach den letzten Meldungen sollen durch die Wasserfluten fünf Dörfer zerstört worden sein, etwa 800 Menschen sind dabei umgekommen. Auch in der Nähe des Vulkans bei Taal sind zahlreiche Personen durch ausgeworfene glühende Asche und Steine getötet worden. Die Ausbrüche des Vulkans dauern in ungeminderter Stärke an. In das von der Katastrophe betroffene Gebiet hat die Regierung Hilfsmannschaften entsandt.

Kleine Notizen.

Ein achtfacher Mörder. Der berüchtigte Räuber Molani, gegen den seit Wochen die gesamte Garnison der italienischen Ortschaft Sassari mobil gemacht worden ist, hat gestern seinen achten Mord verübt, indem er den reichen Hauseigentümer Scarpi tötete und andraubte. Die Bevölkerung ist in Angst und Schrecken versetzt. Eine Belohnung von 25 000 Lire ist auf den Kopf des Mörders gesetzt worden.

Dyker der Kälte. Nach einer Meldung der schwedischen Zeitung „Aftenposten“ aus Bardö sind von sieben arbeitsuchenden Russen zwischen Fallesford und Petichenga zwei Mann erfroren. Einer gelangte unter großen Mühsalen nach Petichenga. Die übrigen lehrten völlig erschöpft nach Fallesford zurück.

Geschäftliche Ansprache. Die Chefs der in der Königsgasse in Budapest etablierten Buchdruckerei Krull u. Feuermann gerieten in ihrem Kontor in Streit. In dessen Verlauf verletzten Feuermann durch einen Revolverbeschuss seinen Kompagnon lebensgefährlich. Feuermann wurde verhaftet.

Ein dreifach dommerndes Hoch
unserem lieben Freunde
Konrad Platen
auf seinem heutigen Wiedergeburtstag.
Seine Freunde G. H. S.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis.
Stralauer Viertel.
Beginn 927, Teil II.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Zeichner
Eugen Reipsch
Reichenstr. 6,
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 1. Februar,
nachmittags 4 Uhr, von der
Leichenhalle des Zentral-Friedhofes
in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
215/17 Der Vorstand.

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse
d. deutschen Drechsler u. Berufsgenossen.
V. S. 86. Verwaltungsst. Berlin S.
Königsstr. 23. v. M. verstarb unser Mitglied
Ludwig Degner.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 2. Februar, nachmittags
2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle
des Nordfurter Kirchhofes,
Kariendorfer Weg, aus statt.
387/7 Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Bohrer
Ludwig Degner
am 28. Januar an Herzleiden
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 2. Februar, nachmittags
2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle
des neuen städtischen Friedhofes
in Rixdorf, Kariendorfer Weg,
aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
111/7 Die Ortsverwaltung.

Verband der Gemeinde- und
Staatsarbeiter.
Filiale Groß-Berlin.
Durch den Tod ist uns einer
anteriorer Kämpfer, der pensionierte
Kollege
Adalbert Wyrwar
von der Parkverwaltung entzogen
worden.
Wir werden ihm ein ehrendes
Andenken bewahren.
Die Beerdigung fand am Dienstag,
nachmittags 1/3 Uhr, von der
Leichenhalle des St. Sebastian-
Kirchhofes in Reinickendorf-West
aus statt.
35/7 Die Ortsverwaltung.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme beim Hinscheiden unseres
Sohnes **Willy**, legen wir hiermit
allen Freunden und Bekannten, dem
Tumultisten „Nichte“ und der vier-
zehnten Wimmerabteilung unseren
herzlichsten Dank.
Familie Krüger,
Pädlerstr. 46.

Am Montag, den 30. Januar 1911, verstarb unser Genosse
Stadtverordneter
Emil Voigt
Naunynstr. 67
im Alter von 51 Jahren.
Wir verlieren in ihm einen eifrigen und pflichttreuen
Genossen.
Durch sein langjähriges Wirken in der Arbeiter-
bewegung wird er sich ein dauerndes Andenken in den
Herzen der Genossen bewahren.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand des IV. Berliner Reichstagswahlkreises.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 2. Februar,
nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-
Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 215/16

Verband der freien Gast- und
Schankwirte Deutschlands.
Zabltelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege
Emil Voigt
(Naunynstraße 67, Bezirk 4)
am 30. Januar nach langem,
schwerem Leiden verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 2. Februar,
nachmittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
74/6 Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Tischler
Oskar Langer
am 29. Januar gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 2. Februar, nachmittags
3 Uhr, von der Leichenhalle
des Zentral-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
78/9 Die Ortsverwaltung.

Hiermit die traurige Nachricht,
daß meine liebe Frau, unsere
gute Mutter, Tochter, Schwester
und Schwägerin
Anna Stange
geb. Koch
nach kurzem Leiden sanft entschlafen
ist. Der trauernde Gatte
Julius Stange nebst Kindern,
Gandstr. 6.
Die Beerdigung findet Donnerstag,
den 2. Februar, nachmittags
4 Uhr von der Leichenhalle der
Freireligiösen Gemeinde, Doppel-
Allee 15/17, aus statt. 28662

Am Sonnabend, den 22. Janu-
ar, verstarb unsere langjährige
Mitarbeiterin, die Zeitungsaus-
trägerin
Marie Schicke.
Ehre ihrem Andenken!
Ausgabestelle des „Vorwärts“
Lychener Straße 123.
Für die rege Teilnahme und reiche
Kranzspende bei der Beerdigung
meines lieben Mannes, unseres guten
Vaters legen wir allen Beteiligten
unseren herzlichsten Dank.
2927b
Anna Wyder
nebst Kindern.

Dankfagung.
Für die überaus rege Teilnahme
an der Hülle aber doch erbebenden
Begräbnisfeier meines lieben Bruders
Gustav Schulze
Ablerhof, sowie für die vielen Kranz-
spenden von Vereinen und Arbeits-
kollegen, dem Gelangverein Frohsinn
für den schönen Gesang sage ich mein
Angehörigen meinen innigsten Dank.
28702 **Reinhold Schulze.**

Dankfagung.
Für die herzliche Teilnahme beim
Begräbnis meines lieben Mannes
Robert Scholz
sage ich allen Verwandten, Freunden
und Bekannten, insbesondere den
Kollegen und Kolleginnen der Deut-
schen Telephonwerke, dem Wahlverein
des dritten und vierten Kreises, dem
Verband der Maler, Lackierer und
Anstreicher und für den erbebenden
Quartellgesang meinen herzlichsten
Dank. 28692
Selma Scholz nebst Kind.

Haben Sie Stoff?
ich fertige davon Anzüge od. Paletot
nach Maß, schnell, sauber. Zusteln
von 25 Mark an. Moritz Laband,
Neue Fremdenstr. 11. (Stadth. Bldg.)

Die Restbestände
der letzten Herbst- und Winter-Saison, bestehend in
apartester Ausführung, aus echt
engl. Seal und deutschem Velours du
Nord, in Längen bis zu 150 cm mit
u. ohne Pelzbesatz, reich garniert u. glatt jetzt z. T. b. 48, 60, 115 M.

Plüschmänteln
Pelz - Konfektion feinsten Art, darunter
Pelzgarnituren,
Pelzjackette,
Kolliers und Muffen
s. T. in Hermelin, Fesi-
aner, Marder, Skunks,
Feh, Opussum, Orenburger
Noramarmel etc.

Kostümen
Gesellschaftskleidern
Abendmänteln
Engl. Paletots
Frauenmänteln
Röcken, Blusen
jetzt 6 1/2 9,- 12,- 16,-
22,- 39,- 58,- 91,-
130,- bis 1000,-
früher 20,- 32,- 60,- 110,-
200,- 320,- bis 2500,-
gehe ich der vorgerückten
Jahreszeit wegen z. T. mit
Preismässigung bis zu
einem Viertel nach neben-
stehenden Notierungen s.
T. sogar für jeden an-
nehmbaren Preis ab!
Täglicher Eingang neuer
Frühjahrsmodelle!

WESTMANN
Mohrenstrasse 37a (nahe Jerusalemstr.) Part. u.
Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Androasstr.) 1. Etage

Malchower Kautabake
Nur echt, wenn mit Zettelleinlage
Johann Dannehl, Malchow.
Generalvertrieb durch **Carl Röcker,**
VII 3861, Berlin O 27, Grüner Weg 112.

Dankfagung.
Für die große Liebe und Achtung
am Grabe meines lieben Mannes,
unseres guten Vaters
Karl Matthae
sagen wir hierdurch allen Verwandten,
Freunden und Kollegen sowie dem
Gelangverein „Typographia“ unseren
innigsten Dank. 29205
Frau A. Matthae nebst Kindern.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und reichen Kranzspenden
bei der Beerdigung meines lieben
Mannes, unseres Vaters, des Bärten-
bändlers 28682
Ernst Seiffert
sagen wir allen Teilnehmern unseren
innigsten Dank.
Frau Ww. Seiffert
nebst Kindern,
Remeler Straße 34.

**Orts - Krankenkasse
der Schmiede.**
Mittwoch, d. 8. Februar 1911,
findet im Lokal von Fröhlich, Mus-
fater Straße 1: **Wahl der
Delegierten für 1911** statt.
1. Abends 6 Uhr: Wahl von
18 Delegierten seitens der Arbeit-
nehmer.
2. Abends 8 Uhr: Wahl von
9 Delegierten seitens der Arbeit-
geber.
Wahlberechtigt und wählbar sind
nur die großjährigen Mitglieder.
Der Vorstand. 271/1
Ed. P. I. G. r. i. m., Vorsitzender.

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohren-
straße 37a (2. Haus von der
Jerusalemstr. ab).
II. Gesch.: Berlin NO., Große
Frankfurt-Str. 115 (2. Haus
von der Androasstr. ab).
Schrgr. Ausw. fort. Kleider,
Hüte, Handschuhe, Schleier
etc. v. einfachsten bis zum
hochfeinsten Genre u. äußerst
niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung:
Maßanfertigung in
10 bis 12 Stunden.

**Neuheiten
und
Erfindungen**
für die Vereinigten Staaten ver-
langt. Finanzierung, Patentkosten
bezahlt, wenn Anteil am Patente
oder Gewinn gegeben wird. Schreibe
äußerste Bedingungen. Modelle er-
wünscht, wenn Zeichnung nicht ge-
nügt. Nur wirkliche Neuheiten.
Offerten an 29068*
Karl Rabe,
229 Broadway,
New York U. S. A.

Trauer - Kleidung.

Schwarze Hosen	18,-	15,-	6 M.	
Schwarze Paletots	12,-	10,-	6 M.	
Schwarze Pelerinen	50,-	40,-	18 M.	
Gehrock-Anzüge	36,-	25,-	18 M.	
Zylinder - Hüte	Melierte Laden	18,-	12,-	8 M.
Schwarze Hüte	70,-	60,-	33 M.	
	50,-	40,-	33 M.	
	16,50	12,-	M.	
	9,-	7,50	"	
	steif u. weich	2, 50		
	6,-	4,50	2, M.	

Schwarze Krawatten ♦ Schwarze Handschuhe

Baer Sohn
Kleider-Werke
Chansseestraße 29/30 Δ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurterstr. 20 Δ Schöneberg, Hauptstr. 10.

Das Wiederaufnahmeverfahren des Essener Meineidsprozesses.

Telegraphischer Bericht.

Essen, 31. Januar.

Zweiter Tag.

Zur heutigen Verhandlung sind als Zeugen die Richter und Anklagevertreter aus der Strafkammerverhandlung gegen Marzgraf, die seinerzeit zur Einleitung des Meineidsverfahrens gegen die jetzigen Angeklagten führte, und weiter eine Reihe von Zeugen über die Vorgänge in der Bergarbeiterversammlung in Vaulau geladen.

Bert. Rechtsanwalt Dr. Niemeier: In der „Dortmunder Zeitung“ ist ein noch viel krasserer Irrtum vorgekommen. Es heißt da: „Ob schon der Schuldbeweis in der ersten Verhandlung völlig geführt worden ist.“ Ich möchte das hier auch feststellen.

Gesheimrat Mäßer

vernommen, der die Strafkammerverhandlung gegen Marzgraf angeleitet hat. Der Zeuge bekundet: Mir ist das Bild dieser Verhandlung noch ganz klar vor Augen. Ich entsinne mich, daß Redakteur Marzgraf den Gendarm Münter beschuldigt hatte, weil er behauptet hatte, der Gendarm habe einen Versammlungsbefucher widerrechtlich zu Boden geworfen.

Kleines feuilleton.

Warum der Februar nur 28 Tage hat. Bei einer künftigen Kalenderreform, die sich an die von vielen Seiten beabsichtigte Festlegung des Ost- und Pfingstfestes knüpfen soll, bildet der Februar mit seinen 28 bzw. 29 Tagen einen argen Stein des Anstoßes.

Der erste Weltkongress wird in der letzten Juliwöche dieses Jahres in der Londoner Universität zusammenzutreten. Der Zweck dieses Kongresses besteht nach der Formulierung seiner Veronialter darin: die allgemeinen Beziehungen zu untersuchen, die zwischen den Völkern des Ostens und denen des Westens, zwischen den sogenannten weißen und den sogenannten farbigen Völkern bestehen, mit der Absicht, ein besseres Verständnis, die freundschaftlichsten Gefühle und ein herzlicheres Zusammenwirken unter ihnen zu fördern.

faßt, und Einzelheiten sind mir daher nicht mehr in Erinnerung. — Bert.: In der früheren Verhandlung ist erörtert worden, daß das Verdict in der ersten Verhandlung den Antrag des Staatsanwalts auf Verhaftung der Zeugen abgelehnt hatte. — Zeuge: Der Tatbestand erschien dem Gerichtshof noch nicht genügend aufgeklärt. Die Verhandlung wurde vertagt und neue Zeugen geladen.

— Zeuge: Das haben Sie vor dem Schwurgericht wenigstens angegeben. — Erster Staatsanwalt Eger: Waren Sie auf Grund der Verhandlungen gegen Marzgraf der Ueberzeugung, daß Münter die Wahrheit gesagt hatte? — Zeuge: Ich hielt die Aussage für wahr. — Bert.: In der Verhandlung gegen Marzgraf war ja nicht annähernd der Zeugenapparat aufgedeckt worden als vor dem Schwurgericht.

Zeuge Erster Staatsanwalt Mantel,

jetzt in München-Grabbach, war Ankläger im Prozeß Marzgraf und in der Schwurgerichtsverhandlung gegen Schröder und Genossen. Die Entlastungszeugen sagten das gerade Gegenteil aus von der Darstellung Münters und des Kommissars Brodmeyer. Auf Verhalt der Vorsitzenden gab Münter die Möglichkeit zu, Schröder mit dem Bauch oder der Brust berührt zu haben.

Darüber hat überhaupt kein Zeuge bestimmte Angaben machen können. — Bert. Rechtsanw. Dr. Niemeier: Ist es richtig, daß in der ersten Schwurgerichtsverhandlung Sie und vor allem der Erste Staatsanwalt Dr. Peterfen in den Plaidoyers die

politische Richtung der Angeklagten betonten

und daß Sie insbesondere auf die Strafschuld hingewiesen, aus denen man die Sozialdemokratie kenne, kurz, daß Sie immer hervorhoben: auf der einen Seite stehen die Mitglieder des christlichen Verbandes, die streng religiös seien, auf der anderen Seite die Mitglieder des alten Verbandes, die mehr oder weniger sozialdemokratisch seien und denen Religion Freisache sei. — Zeuge: Dr. Peterfen hat so etwas gesagt. — Staatsanwaltschaftsrat Paffe: Waren sämtliche Belastungszeugen Mitglieder des christlichen Verbandes? — Zeuge: Der größte Teil sicher. — Staatsanwaltschaftsrat Paffe: Nicht auch Mitglieder des Hirsch-Dunderschen Gewerkschafts? — Zeuge: Das weiß ich nicht mehr. — Zeuge Gesheimrat Mäßer: Ich glaube, einer dieser Zeugen gehörte in der Tat der Hirsch-Dunderschen Richtung an.

Zeuge Amtsgerichtsrat Tesmar wirkte als Beisitzer im zweiten Marzgrafprozeß mit. Schröder sollte vormachen, wie Münter ihn eigentlich gepackt habe. Darauf wurde er

ganz perplex und verlegen

und wußte gar nicht, wie er das anfangen sollte. — Zeuge Reichstagsabgeordneter Hue: Ich entsinne mich dieses Vorganges genau. Schröder zeigte genau, wo und wie Münter ihn gepackt hatte. — Erster Staatsanwalt Eger: Münter war doch außerordentlich groß. Wenn er Schröder, der gefallen war und fast am Boden lag, im Nacken packte, mußte der lange Mensch sich da nicht bücken? — Bert. Rechtsanw. Dr. Niemeier: Nein, vor dem Schwurgericht wurde festgestellt, daß Münter sich nicht zu bücken brauchte. — Zeuge Tesmar: Ich weiß das nicht mehr. — Bert.: Wir werden das Experiment selbst anstellen, wir haben dafür einen langen Gerichtsdiener (Weiterkeit). — Der Gerichtsdiener wird herbeigeholt, der Angeklagte Schröder tritt aus der Anklagebank heraus und bückt sich tief zur Erde, während der Gerichtsdiener ihn im Nacken packt.

zusatz, Armbewegungen gemacht zu haben.

aber er bestritt, Schröder zu Boden gestossen zu haben. — Bert.: Von Münter ist nur ein Protokoll seiner Aussage in der Voruntersuchung vorhanden, im Marzgrafprozeß ist eine Protokollierung jener Aussage leider nicht erfolgt. — Zeuge: Das weiß ich nicht mehr. Soviel ich mich erinnere, hat Schröder immer in der gleichen Weise gesagt, daß er zu Boden gestossen worden sei. — Bert.: Haben Sie noch in Erinnerung, ob Münter in seiner Aussage schwankend gewesen ist. — Zeuge: Nein, ich erinnere mich nicht. — Erster Staatsanwaltschaftsrat Eger: Dann beantrage ich, das Urteil im Prozeß gegen Marzgraf zu verlesen. — Bert. Rechtsanw. Dr. Niemeier: Ich mühte dann beantragen, auch das Urteil der Essener Strafkammer gegen Ostrichter zu verlesen. — Erster Staatsanwalt Eger: Die Staatsanwaltschaft ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß im Interesse der Sache sowohl der Angeklagten wie der Verteidigung die Verlesung sämtlicher Urteile liege. — Staatsanwaltschaftsrat Paffe: Welchen Eindruck machte Münter in der Verhandlung gegen Marzgraf auf Sie? — Zeuge Landgerichtsrat Sinteln: Damals machte er auf mich einen durchaus glaubhaften Eindruck um so mehr, als seine Aussage von verschiedenen Leuten bestätigt wurde. Allerdings standen auch auf Seiten Schröders viele Zeugen. — Bert.: Also in objektiver Beziehung erschien Ihnen die Müntersche Aussage richtig. Aber welchen Eindruck hatten Sie von der Münterschen Persönlichkeit? — Zeuge: Er machte den Eindruck eines besonders forschen Gendarmen, aber es lag kein Anlaß vor, an der Richtigkeit seiner Aussage zu zweifeln. — Bert. Rechtsanw. Dr. Niemeier: Erinnern Sie sich, daß die Verteidigung schon damals die subjektive Glaubwürdigkeit Münters bezweifelte? — Zeuge: Das muß man wohl aus den ganzen Umständen schließen. — Staatsanwaltschaftsrat Paffe: Trotz der Anweisung der Glaubwürdigkeit seitens der Verteidigung hatten Sie aber Münter für glaubwürdig gehalten? — Zeuge: Ja. — Bert. Rechtsanw. Dr. Niemeier: Herr Erster Staatsanwalt Mantel, ist es richtig, daß in der vorigen Verhandlung ein Geschworener die Frage stellte, ob sich unter den Verteidigern, unter

Humor und Satire.

Erlös der Erlösung.

Dies ist Befehl, wenn Heil'ge sterben: kaum ist die Seele retiriert, so wird von den bergnügigen Erben mit den Reliquien hauffert.

Da zeigt sich, wie von der Vertreibung auch manches Menschenwürmlein zehrt; besonders Heil'ge der Erlösung sind heute wieder stark begehrt.

Sind Wagner längst mit dem Erlöse des Welterlösers Parsifal erlöst, so zeigt sich, wie ich lese, bei Tolstois ein verwandter Fall.

Verkloppt wird selbst die heil'ge Stätte, genannt Jasnjaja Poljana, verkloppt am Ende Tisch und Bett und jedenfalls die opera.

Ach, einer Klassik' Vorbild kenn' ich: datiert von Christi Sterbetag und destilliert den Peterspennig als Welterlösungsreinertrag.

Frang.

Notizen.

Eine Dissertation über die Pfarrerrolle. Der an die Arafouer Universität berufene Herkule Agitator Professor Zimmer, argen den sich eine Protestaktion der Studenten richtete, hat ein Buch herausgegeben, das er zuerst „Meine Aite“ nennen wollte, aber auf das Gebot seiner Pfarrschwestern in „Meine Dame, Ein Beitrag zur Psychologie der Pfarrerrolle“ umtaufen mußte. Das Buch behandelt die Thematik, unter der die Kompriester leiden müssen — nicht etwa die der Hierarchie, sondern die der Aite! Es ist auf psychologischen Inhalt. Als Genosse D a s z h n s t i in seiner Entschlebung im Parlament heraus zu zitiern begann, wie die Ernährungsweise der Hochwürdigen auf die... Volksvermehrung wirkte, da erhob sich gewaltige Heiterkeit über diese neueste Art von Modernismus, die aber nicht verboten ist. Am hat aber Herr Zimmermann das so erfolgreiche Buch aus dem Handel zurückgezogen... Und es stand doch gar nicht auf dem Index.

Interesse scheint es dem Kongress nicht zu fehlen. Nach dem vorläufigen Bestand werden einige fünfzig Länder vertreten sein, und als Förderer des Kongresses haben sich insbesondere bekannt 25 Präsidenten von Parlamenten, die Mehrzahl der Mitglieder des Haager Schiedsgerichtshofs, 12 britische Gouverneure, 8 britische Premierminister, über 100 Professoren des internationalen Rechts und fast alle führenden Anthropologen und Soziologen. Generalsekretär des Kongresses ist G. Spilker, 63 South Hill Park, London Nordwest.

Eine mikroskopische Bibliothek wird, wie die englische Zeitschrift „Nature“ mitteilt, vom Internationalen Bibliographischen Institut in Brüssel hergestellt. Es handelt sich darum, auf photographischem Wege stark verkleinerte Abbilder von einzelnen Artikeln, ganzen Büchern, überhaupt von allen schriftlichen Dokumenten zu erlangen, deren eventueller Verlust besonders schmerzhaft wäre. Es sollen demnach Bücher, Zeitschriften, Manuskripte Seite für Seite auf kleine Platten von ungefähr 4—5 Zentimeter Quadratausdehnung abphotographiert werden, so daß die Verkleinerung 50—200 Mal betragen wird. Um solche Platten dann lesen zu können, wird man sie etwa in derselben Weise durch Projektion vergrößern, wie wir es jetzt mit den kinematographischen Aufnahmen tun. Die minimale Größe, in der eine solche Bibliothek hergestellt werden kann, bietet natürlich auch die beste Gewähr für eine Art der Aufbewahrung, die allen Anforderungen der Sicherheit Genüge leisten kann. Zuerst werden dieser mikro-photographischen Reproduktion Zeitschriftenartikel und kunstschriftliche Dokumente unterworfen werden.

Der Fernsprecher im fahrenden Zuge. Auf einigen englischen Eisenbahnen ist verfußweise eine vom Ingenieur G. v. Kramer in Birmingham erfindene Vorrichtung eingestellt, die eine Telephonverbindung zwischen dem fahrenden Zuge und den Stationen ermöglicht. Die Stromleitung geschieht mittels zweier Drähte — je eines für jede Fahrtrichtung —, die zwischen den Eisenbahnschienen befestigt liegen. Der diese Drähte durlaufende Strom erzeugt einen induzierten Strom im anderen Draht, der den Eisenbahnhöfen, wo Fernsprechanlagen eingestellt sind, in mehreren Windungen senkrecht umspannt. Als Rückleitung wird die Telegraphenleitung benutzt. Die Versuche sind bis jetzt recht gut ausgefallen. Bei einer Fahrgeschwindigkeit von 100 Kilometern in der Stunde funktionierte die Verbindung tadellos und wurde gar nicht durch das Geräusch des fahrenden Zuges gestört. Die Kosten der neuen Vorrichtung sind verhältnismäßig gering: sie betragen nur 125 M. pro Kilometer. Da die Verbindung sowohl vom Zuge aus als auch von der Station hergestellt werden kann, so haben wir es hier zweifellos mit einer sehr wichtigen Erfindung zu tun.

Senen auch der jetzige Zentrumsabgeordnete Dr. Sell war, Sozialdemokraten befinden? — Zeuge Mantel: Dessen erinnere ich mich nicht; ich müßte es dann doch aber in Erinnerung haben. — Staatsanwaltschafts-Rat Pfaffe: Worauf, meinen Sie, könnte es zurückzuführen sein, daß die damaligen Entlastungszeugen, die jetzigen Angeklagten, ihre Aussagen einschränkten? — Zeuge Mantel: Auf Verwirrung keineswegs. Sie haben die Aussagen wohl eingeschränkt, weil sie sie auf die Vorhalte hin einschränken mußten. — Vert. Rechtsanw. Dr. Niemeyer: Diese Frage muß ich beantworten. Es ist das ein reines Urteil eines am Ausgang des Prozesses interessierten Zeugen. — Vert.: Es kann ja diese Frage in eine rein tatsächliche Frage umgewandelt werden. — Staatsanwaltschafts-Rat Pfaffe: Haben Sie in dem Prozeß Marzgraf durch Gesetze oder Bemerkungen in die Verhandlung eingegriffen? — Zeuge Mantel: Ich habe natürlich in die Verhandlung eingegriffen, denn was die Angeklagten auszusagen, war nach meiner Ueberzeugung, wie nach der des Herrn Vorsitzenden unwahr. Sie mußten darauf aufmerksam gemacht werden und haben daraufhin dann auch die Einschränkungen gemacht. — Vert. Rechtsanw. Dr. Niemeyer: Ist Ihnen noch erinnerlich, daß Zeuge Mäntel noch während der Schwurgerichtsverhandlung eine schriftliche Eingabe an die Staatsanwaltschaft machte, daß ich, der als Zeuge vernommen worden war, immer aus- und eingehe und drauhen den sozialdemokratischen Zeugen Mitteilung mache? — Zeuge Mantel: Ob Mäntel eine schriftliche Eingabe machte, weiß ich nicht; jedenfalls aber wurde der Staatsanwaltschaft von Mäntel die Mitteilung gemacht, daß Herr Niemeyer drauhen mit den sozialdemokratischen Zeugen verkehre. Es ergab sich dann die Unbedeutendheit dieses Vorganges. — Staatsanwalt: Erinnern Sie sich, daß der Erste Staatsanwalt Peterson damals in öffentlicher Verhandlung erklärte, daß er bedauere, daß dieser Zwischenfall eingetreten war? — Zeuge: Ich glaube wohl. — Vert.: Ueber das Auftreten von Mäntel bekommen wir ja hier noch genug zu hören. — Erster Staatsanwalt Eger widerpricht der Entlassung der Zeugen Mantel und Mäntel. — Nach einer kurzen Pause kommt der Vorsitzende nochmals auf die Bemerkung des Verteidigers zurück, der Zeuge Mantel sei interessiert an dem Ausgang des Prozesses. Es könne davon wohl nicht die Rede sein, höchstens könnte gesagt werden, daß der Zeuge an dem früheren Verfahren beteiligt war. — Vert. Rechtsanw. Dr. Niemeyer: Der Zeuge hat zuerst die Verhaftung der Angeklagten verurteilt; er hat die Anklage im Prozeß Marzgraf erhoben und vertreten und hat auch in der Schwurgerichtsverhandlung die Anklage vertreten. Er ist insofern an der Herbeiführung des Schicksals der Angeklagten beteiligt. Ich habe mich nur dagegen gewehrt, daß

ein beratig interessierter Zeuge ein förmliches Gutachten abgibt.

Zeuge Mantel (vortretend): Von einem Interesse meinerseits kann absolut keine Rede sein. Ich habe die Sache Marzgraf im Interesse des Staates vertreten; ich habe als Staatsanwalt nur die Hoheitsrechte des Staates wahrgenommen. Der Staat gibt Gesetze und muß darauf achten, daß diese Gesetze beachtet werden. Ich habe daher als Staatsanwalt dafür zu sorgen, daß Uebertretungen gesetzlich geahndet werden. Ein persönliches Interesse meinerseits liegt also keineswegs vor. — Vert. Rechtsanw. Dr. Niemeyer: Das ist ein Plädoyer gewesen.

Es wird dann zur Vernehmung einer Reihe Zeugen über die Persönlichkeit Mäntels übergegangen. Eine Anzahl Zeugen bekundeten über ein Erlebnis mit Mäntel am 1. März 1894. Die Zeugen, die untereinander bekannt waren, hatten einen mehr oder weniger Streit, bei dem es nicht übermäßig laut zugeht. Mäntel sei herangekommen, habe

ohne Veranlassung Blank gezogen

und auf einen Zeugen eingeschlagen. — Zeuge Hofenbetteer bekundete, daß Mäntel nachts an eine Gruppe herangekommen sei und einen Mann gepöbelte habe. Mäntel sagte, er hätte Revolvergeschosse gehabt und müsse nachsehen, ob einer der Leute einen Revolver habe. Als Zeuge hinzutrat, wurde er auch von Mäntel angefaßt; er wisse aber nicht mehr, ob er selbst revolvierend worden sei. — Vert.: Hat Mäntel einen der Leute geschlagen? — Zeuge: Ich glaube nicht. — Vert.: Früher sagten Sie, der Mann, der revolvierend werden sollte, soll gesagt haben: So ein Lumpenhaas revolvierst mich! Darauf habe Mäntel geschlagen. — Zeuge: Heute weiß ich das nicht mehr. — Zeuge Regierungssekretär Petri-Mäntel war zweiter Brigadeführer bei der bairischen Gendarmenbrigade. Mäntel war erster Brigadeführer und Rechnungsführer und vertrat auch die von den Gendarmen hinterlegten Disziplinauflagen. — Vert.: Dabei sollen Unregelmäßigkeiten vorgekommen sein; Mäntel soll Gelder für sich verwendet haben.

— Zeuge: Ja, wegen des Lebenswandels Mäntels nahm ich Veranlassung, beim Oberst Meldung zu erstatten. Ich fiel zunächst aber glatt ab. Erst später konnte ich von wirklichen Unregelmäßigkeiten Mitteilung machen und den Oberst fassen, ob ein solcher Mensch noch wert sei, die Treuen zu tragen. Auch sein außerordentliches Verhalten war mir bereits aufgefallen. Er war

ein abnorm aufgeweckter Mensch,

der brombarisierte und bei Anwesenheit immer gleich den Mittelpunkt bildete und das große Wort führte. Sehr oft sah man ihm an, daß er nach durchsichtiger Nacht in den Dienst kam. — Vert.: Er führte also ein unsoziales Leben? — Zeuge: Ein für einen Gendarmen direkt anstößiges Leben. Als er erfuhr, daß ich beim Oberst Anzeige erstattet hatte, erklärte Mäntel, er wolle mich erschießen. Inwiefern er das ernst meinte, weiß ich nicht, jedenfalls habe ich den Oberst gebeten, mich gegen alle Eventualitäten zu schützen. Ich habe mich im Bureau so gesetzt, daß ich ihn nicht mehr im Rücken, sondern neben mir hatte. — Vert.: Wieviel Sektionen mag er für sich verwendet haben? — Zeuge:

Zwei zu je 300 M.

— Staatsanwaltschafts-Rat Pfaffe: Als die Revision kam, hat Mäntel doch das Geld erhebt? — Zeuge: Soweit ich weiß, hat er sich das Geld erst von einem Bekannten geborgt. — Zeuge Landessekretariatsassistent Wolf-Merfeld war früher Gendarm in Mäntel. — Vert.: Was war Mäntel für ein Mann? — Zeuge: Er

verkehrte in den Anleihen viel mit Frauensimmern

und hat sich auch insofern etwas zuschulden kommen lassen, als er Kautionen für sich verwandte. Als die Revision feststand, meldete er sich krank. Es vergingen 14 Tage, bis er das fehlende Geld an die Kasse abgeführt hatte. — Zeuge Petri: Wie ich jetzt aus dem Rechnungsbuch sehe, hat Mäntel in drei Fällen den Verlust der Sinnen beden müssen. — Erster Staatsanw. Eger: Wir können Mäntel ja darüber nicht mehr hören, ob er irgendwelche Einschuldigungsgründe hatte, vielleicht Dummheit. — Zeuge Petri: Nein, Herr Erster Staatsanwalt, Dummheit kommt wohl nicht in Frage. Dazu ist die Zeit von Oktober bis April zu lang. — Erster Staatsanw. Eger: Ich gebe Ihnen ja zu, daß es sehr verdächtig ist. — Von dem Zeugen Oberwachmeister Wittich hat sich Mäntel eines Tages 600 M. geborgt. Es war das zweitemal, daß wir uns überhaupt sehen. Als Grund gab er an, daß er seine Möbel bezahlen müsse. Er hat mir das Geld in Raten zurückgezahlt. — Zeuge Gastwirt Tamann-Bodum, früher Oberwachmeister, hatte Mäntel in Gern in seinem Versteck. Mäntel war von Wittich überwiesen worden, weil er sich dort allerlei hatte zuschulden kommen lassen. — Vert.: Wie war seine dienstliche Führung? — Zeuge: Im allgemeinen wollte man nichts von ihm wissen; er benahm sich

wie ein Löwe unter einer Herde Schafe.

Man glaubte ihm nichts. Er konnte gemacht haben, was er wollte, nach seinen Verdicten hatte er immer recht. Es kamen auch Anzeigen über dienstliche Ueberschreitungen, aber er wußte alles so zu drehen, daß die Sache für ihn günstig war. Da sich die Anzeigen wiederholten, kam ich schließlich zu der Ansicht, daß doch die Anzeigen recht hatten. — Vert.: Liegt das alles vor der ersten Schwurgerichtsverhandlung? — Zeuge: Ja. — Vert.: Kam es auch

vor, daß er Leute gleich mit dem Säbel schlug, die nicht weggingen? — Zeuge:

Fast täglich.

Staatsanw.-Rat Pfaffe: Wie kommen Sie auf die Wendung: „Mäntel habe sich benommen wie ein Löwe unter einer Schafherde“? — Zeuge: Er hegte die Kameraden auf und schloß sich hochgehoben. Nennommierte mit seinen früheren Stellungen mit seiner Garde-du-Corp-Vergangenheit. — Staatsanw.-Rat Pfaffe: Namen nicht auch über andere Gendarmen Anzeigen wegen dienstlicher Ueberschreitungen? — Zeuge: Ja wohl, noch über zwei.

Sie bildeten mit Mäntel zusammen eine Art Komplot.

— Staatsanw.-Rat Pfaffe: Waren die Anzeigen gegründet? — Zeuge: Ja, in vielen Fällen. Der eine Gendarm trat auch bald zum Zivildienst über, der andere starb später im Irrenhause. Hierauf trat die Mittagspause ein.

In der Nachmittagsung wird die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Magistratsassistent Georg Wolf-Berlin hat die vom Berliner Magistrat gegen Mäntel eingeleitete Disziplinaruntersuchung geführt. Mäntel war zuerst als Diätar in den städtischen Dienst getreten und wurde später Assistent mit 250 M. monatlichem Gehalt. Das Sekretärsegeamt hat er nicht bestanden. Kurze Zeit hatte er noch einen Nebenverdienst, der ihm wieder entzogen wurde, da er darüber seine eigenen Arbeiten vernachlässigte. Mäntel kam beim Oberbürgermeister einmal unter Führung ein, weil er infolge Krankheit hilfsbedürftig sei. Er hatte ein Gallensteinleiden. — Vert.: Er hat wohl sehr häufig geklagt unter dem Vorzeichen, daß ihm sein Leiden große Beschwerden bereite? — Zeuge: Er klagte sehr häufig. — Vert.: Er ist wohl auch an einer Gallensteinoperation gestorben? — Zeuge: Ja. Er litt auch an Gelenkrheumatismus und sagte, das rühre davon her, daß er einmal von Vergleuten in einen eisbedeckten Tümpel geworfen worden sei. — Vert.: Sie haben den Arzt Dr. Bergner auch gutachtlich über Mäntels Gesundheits- und Geisteszustand befragt? — Zeuge: Er war ein überaus aufgeregter Mann; seine Mutter war in einer Irrenanstalt und ist dort gestorben. Als die Disziplinaruntersuchung eine für ihn unangenehme Vorhaltung machen mußte, ist er ganz plötzlich in eine außerordentliche Wut gekommen. Er hat auch vielfach Beschwerden über mich an den Oberpräsidenten und Minister gerichtet, die mich zweifeln ließen, ob er geistig ganz normal sei. — Vert.: Ist ein Bruder von ihm, der Volksschullehrer war, nicht auch in eine Irrenanstalt gekommen? — Zeuge: Ja, er ist in der Irrenanstalt gestorben. Der Arzt sagte mir, er könne kein abschließendes Urteil abgeben, weder ob Mäntel normal oder anormal sei. — Vert.: Wie kam nun das Disziplinarverfahren gegen Mäntel zustande? — Zeuge: Es waren mehrere Denunziationen über Mäntel eingelaufen, daß er für andere Leute gegen Entgelt eine Art Rechtskonsulententum betriebe. Ein Magistratsbeamter namens Hingel beschwerte sich, daß Kollege Mäntel in einem Rechtsstreit gegen ihn als Vertreter der Gegenpartei auftrat. Dann führte der Landrat von Niederbarnim Beschwerde, daß der Magistratsbeamte Mäntel in Rechtsgeschäften für Dritte ohne Erlaubnis des Magistrats heim bezirks- und Kreisaußschusse aufträte und die Behörden mit Eingaben belästige. — Vert.: Es stellte sich wohl auch heraus, daß er an Tagen, in denen er wegen Krankheit vom Dienst weggegangen war,

Termine wahrgenommen

hatte. — Zeuge: Allerdings hat der Arzt sich dahin geäußert, daß sein Leiden ihn gehindert haben könne, regelmäßigen Dienst zu tun, daß er aber ganz gut einen Termin wahrnehmen könnte. Das Disziplinarverfahren wurde eingeleitet, weil den Beamten verboten war, ohne Erlaubnis gewerbsmäßig Nebengeschäfte zu betreiben. — Vert.: Der Landrat beschwerte sich, daß Mäntel als Beamter den Behörden gegenüber in seinen Beschwerden ein unwürdiges Verhalten gezeigt habe. — Zeuge: Ja. — Vert.: Im Laufe der Disziplinaruntersuchung stellte sich dann auch heraus, daß Mäntel zwei Schritte

zur Abgabe von unwahren Aussagen

in seinem Disziplinarverfahren zu bestimmen versucht habe. — Zeuge: Ich hatte zunächst den Eindruck, daß es sich um einen kleinen Nebenverdienst handelte, und sagte die Sache nicht so tragisch auf. Wenn er diese Dinge gleich eingeräumt hätte, wäre wohl sein Verfahren eingeleitet worden. Er weigerte sich aber, sich vernachlässigen zu lassen, und da blieb dem Magistrat nichts anderes übrig als die Einleitung des Disziplinarverfahrens. Ich rief Mäntel, wenn er wirklich nebenher einige Pfennige verdienen wollte, es ruhig einzuräumen. Es wäre nicht so schlimm, und es könnte höchstens ein Verweis oder eine kleine Geldstrafe herauskommen. Er bestritt aber, für Entgelt tätig gewesen zu sein. Wenn er etwas genommen habe, seien es knapp seine daren Ausgaben gewesen. Der Zeuge erörterte dann einzelne von Mäntel betriebene Rechtsgeschäfte. Mäntel arbeitete in verschiedenen dieser Prozesse mit einem Manne zusammen, der nie arbeitete, aber immer Geld hatte. Man nenne diese Art Leute in Berlin „Schieber“. In einem Falle beschuldigten sich beide Parteien gegenseitig des Meineids. Einem der Zeugen

unwahrerweise auszusagen,

daß er die ihm gezahlten 100 M. nicht als Vergütung, sondern für Aufwendungen erhalten habe. Mäntel war auch in mehreren Ehe-schuldungsprozessen tätig. Eine Frau von B. wandte sich an den Magistrat mit der Anschuldigung, daß er „faule Dinge“ gemacht habe. Dagegen wurde ihm in mehreren von ihm betriebenen Wiederaufnahmeverfahren, so u. a. zugunsten von zwei wegen Körperverletzung verurteilten Justizleuten das Zeugnis ausgestellt, daß er sich höchst anständig und unregelmäßig gezeigt habe. Vert.: Die Voruntersuchung ist dann wegen Verdacht des Meineids und Unternehmens der Verleitung zum Meineid gegen Mäntel und einen Kollegen von ihm auf Antrag der Staatsanwaltschaft eröffnet worden. Das Verfahren gegen Mäntel fand sein Ende mit Mäntels Tod, das Verfahren gegen die anderen Beamten wurde wegen Mangels an ausreichenden Beweisen eingestellt. — Erster Staatsanw. Eger: Ist Mäntel vom Dienst suspendiert worden? — Zeuge Wolf: Ich habe zwar mit Rücksicht auf die Schwere der in Frage kommenden Strafen einen solchen Antrag gestellt, der Berliner Magistrat hat ihn aber abgelehnt. — Erster Staatsanw. Eger: Also ist Mäntel im Amt gestorben? — Zeuge Ja. — Vert. R.-A. Dr. Niemeyer: Haben Sie nicht in einem Falle, in dem sich Widersprüche zwischen den Angaben Mäntels und den Angaben zweier anderer Zeugen ergaben, Nachforschungen über die Glaubwürdigkeit dieser Zeugen angestellt? — Zeuge: Ja wohl. Und der zuständige Amtsvorsteher erklärte diese beiden für ordentliche Menschen. In einem anderen Falle wurde mir mitgeteilt, daß Mäntel in einem Prozeß gegen Prof. Bing ein solches gerichtliches Urteil insofern herbeigeführt habe, als der falsche Photographien produziert habe. Auf Anfrage antwortete die Berliner Polizei, daß sie von einem solchen Prozeß nichts wisse. Später aber hörte ich, daß tatsächlich ein solcher Prozeß geschwebt hat und daß Bing zu einer hohen Strafe verurteilt worden ist. Er wurde im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen. Wie weit Mäntel daran beteiligt war, kann ich nicht sagen. — Zeuge Magistratsbeamter Geh-Berlin war mit Mäntel im Verein Gardebataillon zusammen. Mäntel wußte paratour Schriftführer werden, er wurde es auch, geriet aber bald in Unfrieden mit seinem Vorgesetzten. Er verlegte die Statuten und ließ es auch an kameradschaftlichem Geiste fehlen. Die Statuten sind schließlich aus, nachdem er vor dem Ehrenrat ein Verhalten gezeigt hatte, das jeder Beschreibung spottet. Er kam nicht, spielte Theater und rief nachher die Gerichte an. — Vert.: Da formelle Verträge vorgekommen waren, ist er bei Gericht auch durchgedrungen. Galtten Sie Mäntel für glaubwürdig? — Zeuge:

Auch wenn er schweigt, glaube ich ihm kein Wort.

Erster Staatsanw. Eger: Können Sie dafür bestimmte Beispiele anführen? — Zeuge: Er behauptete einmal, Justizrat Sello habe sich im Garbenprozeß an ihn gewandt. Wir konnten ihm aber beweisen, daß er sich an Justizrat Sello gewandt hat. — Vert.: Spielte er denn auch im Garbenprozeß eine Rolle? — Zeuge: Ja, spielte er wohl eine Rolle spielen. Da der Garbenprozeß hier

nun einmal erwähnt worden ist, kann ich mitteilen, daß sich in den Disziplinarkontrollen der Vermerk befindet, Mäntel sei an den Regimentskommandeur des Grafen Hohenau herangetreten. — Erster Staatsanw. Eger: Wir brauchen die Sache wohl nicht weiter zu verfolgen. — Zeugin Frau Wieland-Berlin ist in Berlin zusammen mit einem Wädereffellen vom Schöffengericht wegen Diebstahls von Wadwerk nach ihrer Meinung unschuldig verurteilt worden. In dieser trostlosen Lage wandte sie sich an den ihr bekannten Magistratsbeamten Fehder. Fehder sagte, er hätte einen Freund, der schon viele Prozesse geführt und bisher alle gewonnen habe. Dieser Freund war Mäntel. Zeugin hat Mäntel für einen Rechtsanwalt gehalten und ihm 50 M. gezahlt. Mäntel habe sie darauf schon zu dem Freispruch beglückwünscht. Einige Tage nachher kam ein Brief von Mäntel, sie solle sich noch auf ein paar hundert Mark einrichten. So viel Geld wollte sie aber nicht geben, sie kündigte trotzdem dem Rechtsanwalt Dr. Liebnecht, der ihre Vertretung bis dahin hatte, das Mandat. Bald kam Mäntel aber wieder zu mir und meinte, er wolle den Bruder des angeklagten Wädereffellen, der inzwischen nach Thale verzogen war, für die Berufungsverhandlung als Zeugen instruieren. Für die Reise nach Thale verlangte er 50 M. Ich sagte ihm, daß ich nur noch 50 M. hätte und 10 M. für die Wirtschaft brauche. Mit 40 M. fuhr Mäntel nach Thale. Er kam mit dem Bruder des Wädereffellen nach Berlin und vor diesem Zeugen führten wir nun in meiner Wohnung eine regelrechte Gerichtsverhandlung auf. Mäntel war Vorsitzender und ich war die Angeklagte. Der Wädereffelle wurde als Zeuge vernommen, ebenso meine Tochter. Mäntel hatte aufgeschrieben, was beide vor dem ordentlichen Gericht aussagen sollten. Meine Tochter kam weinend zu mir und sagte:

Um alles in der Welt kann ich so nicht aussagen, wie Mäntel aufgeschrieben hat.

Erster Staatsanw. Eger: Die Staatsanwaltschaft steht auf dem Standpunkt, daß dieser Wädereffelle bereits ehe Mäntel eingriff, vor der Polizei seine späteren Angaben gemacht hatte. — Vert. R.-A. Dr. Niemeyer: Ich hätte nicht angenommen, daß die Staatsanwaltschaft auch in diesem Falle Mäntel reiten würde. — Erster Staatsanw. Eger: Wir wollen auch unersetzlich nur diese Klarheit schaffen. — Zeugin: Kurz vor seinem Tode kam Mäntel mit Fehder zu mir und bat mich unter Tränen und unter Hinweis auf die militärische Stellung seines Sohnes inländisch, seine Schriftstücke zu vernichten. Ich sagte: Nein, Herr Mäntel, Sie haben zu schlecht gehandelt und mir zu viel Geld abgenommen. Auf Fureden Fehders aber ließ ich mich bewegen und habe alle Schriftstücke, die ich von Mäntel hatte, verbrannt. Mäntel gab mir dafür 30 Mark. — Vert. R.-A. Dr. Niemeyer: Ist es richtig, daß Mäntel nach der Berufungsverhandlung an den Wädereffellen herantrat und ihm Vorwürfe darüber machte, nicht so ausgesagt zu haben, wie er ihm aufgeschrieben hatte? — Zeugin: Ja. — Erster Staatsanw. Eger: Wie sind Sie überhaupt in diese Sache hineingekommen? — Zeugin: Das weiß ich nicht. — Zeuge Paul Nordmann ist ein Bruder des damaligen mitangeklagten Wädereffellen. Er bekundet, daß Mäntel für ihn das Reisegeld von Thale nach Berlin bezahlt habe. In dem fingierten Termin sagte Zeuge auch aus, was Mäntel ihm aufgeschrieben hatte. — Vert.: War denn das wahr? — Zeuge:

Nein.

Vert.: Sind Sie nun auch vor Gericht vernommen worden? — Zeuge: Ja. — Vert.: Und haben Sie vor Gericht die Wahrheit gesagt oder das, was Mäntel Ihnen aufgeschrieben hatte? — Zeuge: Die Wahrheit. — Vert.: War Mäntel im Gerichtsaal? — Zeuge: Ja, er saß im Zuschauerraum. — Vert.: Die Verurteilung hatte für Frau Wieland übrigens keinen Erfolg, ihre Strafe wurde nicht ermäßigt.

Es folgte die Verlesung der gegen den Redakteur Marzgraf ergangenen Urteile. Morgen (Mittwoch) wird die Verhandlung fortgesetzt.

Gerichts-Zeitung.

Er „mußte“ zum Säbel greifen.

Ein geringfügiger Wirtschaftskandal hat für den Hauptkassierer, einen Schraubendreher Alfred Schulze, sehr schlimme Folgen gehabt. In einer Kellnerinnenkneipe der Gropiusstraße hatte Schulze einen Streit mit der Wirtin bekommen, so daß diese ihn durch einen Schuttmann hinausbringen ließ. Als der Schuttmann ihn zur Befestigung seiner Personalien nach der Wache führen wollte, entstand auf der Straße die übliche Menschenansammlung. Schulze weigerte sich, den Weg zur Wache anzutreten, und die Zuschauer schienen für ihn Partei nehmen zu wollen. Schließlich hielt der Schuttmann die Situation für so bedenklich, daß er den Widerstand durch Waffengewalt brechen zu sollen glaubte. Er zog seinen Säbel, ließ auf Schulze los und — schlug ihm das linke Ohr ab. Schulze ist durch diese eilige Sühne des Schuttmanns für sein ganzes Leben entstellt worden. Doch er hinterher noch auf die Anklagebank kommen würde, verhandelt sich von selber. Gestern hatte Schulze vor dem Amtsgericht Wieding sich zu verantworten wegen Hausfriedensbruchs, Beleidigung und Widerstand. Mit ihm war angeklagt ein Arbeiter Siebel, der ihm bei dem Transport zur Unfallstation behilflich gewesen war und dabei sich gegenüber dem Schuttmann des Widerstands und der Gefangenendefreierung schuldig gemacht haben sollte.

Die ganze Affäre ist nur im Hinblick auf den Schuttmannsfall von einigem Interesse für eine weitere Öffentlichkeit. Die Be- weiserhebung, für die die Anklagebehörde eine stattliche Anzahl Zeugen aufgeboden hatte, ließ nicht erkennen, daß Schulze sich besonders gewalttätig gezeigt hätte. Er hatte in dem Lokal kräftig, die Vertreterin der Wirtin eine „alte S...“ geschimpft, den herbeigerufenen Schuttmann gefragt, ob er verrückt sei, und bei seiner Sittierung sich an den Türpfosten gelehnt. Auch die Vorgänge auf der Straße, über die der Schuttmann Hirt ausfragte, schienen nicht übermäßig bedrohlich gewesen zu sein. Hirt hielt, so bedauerte er, den Schulze am Ärmel, wurde aber zurückgestoßen und wollte nun dem Widerstehenden die Kette anlegen. Schulze hatte, als er aus dem Lokal hinausgeschoben wurde, ein Tulpenglas in der Hand behalten. Auf der Straße hob Schulze das Glas, so daß Schuttmann Hirt annahm, er wolle damit schlagen. „Da zog ich“, sagte Hirt vor Gericht, „meinen Säbel und schlug zu.“ Und schlugen ihm das Ohr ab“, ergänzte der Vorsitzende. Ein Zeuge Disimoni befandete über Schulzes Weigerung, mit zur Wache zu gehen: „Es entstand ein Gedränge, und die Sache wurde ein bißchen brenzlich. Es sah aus, wie wenn sie ihn befreien wollten. Da mußte der Beamte zuschlagen, diesen Eindruck hatte ich vollständig.“ Doch andere Zuschauer anderer Meinung waren, ging aus Hirts eigener Darstellung hervor. Seine wiederholte Aufforderung, für den Verurteilten eine Drofsche herbeizuschaffen, habe keinen Erfolg gehabt, ja, man habe gerufen: „Hol alleine eine, verfluchter Bluthund!“ Schließlich fanden sich doch Leute, die eine Drofsche besorgten, Schulze aber weigerte sich, mit dem Schuttmann zusammen in der Drofsche zu fahren. In der Drofsche und um sie herum kam es zu einem stürmischen Auffritt, bei dem der Angeklagte Siebel den Schuttmann mit einem Stoß vor die Brust tätlich angegriffen haben soll. Die Beschuldigung der „Gefangenendefreierung“ fiel in sich zusammen, weil Schulze gar nicht mehr zur Wache, sondern zur Unfallstation hatte gebracht werden sollen. Alles übrige aber galt dem Amtsanwalt als erwiesen; er beantragte gegen Schulze 14 Tage Gefängnis und 40 Mark Geldstrafe, gegen Siebel 1 Woche Gefängnis. Den durch nichts begründeten Vorwurf, daß Schulze sich „besonders roh“ benommen habe, wies sein Verteidiger Dr. Karl Liebnecht zurück; für den Angeklagten, der schon durch den Verlust des Ohres hart genug gestraft sei, sei eine Freiheitsstrafe nicht am Platze. Das Urteil lautete für beide Angeklagte auf je 2 Wochen Gefängnis. Dem Schuttmann wurde attestiert, daß er seine Amtsbefugnisse nicht überschritten habe.

Eingegangene Druckschriften.

„Frauen-Zukunft“, eine Monatschrift. Herausgegeben von Gabriella von Lieber, Rita Hammerichlag, Hanns Dorn. (Frauenverlag München und Leipzig.) Vierteljahrsheft 4 H.

Die Nachrichten des technischen Berufs. Von B. Skel. 16 S.
 G. B. Skel. Verlag, Berlin NW, 52.
 Kleines Wörterbuch der Naturwissenschaften. Herausgegeben
 vom Posmod. 1,25 M., geb. 1,75 M. — Chemische und biologische
 Erklärungen. Zur Einführung in der Chemie. Von A. Fischer. Stuttgart.
 32. Auflage. Verlagshandlung. 2 M.

Briefkasten der Redaktion.

Die inoffizielle Sprechstunde der Redaktion Nr. 60, born
 vier Treppen — A n h e r u n g —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends,
 Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr nachmittags statt. Jeder für den Brief-
 kasten bestimmten Eintrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Ver-
 zeichner beizufügen. Persönliche Antworten wird nicht erteilt. Bitte
 Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.
 G. B. 41. In der Nummer vom 19. Januar. — B. S. 100. Bitte
 Adresse angeben oder abzuholen.

Leser- und Diskussionsklub „Süd Ost“. Heute, Mittwochabend
 8 1/2 Uhr bei Reichardt, Köppler Str. 58: Mitgliederversammlung. Bitte
 mitbringen.
 Arbeiter-Vanderverein „Berlin“. Heute abends 8 1/2 Uhr General-
 versammlung bei F. Wölfling, Köppler Str. 22.

Amlicher Marktbericht der Königlich-Preussischen Direktion über
 den Großhandel in den Reichshäusern. Marktlage: Fleisch: Zufuhr
 genügend, Geschäft ruhig. Preise unverändert. Wild: Zufuhr
 mäßig, Geschäft schleppend, Preise fast unverändert. Geflügel: Zu-
 fuhr genügend, Geschäft ruhig. Preise wenig verändert. Fisch: Zufuhr
 mäßig, Geschäft ruhig. Preise wenig verändert. für Getreide ansehend.
 Butter und Käse: Geschäft ruhig. Preise ansehend. Gemüse,
 Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft anhaltend still,
 Preise wenig verändert.

Witterungsüberblick vom 31. Januar 1911, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Wetter	Temp. u. d. 5 u. 8 Uhr	Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Wetter	Temp. u. d. 5 u. 8 Uhr
Emmende	781	SW	2 bedekt	-1	Dachau	760	B	2 heiter	-7
Darmstadt	782	R	2 wolfig	-1	Regensburg	776	SW	1 bedekt	-20
Berlin	781	R	2 bedekt	-1	Stettin	770	D	7 wolfig	4
Königsberg	779	D	2 heiter	-1	Breslau	779	SE	3 heiter	0
Wien	778	R	2 bedekt	-8	Paris	774	ND	3 wolfig	-4

Wetterprognose für Mittwoch, den 1. Februar 1911.
 Etwas gelinder, viel wolfig, bei mäßigen westlichen Winden; keine
 erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 1. Februar.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus, Hofopern.
 (Anfang 7 Uhr.)
**Königl. Schauspielhaus, Der
 Söldnerfeld.**
 Deutsches. Et cetera.
**Kammerspiele, Komödie der
 Irrungen, Heirat wider Willen.**
 (Anf. 8 Uhr.)
 Anfang 8 Uhr.
**Neues königl. Operntheater,
 Geflossen.**
 Befäng. Die Katten.
Romische Oper, Liebeslet.
 Kleines. Das Kind.
**Neues Operntheater, Die schöne
 Ruffe.**
**Neues Schauspielhaus, Kleine
 Schokoladenmädchen.**
Berliner, Bummelstudenten.
 Weiten. Das Puppenmädchen.
Neues, Der G. m. b. H.-Tenor.
Trianon, Hippolyte's Abenteuer.
Reichshallen, Berliner Wenzel.
Walhalla, Polnische Wirtschaft.
Schiller u. Wallner-Theater.)
 Gularenfieber.
**Schiller, Choristenburg, Die
 Nacht der Himmelskinder.**
**Friedrich-Wilhelmsstädtisches,
 Die Räuber.** (Anfang 8 1/2 Uhr.)
**Lustspielhaus, Der unbekannte
 Täter.**
**Auditions-Theater, Neues,
 (Anfang 8 1/2 Uhr.)**
Dulken, Das große Licht.
Modernes, Der Feldherrnhügel.
Weise, Don Carlos.
Herrnsfeld, Eine verlorene Nacht.
 Er, Sie und Er.
Volkoper, La Traviata.
 Nachmittags 3 1/2 Uhr: Der Kampf
 um Schneewittchen.
**Folies Caprice, Der Feldweibel-
 hügel.** (Anfang 8 1/2 Uhr.)
**Metropol, Hurra! — Wir leben
 noch!**
Kajino, Julie Wippen.
Apoko, Spezialitäten.
Passage, Spezialitäten.
Voligt, Reif-Reiflingen.
Reichshallen, Steirner Sängers.
Wintergarten, Spezialitäten.
Sandstein, So wird's gemacht.
Spezialitäten. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Walhalla, Bravo! Dacapo! (An-
 fang 8 1/2 Uhr.)
**Stadt-Theater Moabit, Ge-
 schlossen.**
Wedding, Lichtspiele.
Karl Haberland, Spezialitäten.
Urania, Taubenstraße 48/49.
 Abends 8 Uhr: Was und der
 Mond erzählt.
 Anfang abends 8 Uhr: Dr. Wilh.
 Berndt: Das tierische Nerven-
 system nach Bau und Funktion.
 Sternwarte, Invalidenstr. 87-89.

Urania.
 Wissenschaftliches Theater
 Taubenstraße 48/49.
 Abends 8 Uhr:
Was uns der Mond erzählt.
 Hörsaal 8 Uhr:
Dr. Wilhelm Berndt
 Das tierische Nervensystem nach Bau
 und Funktion.

Kaiser-Panorama.
 III. Wanderung im südlichen
 Schwarzwald. Letzte Woche:
 Mittelmeerreise. Insel Corfu.
 Eine Reise 20 Pf. Kind nur 10 Pf.
 Abonnements 1 M. Tausende Abonn.

Lustspielhaus.
 Abends 8 Uhr:
Der Feldherrnhügel

Residenz-Theater.
 Direction: Richard Alexander.
 Anfang 8 Uhr.
Pariser Menu.
 Drei Gänge von Georges Feydeau
 und Heber-Abric.
 1. Gang: „50 Jahre über Paris“, 1 Akt
 von Heber-Abric.
 2. Gang: „Eine Nachtkatze“, 1 Akt
 von Georges Feydeau.
 3. Gang: „Nach dem Räuschen-
 ball“, 1 Akt von Georges Feydeau.
 Morgen und folgende Tage:
 Dieselbe Vorstellung.

DOSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 192.
 Gastspiel Robert Fischer
 und Max Schloessk.
Don Carlos.
 Schauspiel in 5 Akten v. Fr. v. Schiller.
 Anf. 8 Uhr. Ende 11 1/2 Uhr.
 Donnerstag, Sonntag, Samst.:
 Der Glücksschick.

**Apollo
 Theater**
 Premiere des neuen Programms
 u. a.: **Maud Even** in ihren
 modernen und Regiebildern.
8 heilige Chugungen
 unt. Leit. v. Oberpriest. Tschin Ma.
 Des fent. Erfolg, was, prol.: **Otto
 Reutter**

Metropol-Theater.
Hurra!
Wir leben noch!
 Große Aufführungskrevue in 7 Bildern
 v. A. Freund. Musik v. B. Holländer.
 In Szene gesetzt von Dir. R. Schütz.
 Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

WINTERGARTEN
Heute Premiere!
 Die berühmte chinesische Tragödie
„Md. Chung“
 mit ihrem chines. Schauspiel-Ensemble
 „Im Reiche des Drachens“
 Chines. Schauspiel (nach einer
 alten Legende) in 2 Akten, sowie
**12 hochinteressante Debuts 12
 Rauchen gestattet.**

**Herrnsfeld
 Theater**
 Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-8 Uhr.
Zwei Schläger:
Eine verlorene Nacht.
Er, Sie und Er
 mit Anton und Donna Herrnsfeld in
 den Hauptrollen.

Walhalla-Theater.
 (Hofstr. 107.) Behringstr. 20
 Abends 8 1/2 Uhr:
Bravo! Da Capo!
 Eine Akaemells-Recue.
 Sonntagnachm. 3 1/2 Uhr:
Unsere Don Juans.
 Kleine Preise.

Passage-Theater.
Heute Premiere!
Sgr. Ordone
 der spanische Caruso.
 Schneider-Duncker
 Les Vignacs
 u. d. kolossale Febr.-Prog.
 14 neue Varieté-Attraktion.

Passage-Theater.
Heute Premiere!
Sgr. Ordone
 der spanische Caruso.
 Schneider-Duncker
 Les Vignacs
 u. d. kolossale Febr.-Prog.
 14 neue Varieté-Attraktion.

Walhalla-Theater.
 (Hofstr. 107.) Behringstr. 20
 Abends 8 1/2 Uhr:
Bravo! Da Capo!
 Eine Akaemells-Recue.
 Sonntagnachm. 3 1/2 Uhr:
Unsere Don Juans.
 Kleine Preise.

Schiller-Theater.
 Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Hussarenfieber.
 Lustspiel in 4 Akten v. Gustav Kadelburg
 u. Richard Stowronnet. Ende 10 1/2 U.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Das Urbild des Tartuff.
 Freitag, abends 8 Uhr:
 Zum erstenmal: **Der Kaiser.**
 Schiller-Theater Charlottenburg.
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Nacht der Finsternis.
 Schauspiel in 5 Akten v. Leo Tolstol.
 Uebersetzt v. H. Ebersfeld. Ende 10 1/2 U.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Bund der Jugend.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Nathan der Weise.

„CLOU“
 BERLINER KONZERTHAUS
 Mauortr. 82. Zimmerstr. 90-91
 Eintritt 50 Pf.
 Heute:
**Gastspiel von Johann
 Strauß aus Wien**
 mit seiner vollständigen Kapelle. Anfang 8 Uhr.
 Morgen, Donnerstag:
 Gastspiel von Johann Strauß.

Wie immer
 auch diese Woche (28. Januar bis 3. Februar einschließlich)
 das Neueste und Beste
 im
Excelsior-Lichtspielhaus
 Rixdorf, Bergstr. 151/152. (Passage.)
 Anfang: Sonntags 3 Uhr, wochentags 8 Uhr.

Sport-Palast
 Entree 1 M. Potsdamer Straße 72-72a Entree 1 M.
Größter Eispalast der Welt.
Feerie „Karneval am Nordpol“.
 200 Eisläufer. X. Prachtvolle Ausstattung.
 Unerschöpfliche Lichteffekte. X. 2 Musikkapellen.
 Raum für 10 000 Personen. X. Unterricht im Eislauf.
Vormittags-Konzerte.
 Sonntags 4 Uhr: Nachmittags-Vorstellung.

Neue Welt Hasenheide 108-114
 Donnerstag, den 2. Februar 1911:
Elite-Prämierung der drei jüngsten Damen
 im
gefährlichen Alter!!
 (von 18-28 Jahren).
 Prämiert wird: Die jüngste von 18, die jüngste von 24,
 die jüngste von 28 Jahren.
Drei bare Geldpreise: je 33 Mark.
 Legitimation ist mitzubringen. — Meldung 9-10 Abendkasse.
 Anfang 7 Uhr. — Entree 30 Pf.

Schwarzer Adler Lichtenberg
 Richard Arnhold. Frank. Chaussee 5
Jeden Sonntag: Großer Ball.
Jeden Mittwoch: Leipziger Sängers.
 Nachher: Tanzkränzchen.

Brauerei Friedrichshain.
 Am Königsplatz. Größte Schenkwürdigkeit Berlins.
 Heute, Mittwoch: **Elitetag!**
Gratisverlosung von 100 Wertgegenständen.
 50 Hauptgewinne. — Jeder Besucher erhält ein
 Los gratis. — Der berühmteste Feiertag
Schorsch Schrengruber
 mit seiner Truppe (60 Personen) aus München.
 Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
 Vorkonzerte haben volle Gälligkeit.

Ernst und heiter
 unterhaltend und lehrreich
 sind die Vorstellungen
 im
Theater des Weddings
 Lichtspiel-Palast
 Müllerstr. 132/133 — Sollerstr. 35.
Voligt-Theater
 Geländbrunnen, Badstraße 58.
 Mittwoch, den 1. Februar 1911:
Reif-Reiflingen.
 Schwan! in 5 Akten v. G. v. Nofer.
 Kaffeneröffnung 7, Anfang 8 Uhr.

Zirkus A. Schumann.
 Berlins größtes
Vergnügungs-Etablissement.
 Mittwoch, den 1. Februar,
 abends 7 1/2 Uhr:
 Neu! **Heros** Neu!
 mit seinem außerordentlichen
 Reaktionsvermögen.
Arconis 4 Personen,
 Schleuderrecht-Akrobaten.
Foot-Ball — Push-Ball
Polo-Ball
Kreisel-Globus,
 neueste Erfindung des Direktors
 A. Schumann sowie die
 übrigen neuen Attraktionen.
Der große Coup
 9 1/2 Uhr. der 9 1/2 Uhr.
Schmuggler.

Stadt-Theater Moabit
 Alt-Moabit 47/48.
 Donnerstag, den 2. Februar 1911:
Der Störenfried.
 Lustspiel in 4 Aufzügen von Bendig.
 Regie: Richard v. G. Schauspielf.
 Kaffeneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.
 Nach der Vorstellung:
Tanz.

Trianon-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Hippolyte's Abenteuer.
Casino-Theater
 Ledeburger Straße 37. Täglich 8 Uhr:
 Das Original Berliner Volkstheater
Julie Wippen.
 Ueberlinder-Dumme! Ueberlinder-Tapen!
 Am Stille der ehem. Wallner-Bühne.
 Vorher: erkrankter bunter Zell.
 Samst. 8 1/2 Uhr: Der Hochmutstoufel.

LICHTSPIELE.
MOZART-SAAL.
 Nollendorf-Platz.
 Beginn 6 Uhr.

Folies Caprice.
 Täglich 8 1/2 Uhr:
Die abgetretene Frau.
 Neuer bunter Zell.
Feldweibelhügel.

Reichshallen-Theater.
 Steirner Sängers.
 Zum Schluss, neu!
Kubisches Varieté-Theater.
 Beste von Wiesel.
 Anfang
 mochtags
 8 Uhr
 Sonntag
 7 Uhr.

Bosphorus
 am Moritzplatz.
 Heute:
Neues Programm.
 Anfang 8 Uhr.
 Nach der Vorstellung:
Großes Triumphtorfest!
 Bis 3 Uhr nachts zwei Kapellen.

Kreuzberg-Festsäle,
 Besitzer: Otto Ernerl,
 SW., Kreuzbergstr. 48.
 Jeden Mittwoch u. Freitag:
Großer Frei-Tanz.
 Jeden Sonntag:
Großer Ball.
 Im März noch Sonnabende
 zu vergeben.

Zirkus Busch.
 Mittwoch, 1. Febr., abds. 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
 Zum erstenmal:
Hons. Amanus,
 Champion im Hochspringen.
 Gastsp. d. Herrn Direktor Pierre
 Althoff, Frau Direktor Adele Althoff
 mit neuen überraschenden
 Drossuren. — Die Fredianis,
 Akrobaten zu Pferde.
 Fr. Martha Mohaku, Schulleit.
 Auftreten sämtlich. neugegigert.
 Attraktionen.
 Um 9 Uhr ca. zum 41. Male:
„Armin.“
 Vorher das große Galaprogramm.

Theater „Groß-Berlin“.
 Mittwoch, den 1. Febr., Gastspiel im
Neue Welt, Heide 8 1/2.
Im Terrenhaufe.
 Gen.-Schaupl. in 5 Akten v. G. Duffe.
 Preise 50-100 Pf. und Vorzug-
 storten billiger. Inverte gelien als
 Vorzugstorten.

Karl Haverland-
 Anfang Theater Kommandanten-
 präz. 7 1/2 U. Straße 77/79.
Heute Premiere!
 Nach der Vorstellung: Reunion.

Passage-Panoptikum.
 Die Sensation des Tages!
Das sprechende Pferd
 „Hans'chen“
 Lebend! Lebend!
Maud Temple, die Bartlady
 ein abnormes Naturpiel,
 u. die ander. Schau-Attraktionen.
 Ohne Extra-Entree!
 Eintritt 50 Pf. Kind. Soldat. 25 Pf.

Königstadt-Kasino.
 Colmarstr. 72.
 Täglich neues Programm mit
Franz Sobanski.
 Leop. Rosser, Elsa de Pianque, So-
 schwister Bernhardt, Miss Eugenie,
 The Blanks usw.
 Der teusche Joseph. Velle L. 1 Akt.
 Wochent. Anf. 8, Sonntag 8 1/2 Uhr.

Theater Sanssouci
 Hochbahnstation Köppler Str.
 8 1/2 Uhr:
**Die von
 da drüben.**
 Große Gelangspoffe von L. Uip.
 Musik von Schottland.

**Grete Galkus
 Paul Förster.**
Burgtheater-
 Festsäle und Kineatograph
 born. Groterjan, Inhab.: Rud. Herz,
 Schützenstr. 129. Tel. 3, 9353
Lebende Photographien.
 Eintritt 30 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte.
 Anf. 7 U., Sonnt. 4 U. Vorzugskarten,
 nur mochtent. gällig. 35 Pf. auf allen
 Blättern. Stets wech. Programm.

American-Theater
 Dresdener Straße 97.
 Täglich:
Heitere Künstler-Abendel
 Theater-Varieté-Cabaret
 mit **Anna und Franz Verdier.**
 Anfang 8 Uhr. — Sonntag 6 Uhr.

Germania-Pracht-Säle
 Carl Richter.
 N., Chaussee-Str. 110.
 Heute
 Mittwoch,
Paul Mantheys
 lustige Sängers.
 mit Ernst Walters neust. Schläger!
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
 Vorzugskart. gell. Anschl. Freitanz.
 Jeden Donnerstag:
Gr. Hockier-Konzert.

Für den Inhalt des Anzeiger
 übernimmt die Redaktion dem
 Publikum gegenüber keinerlei
 Verantwortung.

Deutscher Bauarbeiterverband.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Bauhilfsarbeiter.

Sonntag, den 5. Februar, vormittags 10 Uhr, bei Voeker, Weberstraße 17:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom vierten Quartal 1910. 2. Jahresbericht vom Jahre 1910. 3. Wahl der Sektionsleitung. 4. Verbandsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch oder Legitimationskarte muß vorgelegt werden, ohne dasselbe kein Eintritt.

Um vollständiges Erscheinen aller Verbandsmitglieder ersucht

136/10*

Der Zweigvereinsvorstand.

Zeitungs-Ausgabebestellen und Inseraten-Aannahme.

- Zentrum: Albert Schmitt, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
 2. Wahlkreis: W. Gust. Schmidt, Kirchbachstr. 14, Kochbarriere, S. und SW.; Hermann Berner, Greifenaustr. 72.
 3. Wahlkreis: St. Frig., Beringstr. 31, Hof rechts dort.
 4. Wahlkreis: Osten: Robert Sengels, Gr. Frankfurterstr. 120, Richard Hagedorn, Petersburgerplatz 4 (Laden).
 5. Wahlkreis: Südosten: Paul Böhm, Vauquierplatz 14/15.
 6. Wahlkreis (Noabit): Karl Anders, Salzweberstr. 8, Wedding; Karl Weige, Nazarethstraße 49.
 Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wilhelm Baumann, Bernauerstr. 9, dort part.
 Gesundbrunnen: F. Trapp, Stettinerstr. 10.
 Schönhauser Vorstadt: Karl Marx, Spingelstr. 123.
 Adlershof: Karl Schwarze, Hoffmannstr. 9.
 Alt-Gliencke: Wilhelm Dörre, Rudowstr. 83 II.
 Raumschulenweg: H. Hornig, Marienfelderstr. 13, I.
 Bernau, Röntgenal., Zepernick, Schönow und Schönbrück: Heinrich Brose, Godeheinstr. 74, part.
 Biesdorf: Leopold Peters, Dorfstr. 88.
 Bohnsdorf und Falkenberg: Alois Lauf, Bohnsdorf, Gewerkschaftshaus "Paradies".
 Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Selenbierstraße 1.
 Eichwalde, Zeuthen, Miersdorf und Hankels Ablage: Oskar Wabbe, Eichwalde, Stubenrauchstr. 99.
 Erkner: Emil Hoffmann, Friedrichshagenener Chaussee.
 Friedersdorf-Petershagen: E. Hagedorn, Petershagen.
 Friedmann-Steglitz-Südende-Gr.-Lichterfelde-West: H. Bernice, Schlüterstr. 119, Hof I, in Steglitz.
 Friedrichshagen: Ernst Bertmann, Köpenicker Straße 18.
 Grünau: Franz Klein, Bahnhofsstr. 6 III.
 Johannisthal: Friede, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.
 Karlshorst: Richard Rüter, Adolstr. 9, II.
 Königs-Wusterhausen: Friedrich Saumann, Bahnhofsstr. 13.
 Köpenick: Emil Richter, Kiefernstr. 6, Laden.
 Lichterfelde, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto Seidel, Kronprinzenstraße 4, I.
 Mahlsdorf, Kaulsdorf: Scheide, Mahlsdorf, Walderseeferstr. 14.
 Mariendorf: August Weip, Gausseferstr. 206, Hof.
 Marienfelde: Emil Weinert, Dorfstr. 14.
 Neuenhagen: Robert Hübner, Wolterstraße.
 Nieder-Schöneeweide: Max Friedle, Brühlstr. 14 II.
 Nowawes: Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.
 Ober-Schöneeweide: August Henjes, Laufenerstr. 2, I.
 Pankow-Niederschönhausen: Rihmann, Röhlsenstr. 50.
 Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: H. Gutsch, Rameferstr. 12, I.
 Rixdorf: R. Heinrich, Redarstr. 2, im Laden; Rohr, Steglitzstr. 28/29.
 Rummelsburg, Boxhagen: H. Rosenkrantz, Mi-Boxhagen 56.
 Schöneberg: Wilhelm Baumier, Martin Lutherstr. 51, im Laden.
 Spandau, Nonnendamm, Staaken, Seefeld und Falkenhagen: Köppen, Jagowstr. 9.
 Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Riegraf, Borsigwalde, Rühlstraße 10.
 Teltow: Wilhelm Donow, Teltow, Lehndorfer Str. 4.
 Tempelhof: Albert Ziel, Berliner Straße 41/42.
 Treptow: Rob. Gramenz, Kiehlstraße 412, Laden.
 Weißensee: R. Fuhrmann, Sebanstr. 105, partierz.
 Wilmsdorf-Balensee-Schmargendorf: Paul Schude, Wilhelmstraße 26.

Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Liste 3

Handlungsgehilfen!

Liste 3

Mittwoch, den 1. Februar 1911, abends 8¹/₂ Uhr, in Kellers „Neue Philharmonie“, Köpenicker Straße 96/97 (nahe Spittelmarkt):

Oeffentliche Versammlung.

Reichstagsabgeordneter **Molkenbuhr**

spricht über:

Die Kaufmannsgerichtswahl und die Verhöhnung der Handlungsgehilfen durch den Entwurf zur Pensionsversicherung.

Anschließend Aussprache.

Jeder Handlungsgehilfe und jede Handlungsgehilfin ist an dieser Versammlung dringend interessiert. Keiner veräume den Besuch! Mit kollegialem Gruß! 287/8

Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfinen Deutschlands (Bezirk Berlin).

Kranzspenden

Sowie alle Blumenarrangements liefert den Genossen schnell, geschmackvoll, billig 29375

Paul Gross, Lindenstr. 69. Fernspr.: 4, 7203. „Vorwärts“-Haus.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin, Hauptbüro: Hof L. Amt 3, 1239. Charitestraße 3. Hof III. Amt 3, 1067.

Donnerstag, den 2. Februar, abends pünktlich 8 Uhr:

Versammlung

der Metallschleifer, Galvaniseure, Kraber, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen dieser Branche

im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, großer Saal.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: „Berufungskämpfe in Deutschland“. Referent: Reichstagsabgeordneter D. Stücklen. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 111/8

Kollegen und Kolleginnen! Im Anbetracht des sehr lehrreichen Vortrages ersuchen wir um zahlreiches Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen, insbesondere der jugendlichen Kollegen. Gleichzeitig bitten die Kollegen ihre Frauen mitzubringen. Die Ortsverwaltung.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher 2c. Sektion der Lackierer.

Donnerstag, den 2. Februar 1911, abends 8¹/₂ Uhr:

Sektions-Versammlung der Lackierer

im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.

Tages-Ordnung:

1. Die Vorlage des Hauptvorstandes zur Einführung der obligatorischen Arbeitslosenversicherung. Referent: Kollege Fr. Klotz. 2. Diskussion. 3. Aufstellung eines Kandidaten zur Generalversammlung in München. 4. Verbandsangelegenheiten.

Wir erwarten, daß die Kollegen vollständig erscheinen! Mitgliedsbuch legitimiert.

127/1 Die Sektionsleitung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

Einsetzer!

Donnerstag, den 2. Februar 1911, abends 8¹/₂ Uhr, in den bekannten Lokalen:

Bezirks-Versammlung

Die Kollegen des Bezirks II sind besonders dazu eingeladen.

78/8 Die Branchenkommision.

Deutscher Bauarbeiterverband

Zweigverein Berlin.

Gruppe Steinholzleger!

Mittwoch, den 1. Februar, abends 8¹/₂ Uhr, bei Haberland, Eichenstraße Nr. 73:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes über die Verhandlungen mit einigen außerhalb der Tarifgemeinschaft befindlichen Firmen. 2. Verbandsfachen. 136/1

Der Vorstand. V. A.: Hermann Lange.

Achtung! Gr. öffentl. Tabakarbeiter-Versammlung

Mittwoch, den 1. Februar, abends 8¹/₂ Uhr, in den „Sophienjulen“, Sophienstraße 17-18.

Tages-Ordnung:

1. Wie stellen sich die Tabakarbeiter Berlins zu den Forderungen in der Zigarettenfabrik Paul Juch, Pankow-Berlin? Referenten: Alwin Schulze, Paul Fröh. 2. Diskussion.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Tabakarbeiters, pünktlich zu erscheinen. 187/1* Der Einberufer. (A. Schütze.)

Dr. Thompson's Seifenpulver



spart

Arbeit, Zeit, Geld.

Überall zu haben.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garant. Teils wöchentl. 1 M. Plomben 1,50 M. Fast vollk. schmerzlos Zahnziehen. Um- arbeitsung schlecht sitzender Gebisse Reparaturen sofort. Zahn-Arzt Wolf, Potsdamer Str. 55. (Hochbahnst. Bülowstr.) 8-7.

35%

Ermäßigung

Inventur

gewähren wir auf alle bei der zurückgesetzten Waren, welche teils unsortiert sind und teils nicht mehr weitergeführt werden. — Außerdem kommen noch große Posten erstklassiger Schuhwaren, welche nicht in vollen Sortimenten vorrätig sind, zum Teil sehr bedeutend ermäßigt zum Verkauf.

In Anbetracht der sensationell billigen Angebote war der bisherige Erfolg unseres Inventur-Ausverkaufs ein so ungeahnt grosser, dass es uns zeitweise absolut nicht möglich war, unsere verehrte Kundschaft zu bedienen. Wir haben uns daher entschlossen, unseren Ausverkauf bis Sonntag den 5. Februar inklusive zu verlängern.

Für diese Schlusstage sind Massnahmen für prompteste und aufmerksamste Bedienung getroffen; trotzdem empfiehlt es sich, möglichst die Vormittagsstunden zum Einkauf zu benutzen.

Lepziger Straße 65
König-Strasse 34
Oranien-Strasse 34

Rixdorf, Bergstraße 7-8
Oranien-Strasse 47a
Müller-Strasse 3a

Die zurückgesetzten Waren sind, mit Preisen versehen, auf Extra-Tischen ausgelegt

Leiser

Verkauf nur solange Vorrat

Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten

Gewerkschaftliches.

Von der „Vertragstreue“ der Unternehmer.

In Zittau in Sachsen haben die Unternehmer die Arbeitseinstellung in drei Holzbearbeitungsfabriken, die wegen Vertragsbruch der Firmeneinhaber erfolgte, mit der Kündigung aller Arbeiter beantwortet. Die größte Firma dagegen, die auch dem Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe angehört, hat es abgelehnt, sich dem Vorgehen der übrigen Unternehmer anzuschließen, weil sie einen absichtlichen Vertragsbruch der Unternehmer nicht unterstützen wolle. Interessant ist dabei, daß der Zentralvorstand des Schuhverbandes genannte Firma dringend ersucht hat, ebenfalls auszusperrn, obgleich auch der Unternehmerverband nicht abstreiten kann, daß die Zittauer Arbeitgeber vertragsbrüchig geworden sind. Das nennt man dann „Vertragstreue“!

In den letzten Tagen haben nunmehr Verhandlungen zwischen Vertretern des Holzarbeiterverbandes und der Unternehmerorganisation stattgefunden. Die Arbeitgeber haben sich verpflichtet, die vertraglich festgelegten Affordräge zu bezahlen und auch den übrigen Vertragsbestimmungen nachzukommen. Ueber die Lohnsätze der Arbeiter im einzelnen wird gegenwärtig weiter verhandelt. — Zugang von Tischlern nach Zittau ist einweilen noch fernzuhalten.

Berlin und Umgegend.

Eine Verhöhnung der Handlungsgehilfen

Bedeutet der Regierungsentwurf zur Pensionsversicherung. Hohe Beiträge und niedrige Leistungen sind die Kennzeichen dieses Produkts langwieriger Erhebungen und Gutachten. Der größere Teil der bürgerlichen Handlungsgehilfenverbände ist mitteilungslos an diesem Ergebnis, weil sie sich in dunkelhafter Verblendung gegen den Ausbau der Invalidenversicherung erklärten. Diese Stellungnahme zum Schaden der Handlungsgehilfen kam auch in den Ausschüssen der Kaufmannsgerichte zum Ausdruck, ein Beweis mehr dafür, wie wichtig die Wahl von Vertretern der Liste 3 des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfen in das Berliner Kaufmannsgericht ist. Ueber diese dringende Frage wird Reichstagsabgeordneter Kollens in einer öffentlichen Versammlung der Handlungsgehilfen heute in Kellers Neuer Philharmonie, Köpenicker Str. 96/97, sprechen. Allen Interessenten ist der Besuch dieses Vortrages zu empfehlen.

Die Wähler nahmen am Montagabend die Ersatzwahlen zum Gehilfenausschuß und die Neuwahlen für die Weisiger zum Innungs-Schiedsgericht vor. Die vom Verband der Wähler empfohlenen Kandidaten wurden gewählt.

Lapiezierer als Streikbrecher für Braunschweig gesucht! Bei der Firma Langerfeld in Braunschweig befinden sich die Lapiezierer im Ausland. Es wird versucht, unter der unwahren Angabe, daß dort keine Differenzen bestehen, Streikbrecher in Berlin anzuwerben. Vor allem verliert man auch Sattler als Streikbrecher zu gewinnen. Wir eruchen die Kollegen, auf die Arbeitsnachweise der Herbergen zur Heimat, Dranienstraße, Auguststraße und Koppenstraße, ein Augenmerk zu richten und bei Anwerbung von Streikbrechern sofort der Polizeiverwaltung Mitteilung zu machen.

Deutsches Reich.

Ausländische Arbeiter als billige Arbeitskräfte.

Als im Reichstage der Erweiterungsbau des Nord-Ostseekanals beraten wurde, gab die Regierung das Versprechen, daß in erster Linie deutsche Arbeiter vor den Ausländern berücksichtigt werden sollten. Jetzt findet man aber fast ausschließlich Galizier, Russen, Italiener und Holländer am Kanalbau tätig, nur vereinzelt deutsche Arbeiter.

Gegenwärtig sollen wieder Agenten auf der Reise sein, um ausländische Arbeiter für den Kanalbau anzuwerben. — Die Kanalarbeiten müssen im Schlamme und Morastboden ausgeführt werden, wozu selbstverständlich viel Kleidung und Fußzeug erforderlich ist. Für den horrenden Stundenlohn von 35 Pf. dürfen diese Ausländer ihre Arbeitskraft dem deutschen Vaterlande widmen. Da ist es denn kein Wunder, wenn deutsche Arbeiter auf diese Arbeit verzichten.

Allen Arbeitern — nicht nur Erdarbeitern — mögen diese Zeilen zur Information dienen, welche Arbeitsbedingungen am Nord-Ostseekanal herrschen.

Eine machtvolle Kundgebung der freigewerkschaftlichen Bergarbeiter.

In zwei überfüllten Versammlungen, in denen die Genossen Hue und Dr. Erdmann sprachen, protestierten am Sonntag die Bergarbeiter Essens gegen die Taktik der Führer des christlichen Gewerksvereins, die behaupten, die Lohnforderungen der vereinigten drei Bergarbeiterverbände seien nicht berechtigt. Im städtischen Saalbau, der wegen Ueberfüllung schon vor Beginn der Versammlung abgesperrt werden mußte, waren 4000 Personen anwesend, in einer zur gleichen Zeit einberufenen Versammlung in einem anderen Lokal hatten sich 1500 Besucher eingefunden. Die Versammlungen sind um so bemerkenswerter, als in Essen die stärkste christliche Arbeiterbewegung besteht und die Christen vor Monatsfrist bei allem Mühen in demselben städtischen Saalbau nur 1000 Besucher musterter. Die Resolution, die das Verhalten der christlichen Führer scharf verurteilt, fand einstimmige Annahme.

Der Arbeiter muß durch Hunger firr werden,

so denken, wie viele andere Scharfmacher, auch die Eisfabrikanten. Wie bereits mitgeteilt, ist der Eisarbeiterstreik in Eisenberg am 6. Januar beendet worden. Mit ihrem, allerdings unter schweren Opfern errungenen Siege sind die Eisfabrikanten noch nicht zufriedengestellt, denn der Verband der Unternehmer erläßt in seinem offiziellen Organ folgende Bekanntmachung:

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß streikende Arbeiter auch innerhalb 6 Wochen nach dem Streik nur in denjenigen Betrieben eingestellt werden dürfen, in denen sie vor Ausbruch des Streiks gearbeitet haben.

Die in diesem Vorgehen zum Ausdruck kommende Bestimmung der Unternehmer ist um so niedriger, als der Streik bekanntlich 22 Wochen andauerte und erfolglos beendet wurde. Es unterliegt keinem Zweifel, daß dieser Bekanntmachung streng nachgekommen wird, denn der Verband der Eisfabrikanten pflegt gegen seine Lieferanten mit äußerster Schärfe vorzugehen. Er verhängt über die Unternehmer die Materialsperr, auf deren erfolgreiches Wirken in dem jetzt beendeten Kampf der Unternehmerverband sich nicht wenig zugute hält.

Da solche Unternehmerterrorismustfälle von der Scharfmacherpresse schwermüht gelammelt werden dürfen, ist ihr Niedrigerhängen durch die Arbeiterpresse erforderlich.

Entsartete Pechler!

Als vor Weihnachten die Nachricht durch die sozialdemokratische Presse ging, daß in Leobsdorf, O.-S., auf eine Denunziation der

Fachabteiler hin vier verheiratete Mitglieder des Textilarbeiterverbandes als lästige Ausländer ausgewiesen wurden, weil sie angeblich Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins waren, entzündete sich die ganze Zentrumspresse über die „gemeine Verleumdung“ der Fachabteilungen durch die Sozialdemokratie. Schon damals wurde von uns behauptet, daß keiner der Ausgewiesenen Mitglied der Partei war, und daß die Denunziation nur deshalb erfolgte, weil die vier Ausländer sich weigerten, den Fachabteilungen als Mitglieder beizutreten. Die Zentrumspresse bestritt dies natürlich, alles wäre nur Verleumdung. Jetzt wird nun eine Aeußerung eines Beamten des Betriebes, in dem die Ausgewiesenen arbeiteten, bekannt. Dieser Beamte sagte wörtlich: „Treten Sie doch aus dem Textilarbeiterverband aus und sofort in die katholische Fachabteilung ein, dann wird die Ausweisung zurückgenommen.“

Textilarbeiterstreik.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Dr. A. Rißhale, Appreturanstalt in Plauen i. V. haben Sonntagabend die Arbeit niedergelegt. Die männlichen Arbeiter verdienen bei dieser Firma 14,00 bis 19,— M., die Arbeiterinnen 9—12 M. Im November vorigen Jahres forderten sie eine Lohnzulage von 1—2 M. pro Woche. Mit dem Hinweis, daß die vom Arbeitgeberverband angelegten Ermittlungen, ob die Forderungen auch gerechte sind, noch nicht abgeschlossen seien, wurden die Arbeiter hingehalten. Auf wiederholte Anfrage erhielten sie am 23. Januar zur Antwort, daß sie sich wegen eines definitiven Bescheides bis Februar gedulden müssen. Ein letzter Versuch, die Sache in Güte beizulegen, scheiterte; das Veronal legte die Arbeit nieder. Schon eine halbe Stunde nach Beginn des Streiks war die Polizei gegen die Streikposten auf den Beinen.

Bei der Firma Paul Buschmann in Plauen haben am Sonntagabend 16 Sticker die Arbeit eingestellt. Der Firmeneinhaber hat zwei Sticker sofort entlassen, weil diese sich unterstanden, einen geheizten Arbeitsraum zu verlangen.

Ein Lohnkampf in den Kinderwagenfabriken zu Zeitz scheint unvermeidlich zu sein. Wie schon mitgeteilt, wurden den Fabrikanten vor 14 Tagen Forderungen unterbreitet, über die zu verhandeln sich die Arbeiter bereit erklärten. Die Hauptforderung war Verkürzung der Arbeitszeit auf 56 Wochenstunden und eine 10prozentige Lohn-erhöhung. Die Mehrzahl der kleineren Fabrikanten waren mit der geforderten Arbeitszeitverkürzung einverstanden und wollten wegen der Lohnerrhöhung am anderen Tage mit den Arbeiterkommissionen verhandeln. Es kam aber anders. Der Unternehmerverband trommelte die Fabrikanten sofort zusammen, um gehörig scharf zu machen. Die Firma Rätcher, der größte Betrieb dieser Branche in Deutschland, der wohl ein Interesse daran hat, die kleinen Fabriken auf die Seite zu drücken, hintertrieb die Einigung mit allen Mitteln und lehnte auch jede Verhandlung mit den Organisationsvertretern ab. Am anderen Morgen erklärten denn auch die meisten kleineren Firmen die gemachten Zugeständnisse auch bezüglich der Arbeitszeit wieder zurückziehen zu müssen. Mit einigen Fabriken ist es trotzdem zu einer Verständigung gekommen. Am Freitag abend fanden nun überfüllte Versammlungen der beteiligten Arbeiter statt, in denen die Organisationsleiter Bericht erstatteten. Nach lebhafter Debatte wurde beschlossen, in allen Betrieben, wo die Verhandlungen gescheitert sind, möglichst sofort die Kündigung einzureichen. Das ist nun in den meisten Fabriken — auch bei der Firma Rätcher — am Sonntagabend geschehen, der Rest wird, weil am Freitag Jahrlast ist, erst kommenden Freitag kündigen. Die in Frage kommenden 2000 Arbeiter bitten dringend, den Zugang von Rockmachern, Stehmachern, Tischlern, Metallarbeitern, Sattlern und Malern von Zeitz fernzuhalten.

Achtung, Glasarbeiter! Bei der Firma Hugo Schneider, A.-G. in Ober-Weißbach haben am Sonntagabend 30 Glasbläser die Arbeit niedergelegt. Alle Glasbläser werden dringend ersucht, Ober-Weißbach zu meiden, gleichfalls alle Glühlampnarbeiter und Arbeiterinnen.

Die bayerische Regierung als Vermittlerin in der Lohnbewegung der Rohglasbleifer.

Am Sonntag, den 29. Januar, tagte in Weiden eine Konferenz der Rohglasbleifer. Aus allen Teilen der Oberpfalz waren 40 Rohglasbleifer erschienen. Der Verband der Glasarbeiter war durch den Verbandsvorsitzenden Girbig und den Gauleiter Dirschel vertreten, die bayerische Regierung durch den Geheimen Legationsrat Dr. Rohmer. Der von den Unternehmern vorgelegte Tarif stand zur Beratung; fast sämtliche Teilnehmer verwarfen diesen Tarif. Die Zugeständnisse waren zu minimal und die Vertragsdauer von 8 Jahren und 7 Monaten erschien allen Delegierten zu lang. Die Abstimmung ergab, daß der Tarif mit 44 gegen 5 Stimmen verworfen wurde. Der Regierungsvertreter ersuchte, den Tarif anzunehmen, aber trotzdem erfolgte die fast einstimmige Ablehnung.

Darauf versuchte der Regierungsvertreter die Kongreßteilnehmer dahin zu beeinflussen, daß die Arbeit nicht niedergelegt würde, und als auch der Verbandsvorsitzende Girbig dieselbe Ansicht bekundete, erklärten die Kongreßteilnehmer, vorläufig weiterzuarbeiten. — Die Regierung wird jetzt erneut mit den Unternehmern in Verhandlung treten, und wenn die Vertragsdauer wenigstens auf 2 Jahre herabgesetzt wird und noch kleine Zugeständnisse bezüglich der Löhne gemacht werden, dürfte sich der Streik vermeiden lassen.

Eine Niederlage der Gelben.

Aus Nürnberg schreibt man uns: Bei der am Montag in den Nürnberger Werken der Siemens-Schuckert-Gesellschaft stattgefundenen Wahlen der Vertreter zum Arbeiterausschuß erhielten die Freiorganisierten 23 Sitze, die Gelben 4 und die Christlichen 1 Sitze. Im Vorjahre waren nur 23 Sitze zu belegen, wovon die Freiorganisierten 18 Sitze besaßen. Nach der vorläufigen Zusammenstellung der Listen der freien Gewerkschaften 4218 (3360 im Vorjahre) Stimmen. Die Gelben vereinigten auf ihrer Liste 890 (839) Stimmen, während die Christlichen sich mit 192 (189) Stimmen begnügen mußten. Ganze 9 Stimmen erhielten die Gelben Zuwachs in einem Jahre. Dieser Erfolg trotz der angeblichen Mitgliederzahl von 1900, trotz schamloser schriftlicher und mündlicher Agitation und trotz der weitgehendsten Protektion der Firma und des größten Teiles ihrer Beamten.

Da die Stimmabgabe abteilungsweise erfolgte, konnte festgestellt werden, daß in den Abteilungen, wo die Mehrzahl der Arbeiter entweder ungelernnt oder angelernt waren, die meisten gelben Stimmzettel abgegeben wurden. Ob die Firma eine große Freude an den gewonnenen 9 hat, möchten wir bezweifeln. Es muß sie doch schmerzlich treffen, wenn sich trotz aller Protektion und Subvention ihre gelbe Cumpfpflanze nicht in der gewünschten Weise entwickeln will.

Ausland.

Die Lohnbewegungen in Dänemark.

die sich auf ungefähr 40 Berufsgruppen mit 81 000 Arbeitern erstrecken, sind gegenwärtig größtenteils Gegenstand von Verhandlungen, die seit Mitte voriger Woche in Kopenhagen zwischen den Vertretern der Dänischen Arbeitervereinsung und des Verbandes der Gewerkschaften sowie den verschiedenen Berufsorganisationen gepflogen werden. Nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen ist anzunehmen, daß es teilweise zu einer friedlichen Einigung kommt, aber sicher ist das noch keineswegs. In der Textilindustrie haben sich die Parteien über die Hauptpunkte eines neuen Uebereinkommens geeinigt; es handelt sich jetzt jedoch um die Affordtarife der einzelnen Fabriken, über die teils in Odense auf Hünen, teils in Kopenhagen verhandelt wird. In der Herrenkonfektion in Kopenhagen sind die Verhandlungen bis jetzt ergebnislos verlaufen, und es scheint, daß sich der zum 1. Februar angekündigte Lohnkampf nicht umgehen läßt. Im Klempnergewerbe sind die Verhandlungen endgültig gescheitert, und die Arbeitgeber haben eine allgemeine Aussperrung über das ganze Land angekündigt. In der Holzindustrie hat man ebenfalls verhandelt, ohne daß Aussicht auf Einigung erzielt wurde. In dieser Industrie ist schließlich ein besonderer Ausschuh gewählt worden, der noch einmal versuchen soll, eine Grundlage für die Wiederaufnahme der Verhandlungen zu finden.

Gerichts-Zeitung.

14241. März untereschlagen.

Wegen Unterschlagung von Militärpensionen in Höhe von 14241. März hatte gestern die 2. Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Reichhelm gegen den aus der Haft vorgeführten früheren Bureaugehilfen Emil Bellach zu verhandeln. — Der Angeklagte war bei der Stadthauptkasse in Wilmersdorf als Bureaugehilfe angestellt. Zu seinen Obliegenheiten gehörte es unter anderem, die von der Regierung angewiesenen Beträge sich von der Kasse auszahlen zu lassen und dann nach Eingang der Quittungen der Pensionsempfänger an diese abzuführen. Hierbei verhand es der Angeklagte dadurch, daß er wiederholt das Datum auf den Anweisungen änderte, herbeizuführen, daß ihm die fraglichen Summen doppelt ausgezahlt wurden. Auf diese und ähnliche Weise ließ der Angeklagte in einem Zeitraum von 10 Monaten die Summe von 14 241 Mark in seine Tasche fließen. — Als ihm im August v. J. eine Revision drohte, ließ er alles in Eile und ergriff die Flucht. Er fuhr zuerst nach Paris, wo er bald in bitterste Not geriet. Nach allerlei Irrfahrten kam er dann schließlich nach Deutschland zurück, wo er sich der Polizei freiwillig stellte. — Vor Gericht behauptete der Angeklagte durch seine Weitleidenschaft auf die schwache Ebene gekommen zu sein und das unterschlagene Geld auf den Rennbahnen durchgebracht zu haben. — Die Strafkammer erkannte mit Rücksicht auf die Höhe der unterschlagenen Summe und den großen Vertrauensbruch des Angeklagten dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf 2 Jahre Gefängnis unter Abrechnung von zwei Monaten der erlittenen Untersuchungshaft.

Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co.

Gestern hat der Tod unseren Freund

Paul Singer

uns entrissen. Keiner hat uns allen ohne Unterschied mehr Wohlwollen, hat unseren Wünschen und Bedürfnissen mehr Verständnis und guten Willen entgegengebracht, als der Verstorbene, den die Berliner Genossen in diesem Vertrauen mit an die Spitze ihres Geschäfts gestellt hatten.

Ueber das Grab hinaus werden wir alle ihm ein treues Andenken bewahren.

Das gesamte Personal.

Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Bellealliance

Berliner Credit-Haus

Credit-Haus Moabit

Lubascher, S. Spandau

Wolter, Carl

Alkoholfreie Getränke

Sinalco (Bilzbrause)

Franz Abraham

Dece Brause

Si-Si

Falki

Bäckereien, Konditor

Arnold Bousier's Landrotfabrik

Feronia

Gaedicke's Bäckerei

Oskar Hanke's Brotbäckerei

Brotfabrik Buehl & Sohn

Bäckerei "Nordstern"

Bäckerei Ostater

Carl Kappler

Rich. Liebenow

Mache, Carl

Peter's Großbäckerei

Otto Scillat

Schütt, G.

Ulbrich

Heinrich Wittler

Bedenstafeln

Bürger-Bad

Canitz-Bad

Central-Bad

Bad Frankfurt

Bad Friedrichshagen

Bad Gonsels

Bad Hohenstein

Bad Helens

Erscheint 2 mal wöchentlich

Hohenstaufen-Bad

Bad Landsberger

Bad Jungbrunnen

Kur-Anstalt Löser

Kuranstalt M. Schulz

Köhn's Samariter-Bad

Bad Nord-Ost

Bad Ostend

Passage-Bad

Prinzen-Bad

Römer-Bad

Schiller-Bad

Silesia-Bad

Victoria-Bad

Bandagen, Gummil

R. Bauke

Wende, A.

Reiche, A.

Beerdig.-Anst. Sargm.

Beleucht.-Gegenst.

Becker, Reinh.

Bonzer, R.

Böttner, A.

Kronen-Grossmann

Neuendorf, G. P.

Preibisch & Schneider

Schrammar, H.

Berufskleidung

Wilh. Scholem

Schuch, M.

Wecker, A.

Bierbrauereien, Bierh.

W. Adelong & A. Hoffmann

Potsdamer Stangenbier

Bergbrauerei

Berliner Bock-Brauerei

Berl. Weissbier A. Landré

Weissbier C. Landré Act.-Ges.

Max Böhm

Bezugsquellen Verzeichnis

Brauerei F. Happoldt

Brauerei Königstadt

Brauerei Pfefferberg

Brauerei Tivoli

Brauerei Weißensee, G. Enders

Brauerei Engelhardt A.-G.

Groterjans

C. Habels Brauerei

Braueri Engelhardt A.-G.

Goldbier

Berliner Unions-Brauerei

S. D. Moewes

Müchener Brauhaus Berlin

Norddeutsches Brauhaus A.-G.

Pfönix-Brauerei

Richter & Co., J. C. A.

Roland

Schade

Schlossbrauerei Schöneberg

Schlossbrauerei Kronenbräu

Streblow & Co.

Ver eins-Brauerei Teutonia

Weissbier Albert Braun

Weissbier C. Breithaupt

Weißbier F. W. Hilsen A.-G.

Blumen und Kränze

Casper, Carl

Otto Hinz

Menzel K. Hixdorf

W. Zinke

Bouillon-Würfel

Nährmittel-Gesellschaft "Krone"

Michaelis & Co.

Butter, Eier, Käse

J. F. Assmann

Arenz & Popper

Butterhandlung Ackermann

Oskar Beck

Fritz Bartz

W. Riesner

Ernst Schneider, Spandau

Schröter, R.

A. Talman

Uhly & Wolfram

Vereinigte Pommersche Meiereien

Cacao, Chocolate

Cylix, G.

Die Fabrikate der "Sarotti"

Schön Nf., Kattüres, New-Friestadt

Seiffert, Erich

Teichmann, H.

Cigarrenhandlungen

Bräger, J.

Gorgas, M.

Alb. Kasulke

Klein, Wilh.

Krebs, Aug.

Willy Münstermann

Weber, K.

Walters, Theod.

Damenkonfektion

Hugo Ahronfeld

Max Arnsdorff

Blusen-Kas, Rl.

Carl Brinmizer

Cohn, Geschw.

Konfektionshaus Wedding

Dombrowsky

Holz & Ascher

König

Pappelbaum

Wagner, P.

Westmann

Wolf

A. Kieper, Nowawes

Drogen u. Farben

Adler-Drogerie

Adler-Drogerie

Unabhängende Geschäfte

Seefische vom Fangplatz

Hans Kunkel

Winkler & Barthold

Fleischer u. Wurstw.

Wilhelm Behr

August Birnstein

Brammer, Franz

G. Brenneke

G. Brucklacher

Gericke & Wolfram

C. Müller

Jacob, Otto

Junghuth

Knieschase, A.

Kurt Kranke

Paul Krüger

Gust. Lenz

P. Moldenhauer

Georg Reiner

Max Richter

Rössel, F.

Rühlmann, P.

Schröder, G.

J. C. Schütze Nachf.

Heinr. Schupke

Sellach, Th.

Georg Stasnowski

Rob. Stindt Nachf.

Paul Tieg, Chausseestr.

Troike, Th.

Weisch, Charlt.

Franz Wollmer

Fahrräd., Nähmasch.

M. Abels

Carl Alm

Brennbar

Bosling, E.

Alex. Dam

Fahrrad-Leihhaus

Unabhängende Geschäfte

Geestmünde

H. Matzker

Stephan Moderer

Otto Menzel

Merker, P.

Gottfr. Meussling

Josef Michel

Adolf Nagel

Karl Petrich

Jul. Pyttlik

Fritz Rasch

Peter Rechel

Rhinow, A.

Wilhelm Röder

Walter Rößler

Ottomar Rudolph

E. Schauer

Rob. Schäfer

Al. Scherer

Rich. Schödel

Edouard Schmid

J. Scholz

Schönhauser, Centr.

Oskar Schubert

Albert Schucht

O. Schreiber

W. Tauche

Fr. Thiel

Thiel, N.

Thüring. Fleisch-u. Wurst-Fabr.

F. Sommermann

Feine Fleisch-u. Wurstwaren

P. Tietze

Karl Unte

Franz Velt

Wilhelm Vogel

Wilh. Vogel

E. Watzel

C. Wiese

Herm. Wilhelm

Fritz Wiesstruck

August Will Spandau

Gottlieb Wloch

Wo

Oskar Fritsch

L. Friede

Gerhardt

H. Gerndt

L. Grelling

Feine Fleisch- und Wurstwaren

Oskar Fritsch

L. Friede

Gerhardt

H. Gerndt

L. Grelling

Feine Fleisch- und Wurstwaren

Oskar Fritsch

L. Friede

Gerhardt

H. Gerndt

L. Grelling

Feine Fleisch- und Wurstwaren

Oskar Fritsch

L. Friede

Gerhardt

H. Gerndt

L. Grelling

Feine Fleisch- und Wurstwaren

Oskar Fritsch

L. Friede

Gerhardt

H. Gerndt

L. Grelling

Feine Fleisch- und Wurstwaren

Oskar Fritsch

L. Friede

Gerhardt

H. Gerndt

L. Grelling

Feine Fleisch- und Wurstwaren

Oskar Fritsch

L. Friede

Gerhardt

H. Gerndt

Sprengel, A. Wienerstr. 14 B. Hütte u. Schirme Steinhardt, O., Königsberg, Str. 30. Emil Zallo, Gr. Frankf.-Str. 60.

Herren-u. Knabengard. Amerikan. Verkaufshaus Frankfr. Allee 194.

J. Baer Badstr. 26, Ecke Prinzen-Allee. Behrens, R., Kels.-Friedr.-Str. 226 Berg & Co., Wilsnackerstr. 63.

Besser, Friedrichshagen, Friedrichstraße 100. Hesser, Julius, Rl., Bergstr. 19. Max Flataner Oranienstr. 152.

Hamburg-Steglitz Nr. 103. Hirschfeldt Reichenbergerstr. 55. Lieferant d. Konz.-Genossenschaft

Herren-Konfektionshaus Frank & Co., Brunnenstr. 60. Mohr, A., Spandau, Lutherstr. 18.

Nöke, J., Spandau, Klosterstr. 19. S. Hoffmann, Charl., Wilmersd. 1412. Paul Ihlenfeldt, Thurmstr. 44.

Inhaber Perleberg nur in P. S. Perleberg 68 Chaussee-Str. 68, v. a. Boystr.

Rud. Israel, Grüner Weg 55. Max Kaplan, Friedrichstr. 1.

Große Auswahl fertiger Kleidung. Solide Maßanfertigung. S. Rajmer, N. Bacht. 45 46, O. Adlerstr. 52.

Leske & Stupocki, Schick-Allee 79 u. Marcus, S., Fritze u. Malchowskier Müller, Adolf, Grüner Weg 75. Ost, W., Frankf.-Allee 117, a. Maß.

D. Perleberg Berlin N.O., Chaussee-Str. 63, Ecke Lindenstraße. Herrenmoden (Fortsetzung) Brunnenstr. 173.

S. Posner Norden-Märken. Streng reell u. preiswert! d. Firma Hehr, Ferester Reichenkronerstr. 8.

Rosner, Max Schmiedlerstr., Bld., Bergstr. 3031. Lager fertig und nach Maß. Schachmann, Louis, Brunnenstr. 51.

77 Kottb serdamm 77 August Schega Berth. Schweriner, Wrangelstr. 55.

Joseph Warszawski Prinzenstr. 17. Sakalitzstr. 119 u. 127.

Hüte, Mützen u. Pelz. Antoni, Schönhauser Allee 118. Apelt, E., Rl., Hermannstr. 151.

Bazar Norden Rosaentalerlor. Weidenstr. 37 u. Bergstr. 139.

Cohn, Simon, Goldstr. 82. Drews, Alwin, Kottb.-Damm 22. M. Grund Brunnenstr. 177.

Hansen, Osten, Koppenstr. 18. Max Holnow, Al-Mosch 90. Hut-Centrale Oranienstr. 2.

Jacob, Onkar, Schönk.-Allee 104. Kehr-Hüte Friedrichsh. 35 (Königstr.). J. Kock, Kastanien Allee 80.

Alfr. Krug, Hutfabr. 1. Gesch. Brunnenstr. 54. H. Schönb. Al. 113. Leser d. Zeit. 95, Bab.

A. Lemaire, Wilmersd., Berlinerstr. 112. Liebe, B., Boxhg., Bahnhofstr. 35. LOBER-HÜTE Frankfurter Allee 162.

Mandel's Hutfabrik Fikt. Chaus. Fratall, A., Frankf.-Allee 149. Peters, A., Warschauer Str. 19.

Prager, Hutfabr., Prenzl.-Allee 27. Pulvermann, Grüner Weg 84. Rieck, Em. Badstr. 64.

Ring, A., Rosenhaller-Str. 19. Wilhelm Rother, Hermannstr. 94. Schoer, Herm., Wilmersd. 31. 46. L. Schoop, Skälitzer Str. 127.

Vester, E. Kottbuser-Damm 18/19. Welner, H., Greifswalderstr. 25. Wirschafterstr., Nchl., Brunnenstr. 147.

„Zur Flora“ Rixdorf, Bergstr. 27. Kaffee-Spezialgesch. A. Kobbelt Invalidenstr. 19.

Oskar Krüschke Allee 70/4. Kaffee-Surrogate M. Bathke Malmö-Str. 35.

Kaffee-Vorwand n. all. Stadtheiten. Kartoffeln, Gemüse R. Grotlich, Brunnenstr. 123, III. 7772.

Dobner & Reuter, Kartstr. 122, fr. Kolb. Kaufhäuser Z. Alexander & Co., Badstr. 55.

Geschw. Blank, Bergstr. Chaus. 17. Adolf Hirsch, Ober-Schöneweide.

Holz & Ascher O., Frankfurter Allee 65. N. Schönhauser Allee 127.

Adolph Lewinski Badstr. 19. Alfr. Hirschner Grünwaldstr. 14.

Kaufh. Herm. Levy Brunnenstr. 50, Ecke Strals-Str. Kaufhaus Gebr. Preuß Berl. NW, Zeugnis- & Huttenstr.

Beste Bezugsq. für schneid. Manufaktur. Spez. Damenkonf. Streng reell! Spez. Damenkonf. Streng reell! Spez. Damenkonf. Streng reell!

Gustav Levy, Spandau, Lutz, Fr., Baumschulenweg. Eduard Roha, Ob.-Schöneweide.

Kautabakfabriken Kenner können nur Kautabak von H. Carl Hagenbruch, Mühlhause 17.

Kinematogr.-Theater Gramadecki, F., Warschauerstr. 63. Reform-Kino, Reichenkroner-Str. 20/27.

Hermann Wöhling, Brunnenstr. 161. Kohlen, Koks, Briketts Rod. Baler & Co., Wilmersd. 1412.

Gerstberger & Müller Wilmersd. 1412. Ferd. Gräning Jungstr. 11, Teloph. VII 7921.

Aug. Grimberger Rixdorf Reuterplatz 3. Guse & Co. Rixdorf Reuterplatz 3.

M. F. Leyke Hauptkontor zur Kgl. Nordbahnhof. Das Beste für Ofen u. Herd.

J. Ferdinand Leyke sen. Rammerstr. 35. Loebell, L., Kohlenbahn. Wedding. Georg Knöpfel & Sohn Lynarstr. Brunnenstr. 14.

J. Mannheim, Füllten im Osten. Gebr. A. & J. Podzuweit, Giebiestr. 62. Putznerstr. 1. Swinowunderstr. 121. Söwlerstr. 19. Schleimannstr. 27.

L. Sager & Co. Blumenstr. 22a, Gr. Frkf. Str. 94. Hehr, Schupke Filialen in Moabit. Herm. Schupke & Co. G. m. b. H. Filialen in Siemon, A. R., Köpenick. Wedding.

Kolonialwaren Abend, H., Rumburg, Seestras. 4. Otto Albrecht, Lybenerstr. 11.

Heinrich Arndt, Pennstr. 49. E. Aitkowitz, N. Fehmarnstr. 7.

Ernst, A., Virochow-Krankenhaus. Theodor Anthoner, Solmsstr. 22. Gustav Bahr, Möllstr. 108.

Babel & Hauke, Wilsnackerstr. 44. T. Otto Ball, Wiener Str. 8.

Barz, Wilh., NO, Weberstr. 3. Gustav Behrens, Akazienstr. 8.

Oranienstr. 2. Franz Bonk, Koppenstr. 48.

Richard, O., Mühlenerstr. 1. Frig Böke, O., Mühlenerstr. 44.

Brandt, Paul, Glogauer Str. 25. Braun & Ziegner, Usedomstr. 77a.

Budach, Franz, O., Gollitzerstr. 23. Georg Burow, Stromstraße 32.

Busse, Otto, Memelerstr. 7. Claasen, Abraham, Wilmersd. 30. J. R. Damm, Kattzierstr. 19.

August Dankert Max Dähnich, Rl. Waserstr. 53. Carl Eamke, Cöpenick.

R. Ehrig, Liebenwerderstr. 47. Gustav Eigendorff, O. Mühlenerstr. 29.

Hummelstr. 25. Joh. Eichler Voltstr. 5.

Hermann Elias, Stephanstr. 55. Arthur Enke, Amsterdamerstr. 19.

Walter Fähr, Cöllinerstr. 10. A. Flebach Nachf., O. Louis Körner, S. Schwelmerstr. 24.

A. Fiedler, Köpenick, Nippelstr. 41. C. E. Fink, N. Panstr. 7.

Rudolf Fink, Turmstr. 6. Max Fink Nachf., Babelsbergerstr. 11.

C. Fink, Hildorf, Donaustr. 118. Foerster, Helmar, Ob.-Schöneweide.

Wilhelm Franz, Steinstr. 56. vorm. Rob. Mücke. H. Fricke, Frankfurter Chaussee 154.

L. Friedrich, Mariendorferstr. 15. Herm. Gattopp, Kolonnenstr. 39.

A. Gaultke, Gneisenauerstr. 26. Max Gaultke, Stralauerstr. 20.

Fritz Gerull, Beusselstr. 75. W. Gehring, Reichenkronerstr. 124.

O. Gernemann, Wobertstr. 196. H. Goerlich, Reichenkronerstr. 54.

Georg Gruber, Ob.-Schöneweide. Hermann Gusch, Adlerberstr. 19.

Doitzger, Str. 14. Grabitz, Breslauer Str. 4.

Grabert, Emil, Reichenkronerstr. 25. Max Gröbe, Torstr. 18.

Richard Grogger, Wilmersplatz 1. Fritz Günther, Mantelstr. 71.

Adolfstr. 27. Wlth. Grüning, Reichenkronerstr. 70.

S. Gröbe, Rl., Waserstr. 306. Gebr. Hajesch, Weidenweg 24.

Max Hanbölzer, Gobenstr. 16. Stargarderstr. 60/66. Eckhass Lybenerstr.

Otto Hampe, N. Wiesenstr. 18. H. Hartung, Reichenkronerstr. 124.

Haselau, W., Rodenbergstr. 33. Albert Haube, Dunkerstr. 53.

Max Häusler & Co. Kaffee und Kolonialwaren. Versand frei Haus.

Ad. Hedwig, Auguststr. 51. Heinicke, Wlth., Markgrafend. 37.

Heinrich, R. Bergstr. 144. Kais.-Friedr.-Str. 348.

Gustav Henschel, Siemensstr. 14. Spandau, Schönwalderstr. 20.

Herrfarth, Eng., Weidenweg 5. Herm. Hermisdorf, Waldstr. 11.

Herrmann, Alfr., Oppelnerstr. 9. Ecke Wraugelstr.

Paul Herrmann Badstr. 23. Hilfrich, A., Mehlhandlung, Eberlystr. 35.

Rich. Hobbinder, Wollinerstr. 11. Hoffmann, M., Adlershof. Emil Hübner, Frankfurter Allee 61.

Fritz Hübner, Schliemannstr. 11. H. Jacobi, Köpenick, An d. Markt. Isert, Eugen, Gollitzer Str. 54.

Paul Ischoff, Hamelstr. 19. Söwlerstr. 20. Rodenbergstr. 7.

Georg Jonas, Beymestr. 41. Oscar Just, Pastorenstr. 41. Müllerstr. 156 a.

Fritz Jurrack, Hlbg., Kottb. 51/31. Kamm, Max, Grünstr. Weg 20.

Kapela, K., Petersburgerstr. 74. Kaselitz, Glogauerstr. 18.

Kastier, M., Mehlhandlung, Gubener Str. 18.

Max Katzker, Liegnitzer Str. 31. Reinhold Kelm, Waldemarstr. 57.

Max Kelm, Köpenicker Str. 21. Kieburg Nfg., Charl.-Schloßstr. 4.

H. Kündell, Stall-, Friedr.-Karlstr. 14. Georg Kloppe, Kl. Andreasstr. 1.

Klemke, Carl, Kraustr. 54. Robert Klette, Rykostr. 43.

Knoth, C., Carmen-Sylvesterstr. 108. Wlth. Koch, Nchl. Wilmersdammstr. 24.

Max Kohlhorn, Stralauerstr. 24. Kraatz, Georg, Schönhauserstr. 11.

Kramer, Rich., O. Kropfstr. 17/15. Krüger, O., Friedrichsbergerstr. 123.

Kühn, Oswald, Müllerstr. 121. Carl Kuppe, Spindlerfeld.

Max Lange, Camphausen-Str. 21. Paul Letzner, N. Bötigerstr. 2.

Liebig, Georg, Warschauerstr. 20. G. L. Liese, Cöpenick, Schloßstr. 8.

Liesinger, Otto, Simpson-Str. 29. Max Lige, Tegelerstr. 22.

Gustav Link, Neue Hocharstr. 30. Krausnickstr. 12.

Lips, Chamissoplatz 8. Frig Lobeth, Rl., Hermannstr. 42/41.

Herm. Loewa, Tegel, Berlinstr. 11. Lossner, G., Warschauer Str. 3.

Fris Lutz, Yetadorstr. 17. Aug. Luchmann, Ruppinerstr. 21.

Luckner, Polke, Hlbg., Weichenstr. 7. Kolonnenstr. 39.

Lutze, Herm., Schwandorferstr. 1. A. Matschke, A., Cöpenickerstr. 27.

Simon-Dachstr. 5. Boxhg.-Str. 13. Ruppiner Str. 24.

Paul E. Maass, Swinowunder-Str. 58. Marnholz, W., Treptow. G. Meierstr. 19/20.

Martini, Erich, Rixd., Allerstr. 29. Wilmersdammstr. 29.

Wilhelm Marx, Tegeler Str. 38. Karl Mauritsch, Thierstr. 3.

Karl Mercier, Huttenstr. 3. Meyer, Gust., Insterburger Str. 2.

5 Geschäfte in Nord-Berlin. Mielke, Max, Huttenstr. 35.

Mewes, Adolf, Warschauerstr. 55. Minke, Carl, Frankf. Allee 69.

Hugo Möhlhoff, Glogauer Str. 33. Moritz, Alfr., Rl., Waserstr. 181.

Max Moysich, Wilmersdamm-Str. 46. Paul Mulack, Mariannenstr. 40.

Müller, G., Kottbuser Damm 31. I. I. Müller, S. 155, Kasselerstr. 18.

Münchow, Rob., Schwedter-Str. 12. Alb. Müller, Petersburger Str. 19.

Boxh.-Rummelabg. Murnigkeit, G., Wismar-Platz 2.

Burgdorferstr. 3. Albert Nass, Burgdorferstr. 3.

Nauk, Wlth., Rl., Waserstr. 16. Alb. Nehm, 2 Geschäfte im Nord.

Hohenlohestr. 5. R. Nerlich, Sutter u. Kise. W. Niese, Säckgasse 54, Ecke Uferstr.

Wlth. Obig, Wilhelmshav. Str. 58. Fringen-Allee 38.

Ecke Soldiner Str. Otto Odebrecht, Pankstraße 6.

Frig Pfeiffer, Tempelhof. Paul Pistor, Berlinstr. 112.

A. Plaack, Oderberger Str. 24. Julius Plotke, Reichenkronerstr. 12.

Neue Hocharstr. 31, Eng. Pallaststr. 0. Pohl, Metzler Str. 22.

Fritz Polihaus, Grafenstr. 30. Priebke, E., Boxhg.-Chaussee 22.

Prochnow, Pankow, Wollankstr. 19. P. Puhlmann, Woldenbergstr. 30.

Carl Quast, Prinzen-Allee 15. Herm. Radke, Cöpenick. A. Ramhold, Prinzen-Allee 18.

Gebr. Horn, Spandau, Karl Huhn, Schererstr. 3. Janicke, F., Langestr. 81.

Kerker, J., Kopenickstr. 21. Hans Key, Barnimstr. 14.

Eugen Klett, Culinstr. 23. Willy Knoke, Pallaststr. 27.

Korn, Hugo Wrangelstr. 117. B. Krüger, Schönk., Hauptstr. 133.

E. Kunze, Charl., Knobelstr.-St. 16. Künzel, S. A., Mantelstr. 21.

Kurzleben, H., Andreasstr. 4. Köhler, H., Köpenickstr. 112.

Gebr. Lange Wrangelstr. 30/22. Al-Mosch 81. Krümme Str. 54.

5% Rabatt. Lau, W., Posenerstr. 15, Stralauer-Allee 127.

P. Leuzberg, Landsbg. Allee 127. Rob. Linde, Andreasstr. 13.

Lüdtke, H., Fruchstr. 57. Bernh. Warmacher, Sennerstr. 27.

Ulrich, F., Rl., Warthestr. 13 u. 98. Ulrich, O., Rl., Fries-Randstr. 20.

Viol. K., Lichtenberg, Weichenstr. 15. Gustav Voeltz, Mühlenerstr. 55/56.

Gustav Voigt, Wiener Str. 47. Carl Vogt, Sickingenstr. 80.

Erich Vogt, Siemensstr. 23. Walther, Alfred, Birkenstr. 23.

Walter, Karl, Pillauerstr. 1. Ad. Wendig, N. Zionskirchstr. 6.

G. Werner, Weissasse, Währstr. 14. Ernst Wilde, Bastianstr. 17.

W. G. Wierprecht, Memeler Str. 27. Adminalstr. 40a.

Reichenstr. 163. Wittenbeck, Fr., Adminalstr. 29.

Ziegler, Otto, Rl., Siemonstr. 25. Korbwar., Kinderwagen. Metzners, groß. Spezialhaus Kinderwagen.

Metallbetteil., Kinderrad, Klappstuhl. Berlin N. 95 Brunnenstr. 95.

Lesern 5% Rabatt. Katalog gratis. B. Becker, O. Waserstr. 34.

Kinderwagen, Puppenwagen. Polsterbetteil. Klappe, Mollstr. 20.

Grundke, Herm., Gr. Frankfurterstr. 11. Kossin, Oppelnerstr. 49, Schl. Turmstr. 11.

Metzners, Filiale Beusselstr. 67. Krankentbedarfsartikel. Fischer, Wlth., N. Siemonstr. 51. 114.

Lange, A. E., Brunnenstr. 167. Lederwaren. Gg. Engnath, Sattlerstr. 61.

Carl Fessel, Nachf., Gr. Frankf.-Str. 135. Spez. Tauch., Nappes, Vertenssasse usw.

Rixdorf. Glatz & Langner, Invalidenstr. 128.

Paul Kratky, Stralauer Allee 44. Adolf Kubr, Stralauer Allee 44.

M. Rector, Brunnenstr. 6. Bob. Voigt, Bismarckstr. 87. E. Fahr. Sattlermeister Chaussee 60.

Otto Wehner, Sattlermeister Chaussee 60. Lehranstalten. Zuschneide-Schule des Deutschen Schneider-Verbandes, v. V., Berlin, Mauerstr. 86 85, 7. 13401.

Hartkes Zuschneide-Akademie, Schloßplatz 3, Damen-Wäscheerschneid., Prospekte frei. Schneider-Akademie. Rudolf Maurer, Friedrichstr. 55a, Ecke Mohrenstr.

Dir. Rösners, Basistatistik: Buchhalterische Stenographie, Schreibmaschine (125 Maschinen). Rosenhallerstr. 65 a. Seydelstr. 1.

Strahlendorffs Handels-Akademie, Bornstr. 10 u. 11, II., III. Etage. Größtes Institut für den Ausführl. Lehrpläne unmont.

Technikum, Bauschule, Charlottenburg, Gauerstr. 1. am Krls. Täglich 8-9 Uhr. Massag. Thier Brandt. Bäder jeder Art.

Linoleum u. Wachs. Rausch, Rich., Linoleum-Fabrik. Niedrigste Warschaperstr. 51.

Manufakturwaren. Belwe Nchl., Otto, Turmstr. 50. Modenhaus. Konsum-Gesellschaft. Berlin u. Umgegend. Kleiderstoffe, Wäsche, Wollw. Frankfurter Allee 105.

Grünberg Nachf., M., Modenwaren. Hoffmann, M., Ernst, Beusselstr. 27. Grüner Seidel, M., Weg 45.

Mehlhandlungen. M. Anders, Usedomstr. 19. Conrad Adam, Charl., Cöpenickstr. 26.

W. Bachmann, Charl., Schloßstr. 12. E. Baumgrüner, Pankow, Köpenickstr. 20.

M. Bock, Paul, Stralauer-Allee 29b. Bordsack, O., Rl., Kais.-Frdr.-Str. 29.

C. Bosse, Reichenkronerstr. 21. H. Brest, Pankow, Berlinstr. 4.

Berlin, Kastanien-Allee 3. Fritz Brosius, Rl., Zionskirchstr. 65.

Elbe Str. 29, Richardstr. 69. Kranoldplatz, Berl. Grünerweg 43.

AN Gilnische, Radow. Bagger, Rob., Kl. Hlbg., Schloßstr. 11. O. Erhardt, Charl., Potzd. Str. 13.

Knobelstr. 11. Prese, Ernst, 5 Geschäfte in SO.

Friedrichsohn, Landsberg, Str. 75. J. A. Fürstenberg, Lindenerstr. 95.

Gaede, Otto, Charlottenburg. Paul Gaede, Spandau. Hugo Gessler, Rixd., Hermannstr. 81.

Grossier, Gebr., Rixd., Allee 198. Job. Günther, Grafenstr. 60.

Hammerstädt, G., Str. 10. Horn, Hecht, Wilhelmstraße 26.

Heinrich, R., Rixdorf, Bergstr. 144. Kais.-Friedr.-Str. 246.

Herrguth Nachf., Reichenkroner-Str. 7. Hesse, Kolonnenstr., Mühlenerstr. 31.

Hippel, Carl, Hlbg., Pflügerstr. 75. E. Hoffmann Nfg., Gollitzerstr. 23.

Manke, M., Münzstr. 12. W. Marx, Charl., Odenabr.-Str. 27.

G. Meyer, Hlbg., Str. 19, Wilmersd. 11. Heinrich Mühlberg, Chorinerstr. 24.

C. D. Neumann, Alle Sämerlein. Nietsch & Rabsahl, Pahl. Nowack Nachf., Spandau. Otto Nowack Nachf., Spandau.

Jul. Penner, Rixdorf, Allee 170. A. Plaetrich, Gollitzerstr. 14.

F. Pflügmacher, Colonnenstr. 48. Funzel, Alfr., Simon-Dachstr. 2.

Alex. Rambold, Rixdorf,

Carl Stühr, Dresdenstr. 134.
Sturm, Erich, Tegeth, Hornrad-Str. 1.
Paul Trenk, Charl. Spand.-Str. 32.

„Friedrich Wilhelm“
Berlin W8, Behrenstr. 58-61
Lehmann, Sierakowsky-Arbeiterver.
Mit u. ohne Arztl. Untersuchung.

Julius Loewenberg Nachf.
Warenhaus M. Hirsch
Spandau
Waschmittel
Verlangen Sie
„Edelweiß“
Krone aller Waschmittel.

Weine, Liköre u. Fruchtsäfte
Hugo Selig
50 Filialen in allen Stadtteilen
Bettinger, Eug., Wald-Ecke, Wiekf.

G. m. b. H. Berlin, Auguststr. 60.
Bitte Freitag, zu verl. Tel. III. 8192.
Wermuth, Oswald, Kopsack-Str. 1.

R. Lehmann, Inh. Wister, Kopsack-
Eugen Lewald
Ch. Loewy, Rixdorf
A. Lüdek, Rixdorf

Stawenow, Carl, Carl-Str. 40
L. Viersarm, Zionskirchstr. 34.
E. Voigt, Reichend. Anst. 191.

OXO Bouillon-Würfel
der Liebig Gesellschaft
geben mit kochendem Wasser
übergossen, schnell, bequem
und billig eine Tasse
guter Fleischbrühe.
Preis 5 Pfg. das Stück.

MANOLI CIGARETTES
Dandy Chic Gibson Girl Diva
Lieferant der
französ. u. italien. Tabak-Regien.

50 Pf. Artikel Vereins-Bazar 95 Pf. Artikel
Verlosungen, Damenspenden, Preise.
Reichste Auswahl vorteilhaftester Gegenstände, darunter auch
viele Artikel 2 Stück 50 Pfg.
Wilhelm Gotthelf
Berlin S., Oranienstr. 140 u. d. 141,
zwischen Moritzplatz u. Brandenburgstr.
Telephon: Amt IV, 4170.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche
und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort
(fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben
zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahme-
stellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis
12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69,
bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Bilder laufen Sie direkt Fabrik
bei Bogdan, Weinmeisterstr. 2.
Tepiche: (Seidenstoffe) in allen
Größen, fast für die Hälfte des Wertes

Monatsanzüge und Winter-
paletots von 5 Mark sowie Hosen
von 1,50, Gebrodanzüge von 12,00,
Frack von 2,50, sowie für torpente
Figuren. Neue Garderobe zu tausend
billigen Preisen, aus Handarbeiten ver-
fertigte Sachen kauft man am billigsten
bei Rah, Lindenstr. 14.

Geschäftsverkäufe.
Zigarrengeschäft - Einrichtungen
in durchaus reicher, geräumiger
Welle durch Carl Höder, Berlin O. 27,
Grüner Weg 112, Amt VII 3861.

Möbel ohne Geld bei ganz kleiner
Anzahlung geben Wirksamkeit
und einzelne Stücke auf Kredit unter
äußerster Preisermäßigung; auch Waren
aller Art. Der ganze Laden läuft
bei uns. Kreutzmann u. Co., Kopp-
str. 4, Schleißer Bahnhof. 1951R

Musik.
Klavierschüler. Erwachsene
Schnellmethode. Monatspreis 3,00,
Klavierübungen frei. 20 Klavier-
Kursus, Kronenstr. 147
Korffplatz, Uniontheater. 15/20*

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Junger Mann, 18 Jahre, sucht
Stellung, Lager oder Expedition
eventuell Unterführung Lageristen,
Expediten. Offerten J. 65 Post-
amt 65. 1133

Freihändler! Totalverkauf!
Handelshaus Gauselstr. 60.
Spottpreise. Allerbeste Reife
empfehlenswert. Verlässliche Händler.
Wegenerstr. 160, Oranienplatz; Rehen-
str. 54.

1000 neue Nähmaschinen. Prima
Langschiff für Familie 55 Mark, Ab-
zahlung 75 Mark ohne Anzahlung.
Bellmann, Galkowstr. 20, nahe
Landsbergerstr. 2057R*

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“
Berlin C. H. Bahnsch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstr.
W. G. Schmidt, Kirchstr. 14.
O. R. Da Seltz, Friedrichstr. 4, Gustav Vogel, Kopp-
str. 83, H. Wengels, Gr. Frankfurter Str. 120

Wohnungen.
Stube und Küche und 2 Stuben
und Küche Frankfurter Allee 165.
Veteranenstr. 20. Sonnige
abgelassene Zimmer, Drei-
zimmer-Wohnung, großer Korridor,
24, 30 Mark.
Hofwohnungen Stube, Küche,
20 und 22 Mark, Urbanstr. 102.

Vermietungen.
Laden mit Wohnung, für jedes
Geschäft passend (20 Jahre Verweisung),
dermiert Guroystr. 32 I. 118*

Stoffe.
der bereits längere Zeit im Dis-
kontantenwesen tätig gewesen, in
der Führung des Bedarfs und
mit der Abfertigung des Publikums
durchaus vertraut ist, wird sofort
verlangt. 270/30

Berliner Nachrichten.

Reisegefährten.

Tagtäglich fahre ich mit ihnen in demselben Vorortzuge. Draußen im Norden der Niesenstadt haben sie ihr bescheidenes Heim. Die Stadt ist ihnen mit den hohen Mietpreisen zu teuer. Und auch an die dumpfe Eintönigkeit einer Hofwohnung könnten sie sich nicht gewöhnen, sagten sie mir. Erst in späten Jahren vertauschten sie das Dorf mit der Millionenstadt. Die Kinder schrieben, sie sollten nur kommen. Aber ein alter Baum verpflanzt sich schwer. Wenn sie auf dieses Thema zu sprechen kommen, seufzen sie beide.

Und sie sind redselig, die beiden Alten. In ihrem breiten Dialekt, den der vierjährige Großstadtaufenthalt schon ein wenig abgeschliffen hat, erzählen sie gern von den Qualen ihrer Jugend- und Mannesjahre. Zwei Finger der linken Hand hat der eine in einer Drehmaschine gelassen. Die schmale Rechte haben sie ihm erst im Vorjahre gekürzt. Er sei ja jetzt mehr arbeitsfähig als früher. „Mehr arbeitsfähig!“ Er blinzelt mich bei diesen Worten immer mit seinen tränenden, zwinkernden Augen an und spuckt verächtlich zur Seite.

Der andere hat eine schiefe Schulter. Ein Sturz vom Heuboden brachte sie ihm. Früher, als er bei den Manen stand, war er gerade und wohlgepflegt. Zehn Wochen lang lag er im Hospital der Kreisstadt. Eine Rente bewilligten sie ihm nicht. Der Herr Verwalter befandete, daß er den Sturz der eigenen Unvorsichtigkeit zuschreiben habe.

Beide haben die besten Jahre des Lebens hinter sich, sind hoch in den Sechzigern. Aber etwas Kerniges ist in ihnen, daß man sie, trotz ihrer krummen Rücken und trotz ihrer wässerigen Augen, um Jahre jünger halten könnte. Ihre Finger sind krumm, ihre Nägel zersplittert und zerschliffen, ihre Hände braun und rissig von Schwielen. Ein Kranz blond-weißer Haare umstarrt ihre Schläfen und Stirnen. Als Gelegenheitsarbeiter verdienen sie ihr häßliches Brot. Ihnen dünkt Arbeit und Verdienst etwas Köstliches. Denn sie fühlen sich als Menschen, wie man sie sechs Jahrzehnte hindurch auf dem Gute des Heimatdorfes niemals würdigte. Um die Politik haben sie sich nicht viel gekümmert. Aber das wissen sie, daß man sie ausgebeutet hat nach Strich und Faden. Daß sie so ihr Menschentum mit Füßen treten ließen, wurmt sie noch heute. Und ein Schmunzeln zieht über ihre harten Gesichtszüge, wenn sie sehen, daß einer der Mitsahrenden den „Vorwärts“ aus der Tasche zieht, ihn zu lesen. Dann werden sie meist gesprächig und bringen Erinnerungen hervor, daß einem die Zähne aufeinander knirschen und sich die Hand zur Faust ballt. Sie aber haben auf alle Hornesausrufe nur ein monoton-bedächtiges „Ja, ja! So war's!“

Und sie hängen dennoch an der alten Heimat, die sie verließen. Man sieht das an ihren Augen, an ihrem Nienenspiel, wenn der Zug dem Häusermeer der Großstadt entzogen und sich rechts und links Acker und Wiesen breitet. Dann glimmert das Leuchten einer inneren Freude über die alten, verrunzelten Gesichtszüge. Dann weisen die krummen, knöchigen Finger hinaus auf eine verschneite Scheune, auf eine Lichtung oder auf eine Koppel. Die weissen Wippen bewegen sich zitternd. Ein Wort bringen sie nicht hervor. Aber die alten Köpfe nicken leicht vor sich hin und hinter den blinzelnenden Augen träumt ein liebes Träumen und Gedenden...

Zur Sicherung der Schulkinder bei Ausbruch von Feuer hat die Abteilung für Kirchen- und Schulwesen der königlichen Regierung in Potsdam eine umfangreiche Verordnung erlassen, die von mehr als 60000 Kindern Interesse ist. Sie gilt auch für Privatschulen. Keine Haustür, heißt es darin, darf während des Unterrichts verschlossen sein. An allen Haustüren sind Vorrichtungen zum Offenhalten anzubringen. Haus- und Kastenöffnungen, die nach innen ausschlagen, sind nach außen aufschlagend einzurichten. Die Fenster der Klassen im Erdgeschosse dürfen nicht durch Schraubenschlüssel verschlossen, sondern nur verriegelt sein usw. In jedem Vierteljahr sind die Kinder zu belehren, wie sie sich beim Feuer zu verhalten haben. Mindestens einmal im Halbjahr ist das Verlassen des Schulhauses auf ein Signal hin praktisch zu üben. Auf ein Zeichen öffnet der Lehrer die Tür seiner Klasse. Die Kinder treten ohne Hast aus der Bank und gehen, je zwei sich anfassend, unter Zurücklassung aller ihrer Sachen von dem Lehrer geführt, nach dem Ausgang. Kinder mit körperlichen Gebrechen hat der Lehrer zu geleiten. Kein Kind darf dabei sprechen oder sich bücken. In jeder Schule muß an leicht sichtbarer Stelle die Verordnung anhängen.

Der Vertagung verfiel gestern der mit der Regelung der Lohnfrage der städtischen Arbeiter eingesehete Ausschuss, weil der Magistratsvertreter in letzter Stunde unablösblich war.

Verichtigung. In dem gestrigen Artikel „Das Mitbringen von Schwarz“ muß es im letzten Absatz heißen: „Zum Abendessen wird durchgängig, auch an arbeitende, einen Tag um den anderen kein Belag geliefert.“

Der Begründer der Aschingerbierhallen, August Aschinger, ist im Alter von 40 Jahren gestorben und gestern beerdigt worden. In Gemeinshaft mit seinem Bruder, der im Jahre 1900 gestorben ist, gründeten die Gebrüder Aschinger die bekannten Aschingerhallen, womit sie in Berlin einen neuen Typ von Erfrischung schufen. Es dauerte auch nicht allzulange, so entstanden in den verschiedensten Teilen Berlins die blauweih gezeichneten Aschingerbierhallen. Schließlich führte die Entwicklung des Unternehmens dazu, daß eine Aktiengesellschaft den Betrieb übernahm, die ein großes Hotel und ausgedehnte Weinstuben errichtete. Weniger zufrieden mit dieser Entwicklung waren die Angestellten. Die Arbeitsverhältnisse und die Behandlung der Angestellten wurde in den ersten Jahren sehr gelobt. Die Arbeitszeit war, wenn auch immer noch sehr lang, so doch einigermaßen geregelt. Der Verdienst war im allgemeinen gut. Solange der Einfluss Aschingers selbst vorherrschend war, wurden die Angestellten auch niemals von einem gewerdmäßigen Stellenvermittler bezogen, sondern von einem seiner Geschäftsführer direkt engagiert. Dieser günstige Einfluss der Gründer der Firma ist in den letzten Jahren immer mehr im Schwinden begriffen gewesen. Die Arbeitsverhältnisse, namentlich in den neu gegründeten großen Geschäften, vor allem im Weinhaus „Alteingold“ haben schon oft die öffentliche Kritik herausgefordert. Es treiben dort eine Anzahl Direktoren ihr Wesen, die die Angestellten in einer wenig menschenfreundlichen Weise behandeln. Die Aktionäre kümmern sich darum natürlich nicht, ihnen genügt es, wenn sie recht hohe Dividenden einheimen können.

Polizei und Hausbesitzer.

In welcher innigen Beziehungen Hausbesitzer und Polizei stehen, geht aus einem Schreiben hervor, das der Polizeipräsident Herr v. Jagow auf eine Eingabe des Hausbesitzervereins im Westen wegen dem sogenannten „Rüden“ erteilt hat. Diese Antwort lautet: „Auf die Eingabe des Vereins vom 7. Dezember v. J. erwidere ich

ergernt folgendes: Die Polizeidivisionen sind bereits nach den bestehenden Bestimmungen verpflichtet, dem Besuche eines Vermieters um Beistand bei Ausübung seines Pfandes- oder Zurückbehaltungsrechts an den eingebrachten Sachen des Mieters insoweit Folge zu leisten, als die Sachen sich noch innerhalb des Besitzums des Vermieters befinden. Die Grenze des Besitzums bildet hierbei die Strassenfluchtlinie. Diese Dienstleistung beschränkt sich jedoch auf den persönlichen Schutz des Vermieters oder seines Stellvertreters gegen jede gewaltsame Verdrängung seines angebliehen Rechts durch den abziehenden Mieter oder seine Helfershelfer. Dagegen steht der Polizei nicht die Befugnis zu, durch eigenes Eingreifen die Entfernung der Sachen seitens des Mieters zu verhindern, da es sich bei dem zwischen den Parteien bestehenden Mietverhältnis um private Rechte handelt, die im Streitfalle der Entscheidung des Richters unterstellt sind. Nach den gleichen Grundgesetzen regelt sich auch die Frage, wie die Polizei sich „rüdenden“ Mietern gegenüber zu verhalten hat. Das sogenannte „Rüden“ wird als strafbarer Eigennutz gemäß § 289 StGB. nur auf Antrag verfolgt. Wenn es auch nach der Rechtsprechung nicht ausgeschlossen ist, daß bei Antragsstellung eilige, unaufschiebbare Maßnahmen — z. B. Verhaftung — schon vor der Stellung des Antrages vorgenommen werden, so erscheint doch ein Eingreifen von Amts wegen gegen rüdende Mieter nicht unbedenklich. Die zum Schutze des Vermieters gegebenen strafrechtlichen Bestimmungen sind privatrechtlicher Natur; es muß im wesentlichen als Aufgabe des Vermieters betrachtet werden, die einseitige Beendigung des Mietverhältnisses durch Entfernung der Mobilien seitens des Mieters selbst zu verhindern. Auch der Umstand, daß § 289 StGB. für die Strafbarkeit den Antrag voraussetzt, zeigt diese Stellungnahme des Gesetzgebers. Es kommt hinzu, daß, besonders bei kleinen Mietern, um die es sich hier in der Regel handelt, das Fortschaffen der Möbel auch zu ungewöhnlichen Stunden nicht ohne weiteres den Schutz auf ein strafbares Rüden gestattet. Andererseits ist es natürlich Pflicht der Polizei, auf alle Ereignisse zu achten, die auf ein rechtswidriges Verhalten schließen lassen. Zwecks Wahrung berechtigter Interessen der Vermieter sind daher die in Betracht kommenden Dienststellen angewiesen, auf alles auffallende und verdächtige Fortschaffen von Sachen aus Häusern zu achten und den Hauswirts oder seinen Vertreter, falls er ohne Schwierigkeit erreichbar ist, hierauf aufmerksam zu machen. Auf Ansuchen des Wirtes sollen sie, die Helfershelfer der rüdenden Mieter, insbesondere wenn durch das Rüden ein Straßenauflauf entstanden oder großer Unfug entstanden ist, zwecks Feststellung ihrer Personalkarten zur Wache förmlich. Ein unmittelbares Eingreifen der Aufstichbeamten zur Verhinderung des Fortschaffens der Sachen erscheint dagegen nicht tunlich, da die Beamten nicht übersehen können, ob das zivilrechtliche Mietverhältnis etwa bereits durch Erfüllung der kontraktlichen Pflichten erloschen ist. Ich werde Veranlassung nehmen, die Polizeidivisionen erneut auf die Beachtung der bestehenden Anordnungen hinzuweisen. (gez. Jagow.)

Aus diesem Antwortschreiben geht hervor, in welcher dreister Weise die Hausbesitzer die Polizei in ihren rein privaten Interessen in Anspruch nehmen wollten. Nun gibt es auch nach dieser Richtung hin eine gewisse Grenze, die selbst die Polizei nicht überschreiten kann. Immerhin bleibt das von der Polizei den Hausbesitzern gegenüber geübte Entgegenkommen noch groß genug. Die Polizei ist doch schließlich nicht nur der Hausbesitzer wegen da.

Zu dem Francomord bei Stolpe wird mitgeteilt: Die Obduktion der Leiche, die Dienstag nachmittag in der Friedhofshalle zu Stolpe ausgeführt wurde, hatte, wie vorausgesetzt war, das Ergebnis, daß Frau Gorgolewski erdroffelt worden ist. Ob der Mörder sie auch vergewaltigt hat, ließ sich noch nicht feststellen. Mehrere Leichenteile wurden deshalb zu einer mikroskopischen Untersuchung noch zurückgehalten. Am Gesicht der Sterblichen wurden Kratzwunden festgestellt. Sie bestätigen, was auch aus dem Ortsbefund schon hervorging, daß ein Kampf zwischen dem Mörder und seinem Opfer stattgefunden hat. Wahrscheinlich hat also auch der Mörder Kratzwunden erlitten, vielleicht an den Händen und auch am Gesicht. Aus diesem Grunde wurden auch die Fingernägel der Leiche gesäubert, und alles, was sich daran befand, soll mikroskopisch untersucht werden, um unter Umständen als Beweismaterial gegen den Mörder zu dienen. Die Nachforschungen der Gendarmerie richten sich besonders auf die polnisch-galizischen Arbeiterkreise in jener Gegend. Die vier Ziegeleiarbeiter, die zur Zeit des Mordes nicht weit vom Talort entfernt an Damm und Gleisen der Schmalspurbahn ausbelebten, wurden eingehend vernommen, konnten aber zur Aufklärung des Verbrechens nicht beitragen. Sie haben die Frau gesehen, als sie gegen 1 1/2 Uhr den Feldweg entlang ging, von einer verdächtigen Person aber nicht wahrgenommen und auch nichts Verdächtiges gehört. Es ist auch gelungen, andere Leute zu ermitteln, die den nicht ganz unbelebten Weg, der den ständigen Verkehr zwischen dem Dorf, der Ziegelei und dem Kanal vermittelt, benutzt haben. Auch sie haben nichts gesehen oder gehört.

Die Eheschließungen haben in Berlin, nachdem sie von 1907 zu 1908 und weiter zu 1909 sich sehr beträchtlich gemindert hatten, in dem eben abgelaufenen Jahre 1910 sich wieder gemehrt. In den fünf Jahren 1905, 1906, 1907, 1908, 1909 waren hier 22 276, 23 245, 23 813, 21 799, 21 200 Ehen geschlossen worden, in 1910 aber wurden 21 850 Ehen geschlossen. Die Mehrung in 1910 ist erheblich, doch blieb die Zahl der Eheschließungen für das Jahr immer noch unter derjenigen der Jahre 1905, 1906, 1907 zurück. Der eingetretene Aufschwung muß erklärt werden aus der allmählichen Verbesserung des Arbeitsmarktes, die regelmäßig auch eine Steigerung der Heiratslust herbeiführt. In solchen Zeiten wird dann auch noch manche Eheschließung nachgeholt, die vorher wegen Mangel an Existenzmitteln aufgeschoben worden war. Das freilich ist selbst bei einer weiteren Verbesserung der Erwerbverhältnisse nicht zu erwarten, daß die nächsten Jahre ein Ueberschäumen der Heiratslust bringen könnten. Die Verteuerung des Lebensunterhaltes durch die Steuerpolitik, die wir in den letzten Jahren gehabt haben, bleibt bestehen, und ihre Wirkungen dauern fort. Es ist also immer noch genug dafür gesorgt, daß dem heiratsfähigen werdenden Nachwuchs der Arbeiterklasse das Heiraten nicht „zu leicht gemacht“ wird.

Ein Doppelselbstmord wird aus der Stolpischen Straße Nr. 48 gemeldet. Dort haben sich die 65 Jahre alte Hedamme Wilhelmine Rawitz, geborene Kiewert, und deren 37 Jahre alte Tochter Agnes mit Leuchtgas vergiftet. Das alternde Mädchen hatte mit einem Schlosser K. ein Liebesverhältnis, mit dem der Vater, der Tischler K., nicht einverstanden war. Frau Rawitz stand auf der Seite ihrer Tochter. Die Hausbewohner bekunden, entstand über das Verhältnis wiederholt Streit in der Familie. In der vergangenen Nacht fanden Mutter und Tochter heimlich auf, trugen ihr Bettzeug nach der Küche, breiteten es dort auf dem Fußboden aus und legten sich nieder, nachdem sie die Gasöhne geöffnet hatten. Als Rawitz um 8 Uhr erwachte, fand er beide in dem mit Gas gefüllten Raume tot daliegen. Wiederbelebungsversuche, die Samariter der Feuerwehr mit dem Sauerstoffapparat machten, blieben erfolglos. Rawitz gibt zu, das Verhältnis nicht gebildet zu haben, bestreitet aber, daß es darüber zum Streit gekommen sei. Er will nicht wissen, weshalb seine Frau und Tochter in den Tod gegangen seien.

Schon wieder zwei Unfälle auf der Anhalter Eisenbahn. Zwischen Trebbin und Ludenwalde, in der Nähe von Cliestow, wurde der Streckenwärter früh um 6 Uhr, von einem Schnellzuge überfahren. Der Streckenwärter, in der Person des 30-jährigen Hermann Vieser, ging aus Neudorf, hat vermutlich dort auf der Strecke dem Milchzuge nach Berlin ausweichen wollen und ist dann von dem Schnellzuge erfasst worden. Der Kopf war vom Rumpf getrennt und ein Bein gebrochen worden. Abends fand ein Schaffner an derselben Stelle ein 10-jähriges unbenanntes Mädchen, das aus einem Zuge gestürzt war. Mit dem nächsten Schnellzuge wurde das Kind in schwerverletztem Zustande nach Berlin in eine Klinik gebracht. Dies ist seit kurzem der dritte schwere Unfall auf der dortigen Strecke. Bei Thyrow wurden kürzlich zwei Personen vom Zuge getötet.

Einem doppelten Selbstmordversuch unternahm am gestrigen Morgen gegen 7 1/2 Uhr der 27-jährige Kaufmann L. Korin, Ritterstraße 58 wohnhaft. K., der bis vor einiger Zeit eine Handtuchfabrik besessen hatte, mußte das Geschäft aufgeben, da er in finanzielle Schwierigkeiten geraten war. Er mietete am 1. Oktober v. J. in dem genannten Hause eine zweizimmerige Wohnung und eröffnete dort eine Agentur. K. hatte jedoch auch in seinem neuen Beruf kein Glück und so sah er sich schließlich veranlaßt, die Kautions seines Angestellten anzugreifen. Als der Buchhalter gestern morgen um 8 Uhr das Bureau betreten wollte, fand er die Tür verschlossen. Da ein scharfer Gasgeruch aus der Wohnung heraustrug, benachrichtigte der Buchhalter die Polizei, welche die Wohnung öffnen ließ. Man fand K. in seinem Schlafzimmer blutüberströmt und bewußtlos auf dem Erdboden liegen. Der Lebensmüde hatte sich eine Kugel in die Schläfe gejagt, nachdem er vorher die Gasöhne geöffnet hatte. Ein hinzugerufener Arzt der Unfallstation verband den Schwerverletzten, der sterbend in das Krankenhaus am Urban geschafft wurde.

Zwei geriebene Wechsellasenswindler treten seit vierzehn Tagen in den westlichen Stadtteilen Berlins auf. Die beiden „arbeiten“ in gefälschter Weise Hand in Hand. Während der eine von ihnen den Laden betritt, wartet der andere draußen, bis auch für ihn der Moment hierzu gekommen. Der erstere läßt sich nun kleinsten Vorlegen, kauft auch etwas und zahlt mit einem zehn- oder zwanzigmarkstück. Während des Herausgehens des Wechsellasenswindlers mark der Komplize. Er wird gleich sehr lebhaft und sucht die Aufmerksamkeit des Verkäufers abzulenken. Auch verucht er dies durch alle möglichen Kunststücke zu erreichen. Diese Gelegenheit benutz nun der erstere Gauner dazu, um sowohl das Geldstück als auch das Wechsellasenswindler einzustreichen und sich zu drücken. Leider zu spät bemerkt der Verkäufer, daß er betrogen wurde. Hat er den Schwindel entdeckt, während der zweite Gauner noch im Laden ist, dann schimpft der treue Komplize dreist mit über die Frechheit der heutigen Windler.

Ein Leichenfund, der noch der Aufklärung bedarf, wurde gestern nachmittag bei Strausberg gemacht. Auf der Chaussee nach Blumenhof fand man den Leichnam eines in den mittleren Jahren lebenden unbekanntes Mannes. Der tote lag quer über die Chaussee ausgestreckt. Die Leiche befand sich in völlig erstarrtem Zustande. Die benachrichtigte Polizei beschlagnahmte sie und ließ sie nach der nahen Friedhofshalle schaffen, wo die Obduktion vorgenommen werden soll. Es wird andererseits auch damit gerechnet, daß der Fremde ein Opfer des Frostes geworden ist.

Ihren Tod gefunden hat die fünfzehn Jahre alte Martha Gerde, die kürzlich in die Erziehungsanstalt Schar in Pläßensee in Fürsorge gebracht worden war und in der Nacht zum Montag aus dieser Anstalt fliehen wollte. Sie schnitt ihr Bettlaken in Streifen, verknüpfte sie zu einem Seil und ließ sich daran von ihrem im dritten Stockwerk gelegenen Zimmer in den Hof hinab. Das Seil riß sofort entzwei und das Mädchen stürzte auf das Pflaster des Hofes, wo es mit zerschmettertem Schädel tot liegen blieb. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes in Pläßensee gebracht.

Ein Automobilunfall, bei dem eine Dame schwer verletzt wurde, ereignete sich in der Nacht zum Dienstag in der Kurfürstenstraße, in der Nähe des Wilmersplatzes. Dort fuhr ein Droschkenautomobil, in dem sich die verwitwete Majorin v. Grothe, Wilmersstr. 187 wohngast, befand, infolge Versagens der Steuerung gegen die Vordschwelle. Die Insassin wurde auf das Strahlenpflaster hinausgeschleudert, wo sie bewußtlos liegen blieb. Der Chauffeur, der ohne Verletzung davongelommen war, schaffte die Dame zur Unfallstation am Zoologischen Garten, wo festgestellt wurde, daß Frau v. G. eine Schädelverletzung und Bruch des Rippenbeines erlitten hatte. Auf ihren Wunsch wurde die Dame in einem Krankentragen in ihre Wohnung geschafft.

Die Freie Volkshöhne hörte in der Generalversammlung vom 27. Januar zunächst einen Vortrag von Hermann Heijermans über „Dichter von heute“. Heijermans behandelte die Stellung der Kunst in der heutigen Gesellschaft, in der viel von Kunst geredet, aber wenig wahre Kunst hervorgebracht wird. Die Kunst und die Künstler sind abhängig von den besitzenden Klassen, darum kann heute keine Klassenkunst entstehen. Wenn heute ein Theaterdirektor Tendenzen verfolgen würde, die dem zahlungsfähigen Publikum nicht passen, so würde er bald durch den Theaterlassierer zur Vernunft gebracht werden. Andere Existenzbedingungen würden eine andere Kunst erzeugen.

Wenn der Dichter von heute Erfolg hat, so vergißt er die Freiheit und läßt seinen Einzug in andere Kreise, denen er sich anpaßt; er gewöhnt sich an den Luxus und muß schon kräftig veranlaßt sein, um nicht darin unterzugehen. Er entfernt sich vom Leben und spinnt sich in seine Studierstube ein.

Innerhalb dieser künstlerischen Verwirrung habe die Freie Volkshöhne eine hohe Aufgabe zu erfüllen. Sie siehe auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung und arbeite nicht für irgendeinen Unternehmer. Der Einfluss der Freien Volkshöhne könne indes noch größer sein, wenn die Auswahl der aufzuführenden Stücke nach anderen Grundätzen erfolge. Es könne nicht die Aufgabe der Freien Volkshöhne sein, billige Theaterdarstellungen zu veranstalten. Zwar solle sie auch keine Versuchs- bühne für neue Talente sein; sie müsse aber da, wo eine innere Berechtigung vorliegt, auch diesen die Wege bahnen. Es müsse einmal die Zeit kommen, da der Dichter es für eine höhere Ehre hält, in einer Volkshöhne als vor Frack und Smoking aufgeführt zu werden.

Der Vorsitzende Baake teilt mit, daß Herr Heijermans bereit ist, im künstlerischen Ausschuss der Freien Volkshöhne mitzuwirken.

Nach dem vom Kassierer Winkler erstatteten Rechenschaftsbericht betrug im 4. Quartal 1910 die Einnahme 68 408,61 M., die Ausgabe 68 431,47 M. Die Abteilungen seien ziemlich gefüllt, so daß nur noch eine geringe Zahl Mitglieder aufgenommen werden kann.

Der Vorsitzende Baake gibt noch Kenntnis von den Verhandlungen mit der Leitung der geplanten Charlottenburger Volksooper. Es sei ziemlich sicher, daß von den 30 Sonntagnachmittagsvorstellungen die Hälfte der Freien Volkshöhne überlassen würden.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Der Verwaltungsbericht der Stadt Rixdorf für die Geschäftsjahre 1908 und 1909 ist soeben erschienen. Im Gegenfah von früheren Perioden, die regelmäßig ein Kalenderjahr behandelten und für die letzten Berichtsmomente nur noch schätzungsweise Daten enthielten,

Bringt der neue 216 Quartseiten umfassende Verwaltungsbericht für die Geschäftsjahre 1911/12 aufschlüssig auf. Der Bericht ist, wie dies auch in dem Vorwort des Oberbürgermeisters Kaiser betont wird, textlich und tabellarisch erweitert, mit Bildern von städtischen Gebäuden, mit Plänen und graphischen Darstellungen ausgestattet worden. Der zu behandelnde Stoff ist diesmal organisch gegliedert und in 17 Abschnitte eingeteilt.

Es werden nacheinander folgende Hauptkapitel behandelt: Bevölkerung und Stadtgebiet; der wirtschaftliche Charakter der Stadt; Organisation der städtischen Verwaltung; Reichs-, Staats- und Provinzialangelegenheiten; Erziehungs- und Bildungswesen; Verwaltung der Gemeindefürsorge; Bauwesen, Armen- und Waisenpflege; Gesundheitswesen; Soziale Fürsorge, Wohlfahrtspflege; Verkehrs- und Wirtschaftswesen; Wasser-, Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung, Feuerlöschwesen; Straßenreinigung und Sprengung, Kranken- und Leichenfuhrwesen, Müllbeseitigung, Steuerverwaltung, Finanz- und Kassenwesen.

Das übersichtliche Inhaltsverzeichnis ermöglicht es, sich über alle in dem Bericht erwähnten Dinge schnellstens zu informieren.

Wer ist die Tote? Noch immer nicht bekannt geworden ist eine Frau, die in der Nacht zum 13. Dezember am Eingange des Hauses Bergstr. 85 tot aufgefunden wurde. Die Frau war etwa 35 bis 40 Jahre alt und 1,45 Meter groß, hatte dunkelblondes, welliges Haar und trug ein braunes Sommerjackett, einen schwarzen Rock, einen roten Unterrock, eine rote Taille, weiße Varschenbeinkleider, schwarze Strümpfe und Schnürschuhe, einen schwarzen Gürtel mit gelbem Schloß, einen grünen Filzhut mit braunem Sammetband und einen weichen Trauring, der U. T. 2. 12. 09 gezeichnet ist. An Geld besaß sie nur zwei Zehnmarkstücke.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am gestrigen Dienstagmorgens vor dem Amtsgericht in der Berliner Straße. Dort verfuhr der 31jährige Violoncellist Valerian Piotrowski, Ganner Straße 30/31 wohnhaft, kurz vor einem Rotationswagen der Linie 55 das Gleis zu kreuzen, wurde jedoch vom Wagen erfasst und umgerissen. Obwohl der Straßenbahnfahrer seinen Wagen fast augenblicklich zum Halten brachte, geriet der Verunglückte unter den Vorderperron und erlitt eine schwere Kopfverletzung und Gehirnerschütterung. In bedenklichem Zustande wurde Piotrowski nach der nächsten Unfallstation und von dort nach dem Kreis-Krankenhaus Budow gebracht.

Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Durch den Tod des Oberbürgermeisters Wilde war das Mandat für den Provinzial-Landtag frei geworden. Gewählt wurde der Stadtverordnetenvorsteher Graf Ratuschka mit 34 Stimmen, auf den Stadtrat Kloß entfielen 19 Stimmen. — Hierauf gab der Kammerer Raschowitz den Bericht über die Stadt. Redner konnte mitteilen, daß die Leistungsfähigkeit der Stadt zu Verbesserungen keinen Anlaß gebe. Allerdings werde die neue Reichssteuerwachstumssteuer den Kommunen erheblich zu schaffen machen, es müsse daher beizeiten vorgebeugt werden. An Gemeindefeuerszulagen werden wieder 100 Proz. erhoben. Dagegen sollen die ungebauten und bebauten Grundstücke etwas stärker herangezogen werden. Für die bebauten soll ein Steuerfuß von 2,50 M. pro Mille des gemeinen Wertes, für die ungebauten Grundstücke am Stadtparkgelände ein solcher von 10 Proz. pro Mille des gemeinen Wertes und für diejenigen ungebauten Grundstücke, die zwischen der Ringbahn, Hauptstraße, Wannseebahn, Sponholz- und Jungsbruder Straße liegen, ein solcher von 7,5 Proz. erhoben werden. Von allen übrigen ungebauten Grundstücken sollen 5 Proz. zur Erhebung gelangen. Zu dieser Maßnahme soll gegriffen werden, damit die bebauten nicht künstlich zurückgehalten werden können. Als neue Steuer wird in Vorschlag gebracht eine Steuer für Schaustellungen auf sogenannten Nummernplätzen, für Kinematographentheater und gleichartige Veranstaltungen, sowie für Madonnenplätze. Nicht finanzielle Gründe, sondern das Bestreben, die unerwünschte Vermehrung dieser Veranstaltungen zu verhindern, sollen zu diesem Vorschlag geführt werden. Hiernach scheint auch die Absicht zu bestehen, die Lichtbildvorträge der Arbeiterschaft zu besteuern. Ferner soll ein Reservefonds für Straßenpflasterungsarbeiten geschaffen werden, da ein erhebliches Steigen der Kosten für Pflasterungen und Unterhaltungen der Straßen erwartet wird. Der Etat balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 27 638 892 M. Nunmehr wurde beantragt, die Weiterberatung zu vertagen. Es werden in der nächsten Sitzung die Fraktionen hierzu Stellung nehmen. — Die Gewährung von Speisemarken an Arbeitslose soll denjenigen Beschäftigten zugute kommen, die nicht imstande gewesen sind, für die Zeiten der Arbeitslosigkeit zu Vorzüge zu treffen, wie dies nach den Bestimmungen der Arbeitslosenordnung vorgeschrieben ist. Betroffen werden diejenigen, die einer Berufsvereinigung ohne Arbeitslosenunterstützung angehören, oder nicht organisiert sind und über keine Spar-einlagen verfügen. Die Speisemarken werden nur in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. März gewährt. Hat der Betreffende Familie, so werden mehr Speisemarken verabfolgt, dieselben dürfen jedoch zusammen täglich nicht mehr als 60 Pf. betragen.

Genosse Bernstein gab der Meinung Ausdruck, daß diese Vorlage kein glückliches Produkt sei. Besondere Bedenken beständen darin, daß den Berufsvereinigungen direkt entgegengegriffen werde. Es werde denjenigen geholfen, die sich organisieren können, aber nicht wollen. Da die Vorlage jedoch zunächst ein Versuch sei, wollen er und seine Genossen erst abwarten, wie sich die Einrichtung bewähre. Die Vorlage wurde einstimmig angenommen. Die Kosten belaufen sich auf annähernd 3000 M. — Genosse Däumig referierte nunmehr über die Petition eines Veteranen, der als Provinzial-assistent den Feldzug mitgemacht hat, jedoch nicht in Feindesland gewesen ist; da er um den Bezug der Beihilfe abgewiesen werden möchte, soll die Petition dem Magistrat als Material übermiesen werden, um aus einer der vorhandenen Stiftungen dem Petenten etwas zukommen zu lassen.

Genosse Rottländer referierte über die Petition der Oberlehrer, die eine entsprechende Gehaltserhöhung wünschten. Der Ausschuss hatte beschlossen, die Petition auf zwei Jahre zurückzustellen. Auf Antrag des Stadtv. Wesier (Vib.) wurde die Petition nochmals an den Ausschuss zurückverwiesen.

Der Zentralverband der Allgemeinen Vereinigung deutscher Buchhandlungsgehilfen und der Kaufmännische Verband für weibliche Angestellte petitionierten um Ausdehnung des Fortbildungsschulzwanges auf weibliche Angestellte. Genosse Bernstein richtete an den Magistrat die Anfrage, warum die Schule nur fakultativ und nicht obligatorisch eingeschätzt wird. Bürgermeister Planckstein teilte mit, daß dem noch gesetzliche Bestimmungen entgegenständen. — Von dem Ausbau der städtischen Druckerei soll wegen der Störungen augenblicklich Abstand genommen werden.

Charlottenburg.

Pflegekosten für Säuglinge, jedoch nur in Charlottenburg, sucht die Charlottenburger Waisenverwaltung. Es wird ein Pflegegeld von monatlich 25 M. gezahlt und Bekleidung, gegebenenfalls auch

Arztliche Behandlung und Arznei bewährt. Meldungen werden baldigt an die Geschäftsstelle der Waisenverwaltung Charlottenburg, Kirchhoffstr. 3, erbeten; mündliche Meldungen ebendortselbst, Erdgeschoss Zimmer 7, werktäglich von 12—2 Uhr.

Zehlendorf (Wannseebahn).

Für die hiesige Fortbildungsschule soll eine Schulordnung erlassen werden. In diesem Zweck wendet sich der Gemeindevorsteher an die „beteiligten Gewerbetreibenden und Arbeiter“ um Meinung über einen zugedachten Entwurf. Es brauchte wohl nicht erst erwähnt zu werden, daß unser Gemeindevorstand unter „beteiligte Arbeiter“ nicht das hiesige Gewerkschaftslokal und den Wahlverein ansieht, sondern Vereine, die als Vertretung der Arbeiterschaft nur sehr bedingt anzusprechen sind. Da uns aber auch so Kenntnis von dem Entwurf geworden ist, wollen wir auf einige Mängel hinweisen, die ihm anhaften. Da ist im § 9 die Bestimmung, daß das Lehrzimmer während des Unterrichts nur mit Erlaubnis des Lehrers verlassen werden darf. So erheblich eine solche Maßregel bei Kindern sein mag, so kränkend ist sie bei jungen Leuten, die doch schon das Gefühl haben, im Leben etwas zu bedeuten. Hier wäre es richtiger, daß die Lehrpersonen veranlaßt werden, an das Ehrgefühl der jungen Leute zu appellieren, daß sie das Lehrzimmer nur dann verlassen, wenn ein dringendes Bedürfnis dazu vorliegt. Selbstverständlich sind wir der Meinung, daß, wenn ein Schüler genötigt ist, einmal früher nach Hause zu gehen, er dies zu sagen hat. Das ist schon zur Aufrechterhaltung der Ordnung nötig, aber weiter sollte man nicht gehen. Sehr bedenklich ist auch der § 12, der zuläßt, daß Schüler vor Beendigung der Schulpflicht vom Schulbesuch entbunden werden können, wenn sie die nötige Reife erlangt haben, „vorausgesetzt, daß ihre Führung in und außerhalb der Schule tadellos war“. Was will man mit der tadellosen Führung „in und außerhalb“ der Schule treffen? Augenblicklich den Drang der Arbeiterjugend nach freier Betätigung in selbstgeschaffenen, dem Bildungsbedürfnis dienenden Organisationen. Hiergegen erhebt die Arbeiterschaft Einspruch und erwartet, daß die Gemeindevertretung mit der Festlegung des Entwurfs der Schulleitung nicht die Möglichkeit gibt, ihr Aufsichtsrecht über die Fortbildungsschule in reaktionärem Sinne betätigen zu können oder zu müssen.

Wilmerdorf-Galensee.

Vom Gesundheitszustand der Gemeindefürsorge. Der in diesen Tagen erscheinende Bericht über die gesundheitlichen Verhältnisse der Gemeindefürsorge und Schullerinnen im Schuljahr 1909/10 stellt fest, daß der Gesundheitszustand der Schüler und Schülerinnen sämtlicher Gemeindefürsorge „ein guter“ war. Es wird hervorgehoben, daß von den 236 Kindern, die z. B. in den beiden Schulen I und IV zur Einschulung kamen, 12 wegen ungenügender körperlicher Entwicklung zurückgestellt und zwei der Hilfsschule überwiesen wurden. Das sind rund 5 Proz. der zur Einschulung gemeldeten Kinder. Vergleicht man diese Zahlen mit den im letzten Berliner Bericht festgestellten, so ergibt sich allerdings ein erheblicher Unterschied, denn in Berlin wurden von den unterrichteten Kindern etwa 9 1/2 Proz. zurückgestellt. Wir müssen aber die Frage unentschieden lassen, ob in Wilmerdorf die Untersuchung des Gesundheitszustandes nicht nach anderen Grundsätzen erfolgt als in Berlin. Zu dieser Erwägung werden wir um so mehr veranlaßt, als der zuständige Schularzt für die Schulen II, III und V beinahe triumphierend mitteilt, daß von den 392 Kindern, die er bei der Einschulung untersuchte, kein einziges zurückgestellt zu werden brauchte.

Neben den 242 Kindern, die in den Schulen I und IV eingeschult wurden, waren 54, deren Körperbeschaffenheit als gut, 165 denen noch das Prädikat mittel gegeben wurde, und 23 deren Konstitution der Arzt als schlecht bezeichnete. Es litten 114 der neu eingeschulten Kinder an mangelhaftem Gebiß, 79 an herabgesetztem Sehvermögen, 96 an Blutarmut, 64 an Lymphdrüsenanschwellung, 86 an vergrößerten Gaumenmandeln, 25 an behinderndem Hörvermögen usw. Gegen Wirbelsäulenverkrümmung hat die Gemeinde in der Schule III für alle Schulen des Ortes einen orthopädischen Turnkursus eingerichtet; voraussichtlich werden auch an anderen Gemeindefürsorge derartige Kurse geschaffen werden. Nicht weniger als 70 Proz. aller Kinder leiden an mangelhaftem Gebiß. Es wird die Erwartung ausgesprochen, daß die zur Bekämpfung der Zahnlaries getroffenen Maßnahmen Besserung bringen.

Tempelhof-Mariendorf-Mariensfelde.

Die Gewerkschaftskommission für die drei Orte nahm in ihrer letzten Sitzung den Jahresbericht des Vorsitzenden Genossen Lentz entgegen. Danach fanden statt: neun Vorstandssitzungen, sieben Kartellversammlungen, drei Waiserversammlungen, eine öffentliche Protestversammlung gegen die neue Reichsversicherungsordnung und eine Flugblattverbreitung. Einen kurzen Ueberblick über die Genossenschaftsbewegung gab Genosse Duff. Erzwecklicherweise hat sich dieselbe in Tempelhof-Mariendorf gut entwickelt und es soll in absehbarer Zeit die zweite Verkaufsstelle für Tempelhof errichtet werden. Auch der Verein Jugendheim hat für Tempelhof gute Fortschritte gemacht, während die Erfolge in Mariendorf nicht den Erwartungen entsprachen. Ein Antrag der Unterkommision, der die Gründung eines Kommunalverbandes der drei Orte für die Errichtung eines Gewerbegerichtes bezweckte, harret noch der Erledigung in den Gemeindevorsetzungen. Allgemeines Befremden rief es hervor, daß ein Antrag auf Freigabe einer Schulaula in Tempelhof zu den hygienischen Vorträgen der Zentralkommission der Krankenkassen Groß-Berlins von der Schuldeputation abgelehnt worden ist. Tempelhof kann sich hiernach rühmen, als einziger Ort Groß-Berlins dazuzusehen, welcher seine Schulaulen einer von so großem Werte für die Einwohnerschaft getroffenen Einrichtung vorenthält. Die Vorträge finden nun für Tempelhof-Mariendorf im Restaurant „Löwenhof“, Mariendorf, Chausseest. 27, an fünf aufeinanderfolgenden Donnerstagen statt. Beginn derselben am Donnerstag, den 9. Februar, abends 8 Uhr. Die Genossen werden ersucht, recht rege dafür zu agitieren. Die Neuwahlen der Unterkommision hatten folgenden Resultat: Genosse Lentz u. Obmann, Genosse Rosenberg: Kassierer. Genosse Braul: Schriftführer.

Mahlsdorf a. d. Ostbahn.

In der Halbjahresgeneralversammlung des Wahlvereins gab der Kassierer Otto Schulz den Kassenbericht. Die Gesamteinnahmen der beiden letzten Quartale betragen 579,65 M., die Gesamtausgaben 411,69 M. Dem Wahlverein gehören 159 männliche und 46 weibliche Mitglieder an. Nach dem Tätigkeitsbericht des Genossen Käming fanden im letzten Halbjahr drei Mitgliederversammlungen und vier öffentliche Versammlungen statt. Wie aus dem Bericht des Expediteurs hervorgeht, hat der Bezirk 234 „Vorwärts“-Abonnenten, davon entfallen auf Raulsdorf 61. Die Bibliothek umfaßt 68 Bände. In der Lokalfrage hat sich nichts geändert. Es stehen uns in Mahlsdorf und Raulsdorf je zwei Lokale zu Versammlungen zur Verfügung.

In der Diskussion hemängelte Genosse Lehning den „Vorwärts“-Vertrieb in Raulsdorf-Süd. Viele der dortigen Genossen sind gezwungen, den „Vorwärts“ bei einem Privatpediteur zu entnehmen, was namentlich einen Kostenaufschlag von 25 Pf. pro Exemplar mehr ausmache. Redner ersuchte die Bezirksleitung, dieser Sache näher zu treten und möglicherweise Abhilfe zu schaffen. Genosse Käming gab bekannt, daß Uranabilitäts a 55 Pf. zu der am Sonntag, den 5. März, nachmittags 2 Uhr, stattfindenden Vorstellung bei den Gruppenführern zu haben sind. Des weiteren teilte Redner mit, daß am 16. Februar der Arbeiter-Gesangverein „Freiheit“ Mahlsdorf im „Luischen Lokal“, Brunowstraße, sein Winterfest abhält.

Weißensee.

Von einem sonderbaren Epilog aus Anlaß der letzten Geburtstagsfeier des Kaisers wird uns berichtet: Alljährlich veranstaltet die bessere Gesellschaft an Kaisers Geburtstag ein Festessen, wobei auch die nötigen Reden über den inneren und äußeren Feind gehalten werden. Gewöhnlich ahnt so ein Redner gar nicht, daß der „innere Feind“ sich bereits unter ihnen befindet, so war es wenigstens das letztemal. Nachdem die Getränke verschiedener Gattungen die Köpfe erhitzt hatten, bombardierte man sich mit den gefüllten Gläsern. Vorerst wollte man die Sache totschweigen, aber das läßt sich in einem Dorfe schlecht machen; so wird jetzt bekannt, daß der Sohn eines Tischauunternehmers einem Fabrikanten mit dem Burgschloß das ganze Gesicht verhandelt hat. Ein unbeteiligter Lehrer wurde gleichfalls von einem solchen Burgschloß getroffen. Wenn die Beteiligten nicht eine Ausöhnung treffen, dürfte die Sache noch ein gerichtliches Nachspiel haben. Allem Anschein nach werden sich die Patrioten diese Blamage ersparen.

Spandau.

Auf dem Nonnendamm fand vor einigen Tagen in dem einzigen freien Lokal von Dreier, Märkischer Steig 6, die erste gut besuchte Volksversammlung statt. Dem Wirt lief die Polizei an dem Tage bald das Haus ein. Zweimal wurde ihm mitgeteilt, die Versammlung dürfe aus baupolizeilichen Gründen nicht abgehalten werden. Dann erschien die Baupolizei und nahm eingehende Messungen des Versammlungsraumes vor; letztere erklärte jedoch dem Wirt, daß die Versammlung nicht verboten werden könne. Dies hielt aber den Polizeikommissar Marx nicht ab, Herrn Dreier nochmals mitteilen zu lassen, daß es bei dem Versammlungsverbot bleibe. Auch dem Einberufer war nach seiner Wohnung, trotzdem er die Versammlungsbekanntmachung hatte, das mündliche Versammlungsverbot übermitteln worden. Außer zwei Polizeibeamten, welche im Lokal erschienen waren, gingen draußen vor dem Lokal noch drei Polizeibeamten umher. Im letzten Augenblick schien sich die Polizei doch wohl eines besseren Besonnen zu haben, denn sie ließ die Versammlung ungehindert tagen. Genosse Karl Verthe-Verlin hielt ein mit Beifall aufgenommenes Referat über „Die bevorstehenden Reichstagswahlen“. In der Diskussion gab Genosse Scior den Bescheid des Oberbürgermeisters bekannt, den dieser auf die Beschwerde über das unberechtigte Eindringen des Polizeikommissars Marx am 15. Dezember gelegentlich des Jahlabends in das Lokal erteilt hat. Der Oberbürgermeister gab unumwunden zu, daß der Jahlabend eine geschlossene Vereinsfestung ist. Da dem Polizeikommissar aber von der Tagung keine Anzeile gemacht war, so wäre er, da er Gäste in dem Lokal vermutete, berechtigt gewesen, Einlaß zu begehrten. Auch wäre Herr Marx befugt gewesen, gleich an Ort und Stelle die Antworten zu vernehmen. Unbegreiflich erscheint es nur, weshalb der Wirt ein Strafmandat über 20 M. — das fünfte seit Mitte Oktober — erhalten hat, da doch die Polizei selber die stattgehabte Sitzung als eine geschlossene betrachtet. Der überreife Polizeikommissar Marx hat zwei Genossen zur nachmaligen Vernehmung laden lassen. Gerichtlicher Termin steht noch nicht an.

Arbeiter-Samariter-Kolonne. Heute Mittwoch, abends 8 Uhr, bei Wölfe, Havelstr. 20; Leubungsabend. Ein hiesiger Arzt wird einen Vortrag über Verletzungen, Wundbehandlung und Blutstillung halten. Gäste willkommen.

Aus aller Welt.

Fernfahrt des M. 3.

Gestern früh 8 1/2 Uhr stieg das Militärflugzeug M. 3 unter Führung des Majors Speeling und Obergenerleuts Vasenach auf dem Tegeler Schießplatz zu einer Fernfahrt nach Straßburg i. El. auf. Dort soll das Luftschiff sein Standquartier erhalten. In Halle a. S. wurde das Militärflugzeug um 11 1/2 Uhr vormittags gestrichet; um 1 1/2 Uhr nachmittags landete es, den Anordnungen gemäß vor der Luftschiffhalle in Göttha. Bei günstiger Witterung wird der Lenkballon seine Fahrt heute, Mittwoch, fortsetzen.

Wirtschaftlich und pünktlich.

Der heilige Bureaucratismus ist in Grünwald einem Tischlermeister erschienen in Gestalt eines Steuerboten vom Rentamt Würzburg, um von einem vor drei Jahren mittellos verstorbenen Hausgenossen des Tischlers, sage und schreibe, einen Pfennig Steuer nachzuverlangen. Er war sehr betrübt, daß er unverrichteter Dinge wieder abziehen mußte und wird jetzt eine Schwester des Verstorbenen in Kitzingen heimsuchen, um bei ihr sein Glück zu versuchen.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand		am		seit		Wasserstand		am		seit	
		30. 1.	29. 1.			30. 1.	29. 1.			30. 1.	29. 1.
		cm	cm			cm	cm			cm	cm
Remel, Iltz	293 ¹⁾	-8		Saale, Greditz	164	+14					
Bregel, Bristerburg	43 ¹⁾	-14		Saale, Spandau ²⁾	120	+5					
Seichel, Horn	182 ¹⁾	-38		Spree, Rottensom ³⁾	140	0					
Oder, Rathor	314	-62		Spree, Spreenberg ⁴⁾	180	-2					
Krossen	267	-12		Wesl. Wesl.	176	0					
Frankfurt	298	+10		Wesl. Rindben	63	0					
Walden, Sächsim	150 ¹⁾	+12		Rhein, Rindben	122	+32					
Walden, Landsberg	102	+2 ²⁾		Rhein, Magiliansau	130	-4					
Rege, Nordam	40	-8		Raub	201	+17					
Elbe, Leitmeritz	166	+21		Rhein	240	+28					
Bresden	56	+66		Redar, Heilbronn	110	-2					
Barba	265	-15		Rain, Wertheim	234	+27					
Magdeburg	216	+22		Roßl, Trier	188	+7					

1) + bedeutet Hoch, — Niedrig. — 2) Unterpegel. — 3) Elbstand. — 4) Elbstand.

Die beiden Blutweilen der oberen Oder sind auf dem Wege bis Bregel zu einer zusammengefloßen, deren Schnitt in der Nacht zu heute 467 cm am dortigen Pegel erreicht hat. Heute morgen ist der Wasserstand am Pegel Bregel: 455 cm, am Pegel Rathor: 234 cm.

Nur gewiegte Direktoren wissen,

nur mit den stoß- und schlagfesten Bruno-Bläßkörpern versehen; denn die Bruno-Bläßkörper sind nicht nur äußerst zähe, elastisch und widerstandsfähig, sondern sie geben zudem ein ruhig warmes, brillantes Licht! Der so geringe Preisunterschied wird durch die Vorteile langer Lebensdauer, bequemer Verwendungsart, Steuerersparnis und durch ausgezeichnete Lichteigenschaften reichlich aufgewogen! Sie sind überall erhältlich! Bruno-Gesellschaft m. b. H., Berlin.